KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 205 September / Oktober 2019 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 205 September/Oktober 2019



Am 19. August wurden in den Großstädten Amed, Wan und Mêrdîn die gewählten Bürgermeister*innen durch Zwangsverwalter des türkischen Regimes ersetzt.



Seitdem protestieren Bevölkerung und politische Vertreter*innen wie hier die HDP-Abgeordnete Başaran gemeinsam auf der Straße gegen den »politischen Putsch«.



Am 24. Oktober 1989 begann der sogenannte große Düsseldorfer Prozess gegen 20 kurdische Aktivist*innen. Hüseyin Çelibi schrieb Christa Eckes vom ersten Prozesstag.

Liebe Leserinnen und Leser,

einmal mehr wurde die von der kurdischen Demokratiebewegung dem türkischen Staat ausgestreckte Hand für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage ausgeschlagen.

Während nach dem erfolgreichen Hungerstreik von tausenden kurdischen Politiker*innen, Aktivist*innen und Gefangenen mehrere Besuche auf der Gefängnisinsel Imralı möglich waren, bei denen der kurdische Vordenker Abdullah Öcalan seine Friedensangebote an den Staat wiederholte, und die Demokratische Partei der Völker (HDP) eine Mobilisierung für eine demokratische Verfassung begann, hat der türkische Staat seine Antwort am 19. August mit dem »politischen Putsch« gegeben. In den Großstädten Amed (Diyarbakır), Wan (Van) und Mêrdîn (Mardin) sind die von der Bevölkerung gewählten Bürgermeister*innen vom türkischen Innenministerium abgesetzt und durch Zwangsverwalter ersetzt worden, gleichzeitig wurden am selben Tag annähernd 500 HDP-Mitglieder und -Aktivist*innen festgenommen. Es ist bereits das zweite Mal, dass demokratisch gewählte Kommunalverwaltungen unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Vor drei Jahren, im Herbst 2016, wurden ungefähr hundert kurdische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister abgesetzt und inhaftiert. Erst durch die Kommunalwahlen am 31. März 2019 zogen wieder gewählte Vertreter*innen in die Rathäuser kurdischer Städte und Gemeinden ein.

In seiner bereits im Jahr 2009 veröffentlichten Roadmap für Verhandlungen skizzierte Öcalan drei mögliche Verläufe im Hinblick auf eine Lösung der kurdischen Frage: die traditionelle Praxis der Verleugnung und Vernichtung, den föderalistisch-nationalistischen Lösungsplan und den demokratischen Lösungsplan.

Mit der Politik der Zwangsverwaltung zeigt die Türkei ihr weiteres Beharren auf der ersteren Praxis der Verleugnung und Vernichtung. Denn mit der Zwangsverwaltung werden nicht nur die Bürgermeister*innen abgesetzt, die Zwangsverwaltung ist auch ein Angriff auf die kurdische Sprache, Kultur, Geschichte und richtet sich vor allem gegen die Selbstorganisierung der Frauen. Alle mehrsprachigen Angebote werden durch die Zwangsverwaltung türkisiert und Projekte zur Förderung der kurdischen Kultur werden abgebrochen. Parks und Straßen, die kurdische Namen tragen, werden ebenfalls türkisiert. Die Frauenhäuser werden kriminalisiert und in ihrer Arbeit behindert und die Gemeinden werden wieder mit Schuldenbergen überhäuft.

Die weiter andauernde militärische Intervention in Südkurdistan, die völkerrechtswidrige Besatzung im nordsyrischen Efrîn als auch der drohende Einmarsch der türkischen Armee in Nord- und Ostsyrien verfolgen hierbei alle dieselben Ziele, die Errungenschaften der kurdischen Gesellschaft zu zerschlagen und die politische Bewegung für Frieden und Basisdemokratie zu vernichten.

Aber die Absetzung der Bürgermeister*innen und die Besetzung der Stadtverwaltungen durch Zwangsverwalter des Erdoğan-Regimes haben in Nordkurdistan den Widerstandsgeist der Bevölkerung entfacht. Mit vielfältigen Aktionen sind die Menschen seit Tagen auf der Straße. Die brutale Gewalt, die ihnen bei ihrem legitimen Protest durch die Kräfte des Systems entgegenschlägt, bestärkt die Bevölkerung darin, für ihre Rechte weiter auf den Straßen zu bleiben.

»Euer Hass und Eure Gewalt, die Ihr gegen die Demokratische Partei der Völker und ihre Wählerschaft, gegen die kurdische Bevölkerung und die Demokratiekräfte in diesem Land richtet, wird zu nichts anderem führen als zur Beschleunigung Eures eigenen Endes«, antwortete die Abgeordnete der HDP Ayşe Acar Başaran in Amed auf die Angriffe der Wasserwerfer und knüppelnden Polizeigarden.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Dritte Wege zwischen allen Antipoden

Nilüfer Koç

Krieg für Hegemonie und seine Folgen

Der Hegemonialkrieg zwischen dem Pazifik, geführt von China, und dem Atlantik, geführt von den USA, stellt immer deutlicher die politischen Strategien und Taktiken des 20. Jahrhunderts auf den Kopf. Der brutale Machtkampf zwischen den beiden Hegemonien wird vielerorts auf der Welt in einem Wirtschafts- und Handelskrieg ausgetragen. Wirtschaftlich schwache Nationalstaaten weltweit müssen sich dem Konkurrenzkrieg stellen und trachten nach dem Erhalt ihres Status quo. Sie sind über diesen Krieg gezwungen, sich für einen der Giganten zu positionieren. Auf dem asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Kontinent beeinflusst dieser Aufteilungskrieg das Leben der Zivilbevölkerung direkt. Wachsende Armut, Landflucht, die Privatisierung natürlicher Ressourcen wie Gewässer, Wälder, Böden durch ausländische Firmen sowie die Privatisierung von Bildung und Gesundheit sind die Folgen.

Rechtsruck in Europa

In Europa signalisiert der immer stärker werdende Rechtsruck die Schwächung des Jahrhundertprojekts EU. Denn vor allem in den EU-Staaten hält der Rechtsruck in der Politik weiterhin an. Wie zuletzt am Beispiel Griechenlands. Nationalstaaten treten immer mehr in den Vordergrund. Wie beim Brexit im UK.

In Deutschland entwickelt sich dieser Rechtsruck wie ein Damoklesschwert über Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch gegen Oppositionspolitiker der Linken. Bis auf Lippenbekenntnisse geht der bundesdeutsche Staat nicht gegen diese Rechte an, wie er es gegen die Linke getan hat und tut. Die Bekämpfung des Rechtsrucks markiert auch ein deutliches Zeichen der Schwäche der Linken und der demokratischen Kräfte in den Ländern. Es ist die hauptsächliche Aufgabe und Verantwortung der Linken und Demokraten, die wachsende Ader des Nationalismus zu bekämpfen. Sie allerdings begnügen sich damit, den Staat zu kritisieren, anstatt auf die Bevölkerung zuzugehen und ihr Alternativen zu bieten. Was die linke Opposition nicht tut, füllt die Rechte aus. Der Rechtsruck in Deutschland wird zunehmen, je mehr die Bundesregierung auf expansionistische Ambitionen setzt. Ein starkes Deutschland in der EU wird auch starke deutsche Interessen weltweit bedeuten. Denn es hat mit seiner Wirtschaftsmacht das Sagen in der EU. Die Wahl Frau von der Leyens zur EU-Kommissionspräsidentin wurde als Deutschisierung der EU bezeichnet.

Deutsche Nahostpolitik: Investieren in die kranken Staaten

In der Nahostpolitik setzt Deutschland wie in den beiden Weltkriegen auf den »kranken Mann am Bosporus«. Auf die aktuelle Anfrage der USA, die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) in Syrien mit zu unterstützen, folgte eine negative Antwort. Neben vielen anderen ist die 150-jährige Bündnispolitik zwischen Ankara und Berlin ein ausschlaggebender Grund.

Nicht nur im Falle der Türkei, auch im gegenwärtigen Konflikt mit dem Iran geht Deutschland als NATO-Partner und Bündnispartner der USA seinen eigenen Weg, während die USA in Syrien mit Frankreich und im Konflikt mit dem Iran mit Großbritannien zusammen agieren. Um den britischen und französischen Einfluss in Europa im 20. Jahrhundert zu bekämpfen, ging Deutschland dagegen das Bündnis mit dem Osmanischen Reich ein. Da heute die USA die führende Macht in dieser Region sind, bedeutet die gegenwärtige Türkei- und Iran-Politik Deutschlands eine Haltung gegen die USA. Wieder einmal sieht es so aus, dass Deutschland in den »kranken Mann am Bosporus« investiert. Aber auch das iranische Regime ist krank.

Selbstverständlich geht es weder den USA noch Deutschland um die Demokratie in der Türkei oder im Iran. Einzig und allein geht es ihnen sowie allen anderen Staaten um pure Machtinteressen. Deutschland will den Status quo der Nati-

onalstaaten des Lausanner Vertrags beibehalten, während die USA sie innerhalb der Grenzen in föderale Strukturen umformen wollen, um das gesamte Land unter Kontrolle behalten zu können. Ein deutliches Beispiel ist der Irak, der de facto föderal strukturiert ist: arabisch-sunnitisch, arabisch-schiitisch und kurdisch. Jeder dieser Teile kann jederzeit gegen die anderen eingesetzt werden. Deutschland besteht auf der Beibehaltung dieser Nationalstaaten mit den jetzigen Regimen. Allerdings wird die deutsche Politik nicht aufgehen, da allen voran die Kurden, aber auch alle anderen unterdrückten Volksgruppen, Religionsgemeinschaften und Frauen sich als Opfer dieser Staaten sehen und ihre Freiheit suchen.

Der dritte Weg für die Türkei

In diesem Kontext ist es umso wichtiger, die kurdische Alternative des »dritten Weges« zu unterstützen. Weder die Türkei, der Iran noch die USA oder Deutschland sind an den Belangen der Zivilbevölkerung interessiert. Die Organisierung und Mobilisierung der Zivilbevölkerung ist der dritte Weg. Er setzt auf keine Gewalt, sondern auf die Strategie »Staat plus Demokratie«. Demokratie repräsentieren diejenigen, die außerhalb der Macht, d. h. des Staates stehen. Der Staat kann bestehen bleiben, die Bevölkerung soll aber durch den politischen und rechtlichen Kampf, aber auch durch den Aufbau lokaler Selbstverwaltung ihre eigene Alternative schaffen können. Für den Fall der Umsetzung dieser Strategie in der Türkei hat Abdullah Öcalan bei den Treffen mit seinen Anwälten im Mai und im Juni die Türkei an die Politik der »soft power« erinnert und eigentlich die der gegenwärtigen »hard power« für erfolglos und chancenlos erklärt. Auch wenn die Strategie der »sanften Macht« eine US-Doktrin nach dem Zerfall der Sowjetunion war, so will Öcalan Erdoğan darauf hinweisen, dass eine Politik keine Chancen hat, die nur auf Aggression und Gewalt beruht. Die Menschen, die Opposition in der Türkei hat er zu einer gesellschaftlichen Versöhnung aufgerufen. Sein Vorschlag an die Kurden war, Vorreiter dieser Strategie zu werden. Gesellschaftliche Versöhnung bedeutet, dass all diejenigen, die durch die rassistische, nationalistische und sexistische Spaltungspolitik gegeneinander aufgehetzt wurden, zusammenkommen müssen. Dem kurdischen Widerstand empfiehlt er, sich mit den Methoden Gandhis auseinanderzusetzen. Was im Grunde Aktionsformen des dritten Weges beinhaltet, also die Türkei mit friedlichen Mitteln zur Demokratie zu zwingen.

Erdoğans »Vision 2023« ist ein Glücksspiel für die Türkei

Sowohl Öcalans Vorschläge als auch die Wahlniederlage der Diktatur Erdoğans bieten heute große Möglichkeiten für den Kampf um Demokratie in der Türkei. Klar und deutlich zeigten die Wahlen, dass Erdoğan die Kurden verloren hat. Mit seiner rassistischen Argumentation und der systematischen Bombardierung Südkurdistans (Nordirak), den Angriffen auf Rojava, dem Aufhetzen des Iran gegen die Kurden hat er alle Kurden gegen sich aufgebracht.

Es wird immer offensichtlicher, was die Strategie des türkischen Staates namens »Vision 2023« in der Ära Erdoğan bedeutet. Bis zum hundertsten Jahrestag des Lausanner Vertrages von 1923, dem zufolge nur ein kleiner Teil des ehemaligen Osmanischen Reiches der neu konstruierten türkischen Republik zugefallen war, sollen durch die Annexion von Nordsyrien (Rojava) und Nordirak (Südkurdistan) eben diese Teile zurück an die Türkei gehen. Diese Erbstücke seiner Väter (Osmanen) seien ihm (Erdoğan) gestohlen worden.

Seit 2012, dem Beginn des Aufbaus Rojavas als eine kurdisch geführte Selbstverwaltung, hat die Türkei diese bekämpft. Zuerst mit der Unterstützung für den Islamischen Staat (IS), jetzt, nachdem dieser IS von YPG/YPJ/QSD erfolgreich militärisch besiegt wurde, mit ihrer Armee. Koste es, was es wolle, die Türkei will Rojava annektieren. Unter dem Vorwand einer »Sicherheitszone« will sie es besetzen. Obwohl die Selbstverwaltung der Empfehlung Öcalans im Mai, türkische Phobien zu berücksichtigen, nachgekommen ist und vorgeschlagen hat, die Türkei könne unter UN-Aufsicht fünf Kilometer jenseits ihrer Grenze in Rojava präsent sein, besteht Erdoğan darauf, 32 Kilometer ins Landesinnere vorzurücken. Dies bedeutet, er will nicht die Grenze schützen, sondern in die kurdischen Städte, um sie zu besetzen, wie es am 18. März 2018 mit Efrîn gemacht wurde.

Traum des Misak-ı Millî

Unter dem Vorwand der PKK-Präsenz belagert die Türkei gegenwärtig Südkurdistan. Angesichts der Standorte der türkischen Stützpunkte in den nördlichen Bergregionen in Südkurdistan erkennt man die Grenzlinien des Misak-ı Millî und weiß, dass die PKK nur eine Ausrede ist, aber auch diejenige Kraft, die gegen die türkische Okkupation Widerstand leistet.

Misak-ı Millî bedeutet übersetzt Nationalpakt oder Nationaleid. Er sollte in den Verhandlungen mit den Siegermächten über das Osmanische Reich die neuen Grenzen des türkischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg markieren. Diesem Pakt zufolge sollte die Aufteilung des Osmanischen Reiches im Lausanner Vertrag erfolgen, wobei zum türkischen Territorium neben Batumi und Thrakien auch die alten Provinzen Mossul (das heutige Südkurdistan bis zur kurdischen Stadt Silêmanî an



Schülerinnendemonstration im nordsyrischen Şehba gegen die Besatzungsdrohungen der Türkei.
Foto: ANHA

der iranischen Grenze) und Aleppo (neben der Region Aleppo das gesamte Rojava/Nord- und Ostsyrien) gehören sollten.

Türkei will vom Chaos im Nahen Osten profitieren

Der Appetit des türkischen Expansionismus wird durch die Multipolarität der Weltpolitik angeregt, die aufgrund der starken Konkurrenz unter den Staaten vor allem im Nahen Osten Chaos und große Leerstellen mit sich bringt. Im Aufruhr des Krieges um die Aufteilung der Region sind die regionalen Nationalstaaten wie Syrien, Irak und Iran schwach. Die Türkei erhofft sich endlich den Traum von Misak-ı Millî realisieren zu können. Ihren Besatzungskrieg hat sie vor allem mit der zunehmenden internationalen Isolierung und Umzingelung des Iran verstärkt. Sie glaubt im Falle des Sturzes des iranischen Regimes dessen Position als Regionalmacht im Nahen Osten übernehmen zu können. Ohnehin war das türkisch-iranische Verhältnis seit der osmanischen Zeit stets auf Konfrontation angelegt gewesen; Kooperation fand immer mit antikurdischer Ausrichtung statt. Da aber die Kurden ähnlich wie in Syrien auch im Iran auf den dritten Weg setzen, kann die Türkei den Iran nicht wie gewünscht über die antikurdische Schiene auf ihre Seite bringen. Der kurdische dritte Weg für den Iran heißt Demokratisierung von innen zusammen mit allen ethnischen, religiösen Gruppen des Landes ohne externe Intervention.

Türkei im Konflikt mit der NATO

Gegenwärtig bietet nicht nur die innenpolitische Schwäche der AKP und Erdoğans eine große Chance für Demokratie, sondern auch die internationalen und regionalen Konflikte, die der türkische Staat mit seiner Expansionspolitik erzeugt hat. Seit 1952 musste die Türkei im Nahen Osten als NATO-Mitglied ihre Rolle als Bollwerk für die atlantischen Interessen spielen. Nunmehr will sie raus aus dieser Rolle und die Position des Iran übernehmen und selbst Regionalmacht werden. Aus dieser Tatsache resultieren ihre Konflikte mit den USA und anderen NATO-Staaten. Der Ruf Erdoğans nach dem Misak-ı Millî gerade am 24. Juli, dem Jahrestag der Unterzeichnung des Lausanner Vertrages, war unüberhörbar. Dem folgt der Krieg an den gewünschten Grenzen des Misak-ı Millî in zwei Teilen Kurdistans. Rojava/Nord- und Ostsyrien ist stark gefährdet, da die Türkei ihre Militärpräsenz an der Grenze seit einigen Wochen verstärkt hat. In Südkurdistan bewegt sich das türkische Militär in Richtung Qandil, um so zur iranischen Grenze zu gelangen.

Der Misak-ı Millî wird vor allem wegen der alten Provinzen Aleppo und Mossul nicht möglich sein, da die Kurden unter der PKK vehement gegen die Besetzung ihres Landes sind. Auch wenn der Iran bislang zu den Luftangriffen an seiner Grenze in Südkurdistan schweigt, wird er die Expansion auf Dauer nicht tolerieren können, denn wenn es die Türkei militärisch von Qandil nach Silêmanî schafft, dann wird sie direkt zur iranischen Grenze gelangen.

Der türkische Besetzungskrieg wütet gerade in der Region Xakurkê im Dreiländereck Türkei, Irak, Iran. Hier stößt er auf den erfolgreichen Widerstand der kurdischen Guerilla der PKK. Weder die USA noch der Irak haben sich bislang gegen diesen illegalen Akt der Türkei geäußert. Den USA liegt eine möglichst schwache kurdische Bewegung am Herzen, mit der sie ihren Entwurf für Rojava umsetzen können. Das gesamt Nord- und Ostsyrien umfassende Demokratiemodell Rojavas war und ist ihnen ein Dorn im Auge. Denn es verhindert die Spaltung und Separierung der Völker und dass sie künftig gegeneinander ausgespielt werden können. Es verhindert ganz klar, dass sich Syrien zu einem Irak entwickelt.

Die Regierung in Bagdad ist im Hinblick auf die Konflikte zwischen den USA und dem Iran gespalten und daher schwach. Diese Situation bietet der Türkei die Möglichkeit, ihren Okkupationsfeldzug fortzusetzen.

Türkei in der Sackgasse zwischen Eurasien und NATO

Mit dem kürzlich erfolgten Kauf des russischen S-400-Raketenabwehrsystems will die Türkei den Druck auf die USA wegen deren Syrienpolitik verstärken, um unbedingt die gegen den IS entwickelte militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und den QSD aufzubrechen. Mit dem Kauf signalisierte sie ihre Bereitschaft, sich der russisch geführten Strategie für Eurasien anzuschließen. Ohnehin sind Erdoğans Vordenker alte Ultra-Kemalisten, die der Auffassung sind, die Türkei müsse wie zu Zeiten des Kalten Krieges von den Konflikten zwischen der NATO und der Shanghai-Kooperation profitieren. Auch wenn die Türkei durch den S-400-Raketen-Deal ein Stückchen näher an die Eurasien-Strategie gerückt ist, kann sie sich nicht von der NATO lösen, da die NATO-Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg intensiv in die Türkei investiert haben.

Der russischen Seite wiederum hat die Türkei etliche Versprechungen gemacht, die sie nicht einhalten kann. Eine Bedingung Russlands dagegen war gewesen, dass Ankara das Assad-Regime anerkennt. Dem wurde Folge geleistet. Mehrere Besuche türkischer Delegationen nach Damaskus fanden in letzter Zeit statt.

Russland andererseits braucht die Türkei, um seinen Gegner, die USA und auch die NATO, in Syrien zu schwächen. Dazu eignete sich der Konflikt zwischen der NATO und der Türkei. Daher wurde auch der S-400-Handel durchgesetzt.

Wegen ihrer Kurdenphobie hat die Türkei starke Ambitionen, die Selbstverwaltung in Nordostsyrien, das sie als Kurdengebiet versteht, zu beseitigen. Russland war bereit gewesen, der antikurdischen Politik der Türkei entgegenzukommen, und gestattete ihr die Belagerung Efrîns als Bedingung für ihren Rückzug aus Ost-Ghuta. Das heißt, Russland nützt die antikurdische Politik der Türkei zu seinen Gunsten. Eine weitere Bedingung war gewesen, dass das russische Gas nicht über die Ukraine, sondern über die Türkei auf den Markt kommen sollte.

Die historische Tragödie ist, dass es die Waffen und das grüne Licht der NATO waren, mit denen vierzig Jahre lang die Kurden in der Türkei militärisch bekämpft wurden. Heute werden diese Waffen von der Türkei zwar nicht in Syrien, dafür aber in Südkurdistan gegen die Kurden eingesetzt.

Es wäre daher zu einfach, den Kurden vorzuwerfen, sie würden mit der NATO oder mit den USA zusammen agieren. Für die Kurden gibt es keine Sicherheit, dass die USA morgen nicht doch der Türkei grünes Licht für deren »Sicherheitszone«, d. h. die Teilhabe in Nord- und Ostsyrien geben und die Kurden selbst dafür bezahlen lassen. Es ist einzig und allein von Bedeutung, dass die Kurden mit den Arabern, Armeniern, Assyrern und den anderen Volksgruppen in Nord- und Ostsyrien sich selbst schützen können. Es ist das Jahrhundert des Machiavellismus. Ein Jahrhundert der puren Profite. Freund und Feind ändern sich ständig.

Gegenwärtig versuchen die USA zwischen der Türkei und den QSD in Nord- und Ostsyrien zu vermitteln und beide zu einem Kompromiss zu zwingen. Für die USA ist die Türkei als Staat nach wie vor wichtig. Die Kurden allerdings will sie auch nicht verlieren, da diese viel mehr als die Türkei eine Schlüsselrolle im Nahen Osten spielen, weil sie auch im Irak und im Iran leben – etwa 15 Millionen im Iran.

Ob es die USA schaffen, Erdoğan als Repräsentanten der Diktatur und der Kurdenfeindlichkeit mit den Kurden, die für Demokratie und Freiheit stehen, zusammenzubringen, wird die nahe Zukunft zeigen. Ausschlaggebend dabei wird der kurdische Widerstand sein.

Kurden in der Türkei und weltweit werden eine Besetzung Rojavas selbstverständlich nicht zulassen. Im Falle einer solchen Gefahr würde es erneut zu einem Widerstandsnest wie in Kobanê kommen. Denn die Kurden in der Türkei konnten Erdoğan bei den Wahlen einen Schlag versetzen. Aber auch der siebenmonatige Hungerstreik der politischen Gefangenen und der Politiker in Kurdistan, der Türkei, Südkurdistan, Kanada und Europa haben den Willen der Kurden demonstriert, bis wohin sie für ihre Freiheit zu gehen bereit sind. Letzten Endes war Erdoğan durch die Hungerstreiks gezwungen, nach acht Jahren Besuchsverbot die Anwälte zu Öcalan zu lassen.

Außerdem haben Millionen Menschen in der Türkei am Beispiel des kurdischen Widerstandes gesehen, dass Erdoğan und damit die Türkei gar nicht so stark sind, wie er behauptet.

Auch die internationale Öffentlichkeit wird in diesem Falle nicht schweigen. Denn eine Belagerung Nord- und Ostsyriens wird die IS-Schläfer, als bisheriges Werkzeug der Türkei, erneut aufleben lassen. Die Türkei verfügt im belagerten Idlib, Cerablus, Azaz und Efrîn ohnehin über diese Kräfte. Und im Belagerungsfall wird sie dies durch die »örtlichen« Kräfte, d. h. den IS, ausführen lassen. Wie in Efrîn. Damit wäre dann eine Besetzung nicht nur ein kurdisches Problem. ♦

İdris Baluken über die Botschaften Abdullah Öcalans

Demokratische Politik als Mittel der Zivilgesellschaft

Aus einem Interview mit dem inhaftierten HDP-Politiker in der Zeitung Yeni Yaşam

Seit dem 4. November 2016 ist der ehemalige Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus Amed (Diyarbakır), İdris Baluken, im Sincan-Gefängnis in Ankara inhaftiert. Er war während der Friedensverhandlungen zwischen 2013 und 2015 Mitglied der sogenannten Imralı-Delegation, die zwischen dem türkischen Staat, Abdullah Öcalan und der PKK eine Vermittlerrolle spielte. Auch der Sprecher der ehemaligen Imralı-Delegation Sırrı Süreyya Önder ist inhaftiert. In den folgenden Auszügen aus einem Interview in der Zeitung Yeni Yaşam bewertet İdris Baluken die Erklärungen Abdullah Öcalans. Öcalan konnte infolge des Hungerstreiks kurdischer Aktivisten über seine Anwälte erstmals wieder zu politischen Entwicklungen Stellung nehmen.

In den jüngsten Gesprächen auf Imralı standen vor allem Diskussionen über den Begriff der demokratischen Politik im Vordergrund. Was denken Sie, als jemand, der die Gelegenheit hatte, Abdullah Öcalan mehrmals zu treffen, wie diese Diskussion geführt werden sollte?

Die Betonung der demokratischen Politik war auch bei unseren Treffen auf Imralı zentrale Agenda. Ich kann den Ansatz von Herrn Öcalan so zusammenfassen, dass die Probleme im gesellschaftlichen Bereich auf den politischen Bereich übertragen werden sollen. Nachdem dort Lösungen produziert wurden, sollen diese erneut in die Gesellschaft zurückgetragen werden. Es geht also um die Politisierung der gesellschaftlichen Forderungen und die Vergesellschaftung der politischen Lösung. Öcalan schafft es, für jedes Problem eine Lösung zu finden. Auf jedem Treffen formulierte er weitsichtige Analysen. Er überwand mit seinem Ansatz Probleme oder Sackgassen und entwickelte kreative Ideen. Sein Ansatz erscheint als Vorhersage für eine Vielzahl von Problembereichen im Mittleren Osten.

In der ersten Erklärung aus Imralı wird Bezug genommen auf die Newroz-Deklaration von 2013. In diesen Jahren standen auch Sie noch aktiv in der Politik.

Man muss hierbei die Entschlossenheit und das Beharren auf Frieden und Geschwisterlichkeit erkennen. Der Geist von Newroz 2013 bot eine historische Chance und hätte ein bedeutender Meilenstein werden können. Denn in der Phase, als dieser Geist noch zu spüren war, war in der Gesellschaft eine starke Hoffnung verbreitet und die Erwartung auf Frieden. Die folgenden Auseinandersetzungen und Erschütterungen in der Kriegsphase haben wir alle miterlebt. In allen Bereichen, vor allem der Wirtschaft, verschärfen sich die Probleme und Krisen. In dieser Hinsicht denke ich, dass es wichtig ist, die beharrliche Position Herrn Öcalans richtig zu verstehen, welche die Hoffnung wieder aufblühen zu lassen und der Gesellschaft Luft zum Atmen zu verschaffen sucht. Seine dargelegten Thesen müssen als größte Chance für einen Frieden bewertet werden.

Eine Atmosphäre für eine freie Diskussion muss geschaffen werden, damit die kurdische Frage und die Demokratisierungsprobleme der Türkei gelöst werden können. In einer Situation, in der selbst Friedensforderungen als Verbrechen eingestuft werden, kann keine rationale Lösung erzielt werden.

Mit der gegenwärtigen Verfassung und Gesetzeslage ist es schwierig, auch nur ein bisschen Veränderung zu bewirken. Aus diesem Grund muss eine demokratische Verfassung thematisiert werden, in deren Zentrum die Menschenrechte, das internationale Recht und der Raum der Freiheiten stehen. Auf diese Weise kann ein gesellschaftlicher Kompromiss wachsen. Diejenigen, die all dies umsetzen werden, sind die politischen Parteien, die NGOs, die Intellektuellen, die Kulturschaffen-



Die HDP-Politiker Pervin Buldan, Sırrı Süreyya Önder und İdris Baluken im Januar 2015 auf dem Weg nach Imralı. Foto: ANF

den, Journalisten und alle Kreise, die gesellschaftliche Verantwortung tragen. Die Diskussionen der genannten Kreise müssen nach Imralı getragen werden. Wenn man einen wirklichen Frieden will, muss man realistisch sein. Für einen nachhaltigen gesellschaftlichen Frieden müssen die Haftbedingungen Herrn Öcalans auf Imralı in der Hinsicht geändert werden, dass er mit all diesen Kreisen in Kontakt stehen und diskutieren kann. Er selbst hatte seine Bemühungen auf Imralı mit der Metapher »in einem Becken schwimmen« beschrieben. In einem leeren Becken kann man nicht schwimmen. Das Becken muss gefüllt werden durch Wissen, Gedanken und qualitative Diskussion.

Welche Rolle spielen gesellschaftliche und politische Kreise in demokratischen Verhandlungsprozessen, welche Mission haben sie?

Sie müssen zunächst einmal den Frieden und die Lösung zur zentralen Tagesordnung im Land machen. Alle krisenhaften Bereiche, die das Leben der Bürger berühren, wie die Wirtschaftskrise, müssen richtig definiert werden und ihre Verknüpfung mit der Kriegspolitik muss betont werden. Die Äußerungen türkischer Politiker im vergangenen Wahlkampf waren Geständnisse, die in die Geschichte eingehen werden. Es wurden direkte Verbindungen zwischen leeren Staatskassen und den Kosten von Munition formuliert. Politische Parteien, NGOs, Berufsverbände, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft können zu diesen Themen Foren und Konferenzen organisieren. Deren Ergebnisse können direkt mit der Gesellschaft geteilt werden. Diese Vorgehensweise birgt zudem die Möglichkeit einer starken Organisierung für Frieden und Demokratie. Mit dieser dynamischen Kraft könnte man mit demokratischen Methoden wie Presseerklärungen, Demonstrationen und Kundgebungen das Thema auf der Agenda halten, bis ein Ergebnis erzielt wird.

Mit dem Verweis auf Gandhi rief Öcalan dazu auf, zivile und kreative Lösungen zu entwickeln. Wie haben Sie diesen Appell wahrgenommen?

Wir können sagen, dass dieser Appell die historische und lebenswichtige Bedeutung der Zivilgesellschaft im Rahmen demokratischer Kriterien aktualisiert hat. Die Kampagne des zivilen Ungehorsams von Gandhi, wie beispielsweise der Salzmarsch, hat den hiesigen britischen Kolonialismus zur Strecke gebracht. Er erinnert daran, dass gegenüber politisierten zivilen Forderungen, die Mut, Geduld und Entschlossenheit beinhalten, keine Macht gleichgültig zusehen kann.

Öcalan hat über seine Anwälte mehrfach von der »Politik des Lebens und Lebenlassens« gesprochen. Wenn Sie an ihre vergangenen Gespräche mit ihm denken, was kommt Ihnen da in den Sinn?

In unseren Gesprächen beschränkte sich sein Politikansatz nicht nur auf den Menschen. Er sprach im Rahmen einer Perspektive, die die Natur, die Umwelt und sogar das Universum miteinschließt. Er behandelte die Gefahren der kapitalistischen Moderne für das menschliche Leben in einem ganzheitlichen Rahmen, der die Natur und alle Lebewesen einschloss. Seine demokratischen Thesen erörterte er innerhalb eines ökologischen Paradigmas. Auch die Herrschaft der männlichen Mentalität über die Frau bewertete er mit dieser Perspektive. Öcalan formulierte mehr historische, soziologische, philosophische und politische Analysen, anstatt oberflächlich über alltägliche Entwicklungen zu sprechen. Deshalb drehten sich die Gespräche mit ihm um ganz verschiedene Themen. Über Frauenmorde und die Situation von Saisonarbeitern und Bauarbeitern bis hin zum bedrohten kulturellen und historischen Erbe von Heskîf (Hasankeyf). Auf jedem Treffen sprach er selbstverständlich auch über das Problem des Krieges und dessen Auswirkung auf das Leben.

Öcalan warnt insbesondere, dass »Familien- und Stammesbindungen« in der Region gestärkt und politisch ausgenutzt werden. Was können Sie dazu sagen, auch im Kontext der Ereignisse von Pirsûs (Suruç) und Siwêrek (Siverek)[1]?

Ich denke, es gibt dabei zweierlei zu beachten. Erstens die Herangehensweise, die sich auf Familien- oder Stammesbindungen stützt, wie zuletzt in Pirsûs und Siwêrek. Die jüngste Geschichte ist voller solcher Massaker und Tragödien. Dahinter steckt eine kranke Mentalität, die kann alles aus der staatlichen Macht herausholen. Im Grunde ist dieser krankhafte Ansatz nicht neu. Die Wurzeln reichen bis in die Vergangenheit. Diese feudalen Strukturen wurden geschützt, wenn nicht sogar unterstützt, um in der Zeit des Osmanischen Reiches und der türkischen Republik die Kurden politisch zu kontrollieren und wenn nötig gegeneinander aufzuhetzen. Gleichzeitig wurden diese feudalen Strukturen als Mittel dafür benutzt, um die Kurden materiell abhängig zu machen und politisch zu entmündigen. Das ist die Quelle des Problems. Andererseits kann die Stammesstruktur nicht vollständig verurteilt werden, denn sie beinhaltet auch interne autonome Entscheidungsfindungsprozesse, zu ihrer Grundlage gehören das friedlichen Zusammenleben mit anderen Stämmen und der Schutz der eigenen kulturellen Existenz vor den Versuchen der Assimilation. Das Thema bedarf ausführlicher historischer, politischer und soziologischer Bewertungen. Angesichts der Folgen des Dorfschützersystems ist das leicht erkennbar.

Zweitens scheint es eine Warnung an die demokratische Politik zu sein. Eines der charakteristischen Merkmale solcher feudalen Vereinigungen ist ihre Verschlossenheit und dass sie sich ausschließlich mit ihren eigenen Problemen auseinandersetzen. In dieser Hinsicht könnte Öcalan auch auf die Ausweitung der demokratischen Politik, der demokratischen Bündnisse und der Beziehungen mit anderen gesellschaftlichen Kreisen aufmerksam gemacht haben.

Bei der Istanbuler Bürgermeisterwahl hat sich mit der HDP ein dritter Weg gezeigt. Welche Verantwortung tragen die Demokratiekräfte für diesen von Öcalan aufgezeigten Weg?

Sowohl die Kommunalwahl vom 31. März als auch die wiederholte Istanbul-Wahl am 23. Juni hat in der politischen Geschichte der Türkei wichtige Ergebnisse hervorgebracht und Brüche aufgezeigt. Da viel darüber geschrieben wurde, möchte ich nicht auf die Details eingehen.

Die künftige politische Agenda wird von der internen Situation der AKP, ihrem Verhältnis zur MHP und dem Verhalten des Regierungsbündnisses gegenüber Demokratie und demokratischer Lösung abhängen und bestimmt sein.

Die HDP sollte sich natürlich bemühen, in diesen Prozessen mitzuwirken, ihre eigene Position und Politik in breitere gesellschaftliche Kreise zu tragen und sie für ein gemeinsames Ziel in wirksame politische Subjekte zu verwandeln. In diesem Sinne wird erwartet, dass die demokratischen Bündnisse ausgeweitet werden. Kreise, die zur HDP bislang Distanz wahren, müssen miteinbezogen werden. Alle dürsten nach Demokratie, Frieden, Menschenrechten und universellen Rechtsnormen. Die HDP ist die Kraft und die Linie, die das Land demokratisieren und den Völkern des Mittleren Ostens Frieden bringen wird. Sie verfügt über den Schlüssel, den beiden zentralen politischen Strömungen in der Türkei die Demokratie näherzubringen. ♦

Das komplette Originalinterview online: http://www.yeniyasamgazetesi1.com/baluken-imrali-onundeki-engeller-kaldirilmali/

1 Anm. d. Ü.: In beiden Städten gab es bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen miteinander verwandten Familien, unter anderem um Landbesitz.

Die südkurdisch-türkische gegenseitige Abhängigkeit und der Krieg

Kurdistan muss als ein Ganzes verstanden werden

Besê Hozat, Kovorsitzende der Gemeinschaften der Gesellschaften Kurdistans (KCK), im Interview

Wir dokumentieren Auszüge aus einem Interview mit der Kovorsitzenden der Gemeinschaften der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Besê Hozat, über die Militärintervention der türkischen Armee in Südkurdistan/Nordirak und die Rolle der südkurdischen Regionalregierung. (https://firatnews.com/kurdistan/hozat-kuert-duesmanligi-bitise-goetuerecek-128078)

Erdoğan beharrt auf seiner Kriegspolitik, um politisch zu überleben, obwohl ihn genau diese Politik in die heutige unsichere Lage gebracht hat. Was bedeutet dieser Angriff auf Südkurdistan?

Die AKP-MHP-Regierung denkt, mit ihrer genozidalen Politik an der Macht bleiben zu können. Sie versucht die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Türkei mit der Kriegspolitik zu verschleiern. Sie verhindert, dass die wesentlichen Probleme offensichtlich werden, indem sie die Agenda der Türkei ständig mit Krieg füllt. Trotz einer sehr ernsten wirtschaftlichen und politischen Krise befeuert sie den Nationalismus und lenkt die Aufmerksamkeit auf den Okkupationskrieg in Südkurdistan und Rojava. Der ist ein Teil des genozidalen Krieges der AKP-MHP-Regierung gegen die Kurden. Entsprechend dem Nationalpakt Misak-ı Millî will der türkische Staat Südkurdistan besetzen.

Erdoğan und Bahçeli nutzen in ihrem neoosmanischen Wahn die Bedingungen des Dritten Weltkrieges, um ihren Misak-ı-Millî-Plan zu verwirklichen. Die PKK betrachten sie dabei als großes Hindernis. Der Grund für die Gründung und die Existenz der PKK ist die Verhinderung des Genozids an den Kurden und die Gewährleistung von deren demokratischen Rechten. Die PKK ist eins mit der kurdischen Gesellschaft. Wer die PKK angreift, greift die kurdische Gesellschaft an.

Der türkische Staat nutzt seit Jahren die Spaltungen, Widersprüche und Konflikte zwischen den Kurden für seine Okkupationspolitik aus. Auf diese Weise verhindert er ihre demokratische Einheit. Denn er weiß, dass deren Einheit seine genozidale Politik nicht zulassen würde. Er unternimmt nun große Anstrengungen, damit sich PDK (Demokratische Partei Kurdistans) und PKK gegenseitg bekämpfen, Peschmerga gegen Guerilla. Das ist eine böse Falle. Die PKK ist die Garantie für die Errungenschaften in Südkurdistan. Sie stützt die PDK grundlegend. Das Richtige in dieser Phase ist es, die demokratische nationale Einheit zu schaffen, um eine gemeinsame nationale Haltung zeigen zu können.

Obwohl sich die AKP in ihrer schwächsten Position befindet, bekommt sie bei ihren Angriffen in Südkurdistan Unterstützung von der PDK. Warum das, trotz der Drohungen Erdoğans gegen die Barzanî-Familie während des Unabhängigkeitsreferendums 2017?

Die PDK betreibt eine kollaborationistische Politik. Deshalb sieht sie freiheitliche, revolutionäre und demokratische kurdische Organisationen als Bedrohung für sich selbst. Um sie zu vernichten, kollaboriert sie mit dem kurdenfeindlichen türkischen Staat. Sie denkt nicht viel über die nationalen Interessen und Freiheiten der Kurden nach, sondern an ihre eigenen familiären Interessen. Die Kurden führen immer noch einen Krieg um ihre Existenz. Diese wurde noch nicht anerkannt und ihre Freiheit noch nicht gewährleistet. In einer solchen Situation hat die Unterstützung einer sich selbst als kurdische Partei bezeichnenden Organisation für die Vernichtungspolitik des türkischen Staates und ihre Zustimmung zu den Angriffen auf die PKK nichts mit dem kurdischen Freiheitskampf zu tun. Es ist zu einem Stil der PDK geworden, andere kurdische Gruppen mit einer anderen Kraft zusammen zu eliminieren. Doch diese Politik hat ein Niveau erreicht, das das freie und demokratische Leben der kurdischen Gesellschaft gefährdet.



Demonstration in Silêmanî gegen die Ermordung von Heval Helmet / Diyar Xerib, Mitglied des Präsidialrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), durch die türkische Luftwaffe in Südkurdistan. Foto: ANF

Das Problem der PDK hängt mit ihrer Mentalität zusammen und ist eine Sache der Entscheidung. Ihr nationales Bewusstsein ist sehr schwach entwickelt. Ihre Existenz sieht sie darin, zusammen mit kurdenfeindlichen Kräften die politische Potenz anderer kurdischer Organisationen zu eliminieren. Sie hat keine demokratisch-nationale und freiheitliche Lösungsperspektive für die kurdische Frage. Sie vertritt ein primitiv-nationalistisches Verständnis. Wenn sich die kurdische Gesellschaft mit einem demokratisch-nationalen Bewusstsein erhebt und organisiert, wird diese Politik der PDK wirkungslos werden. Die PDK muss von dieser Position abrücken, die dem Freiheitskampf der Kurden schadet. Sie muss aufhören, die Vernichtungs- und Verleugnungspolitik des türkischen Staates zu unterstützen, und sich den nationalen Werten entsprechend positionieren. Wenn sie ihren Ansatz ändert und mit nationaler Sensibilität agiert, kann sie sehr leicht mit der PKK zusammenkommen und ein demokratisch-nationales Bündnis entwickeln. Auf diese Weise kann ein nationaler Kongress realisiert und die nationale Einheit gewährleistet werden. Die PKK ist jederzeit dafür bereit.

In politischer Hinsicht ist die AKP-Regierung auf die südkurdischen Kräfte angewiesen, um sich halten zu können. Doch es wird ständig der Eindruck erweckt, als seien diese Kräfte auf die AKP angewiesen. Wie würden Sie dieses Verhältnis bezeichnen, wie bewerten Sie es?

Das hervorstechendste Merkmal des kollaborationistischen Verständnisses ist das fehlende Selbstvertrauen. Weil es an Selbstvertrauen mangelt, wendet man sich der Kollaboration zu und meint, auf diese Weise die eigenen Interessen schützen zu können. An diesem Punkt täuscht man sich am meisten. Das erzeugt zunehmend einen Charakter und eine Mentalität, die nationalen Werten entgegenstehen. Doch eigentlich hat die PDK und jede andere kurdische Partei dies nicht nötig. Die PDK verfügt über immense Möglichkeiten. Südkurdistan ist ein in jeder Hinsicht reiches Land. Es ist offen für Produktion, Landwirtschaft und Viehzucht. Es könnte sich selbst genügen, doch weil es nicht richtig geplant und langfristig für die Gesellschaft genutzt wird, werden diese Werte aufgerieben. Zurzeit ist nicht Südkurdistan von der Türkei, sondern die Türkei von Südkurdistan abhängig. Wenn ein Tag lang kein Erdöl aus dem Süden in die Türkei fließen würde und die Türkei keine billigen Waren im Süden verkaufen könnte, könnte sich die AKP nicht einen Tag länger an der Macht halten. Sie spricht in den letzten Jahren ständig von einer Verbesserung der Wirtschaft. Das gewährleistet die Kolonialisierung Südkurdistans. Die ge-

sellschaftlichen Werte der Menschen Südkurdistans werden für ein konformistisches Konsumentenleben an die Türkei verkauft. Die AKP-Regierung hält sich seit Jahren wirtschaftlich und politisch mit der Unterstützung der kurdischen Regionalregierung auf den Beinen. Auch dieser genozidale Krieg wird von der PDK unterstützt. Sonst hätte die Türkei nicht einen Fuß nach Südkurdistan, geschweige denn nach Xakurkê setzen können.

Seitdem die PKK auf die Bühne der Geschichte getreten ist, heißt es immer wieder, die Kurden könnten durch ihre Einheit eine Kraft werden. Welche Hindernisse bestehen heute bei der Entstehung einer nationalen Einheit der Kurden?

Die politische Linie der PDK und die daraus resultierende Kollaboration mit dem türkischen Staat ist ein ernsthaftes Hindernis für die nationale Einheit.

Die Entschlossenheit und der Wille der Organisationen außerhalb der PKK oder der PKK nahestehenden politischen Organisationen zur Schaffung der politischen nationalen Einheit sind schwach.

Trotz der Entwicklung eines bedeutenden Niveaus des demokratischen nationalen Bewusstseins in der kurdischen Gesellschaft gibt es immer noch Mängel bei der Entwicklung einer starken Haltung. Es herrscht kein starker nationaler Druck für die Entwicklung einer demokratischen Einheit bzw. eines demokratischen Bündnisses.

Kurdische Intellektuelle spielen eine unzureichende Rolle bei der Entwicklung einer demokratischen nationalen Einheit. Sie bleiben leider sehr opportunistisch dabei, die Hindernisse für die nationale Einheit zu analysieren, zu kritisieren, das Bewusstsein der Gesellschaft zu stärken und sie in den Widerstand zu ziehen.

Auch die Künstler spielen keine ausreichende Rolle bei der Entwicklung der demokratischen nationalen Einheit. Obwohl die stärkste Stimme und das schönste Beispiel für eine demokratische Einheit im Kunst- und Kulturbereich entstehen sollten.

Es gab Veränderungen in der südkurdischen Regierung. Welche Verantwortung trägt sie für die Schaffung der nationalen Einheit und der Demokratisierung in Südkurdistan?

Es gibt keine grundlegende Veränderung in der südkurdischen Regierung. Der jetzige Ministerpräsident Nêçîrvan Barzanî spielte auch zuvor eine wichtige Rolle in der Regierung. Für den Premierminister Mesrûr Barzanî gilt dasselbe. Er war zuvor in gewissem Sinne zusammen mit Mesûd Barzanî Teil der Regierung. Deshalb gibt es im Grunde keine neue Regierung. Das Wichtigere ist sowieso die Veränderung in Mentalität und Politik. Selbstverständlich ist das neue Team jünger und agiler. Sie haben eine historische Verantwortung übernommen, nämlich die nationale Einheit der Kurden zu gewährleisten. Es gibt gesellschaftliche Erwartungen. Südkurdistan kann nicht unabhängig von den anderen Teilen geführt werden.

Auch wenn die herrschenden Kräfte Kurdistan geteilt und Grenzen gezogen haben, ändert das nichts an der Realität, dass es ein Land ist. Auch die kurdische Frage muss als ein Ganzes verstanden werden. Deshalb ist es ein großer Irrtum zu denken, der Süden habe mit einer Föderation die Freiheit gewonnen, bevor die Probleme in den anderen Teilen Kurdistans nicht gelöst sind. ♦



Kundgebung in London anlässlich des IS-Angriffs auf das êzîdische Siedlungsgebiet Şengal in Südkurdistan vor fünf Jahren. Foto: ANF

Ein Blick auf die Lage im Nahen und Mittleren Osten

Die USA mussten ständig für Gründe sorgen, die weitere Interventionen im Mittleren Osten rechtfertigten

Interview mit Cemal Şerik, Mitglied im PKK-Zentralkomitee

Die USA rüsten sich für einen Krieg gegen Iran. Ist das zu erwarten, während sich die Situation in Syrien noch nicht beruhigt hat?

Mit dem Niedergang des Realsozialismus begann im Mittleren Osten eine neue Phase. Der Erste Golfkrieg *[im Sinne des Ersten Irakkriegs]* war im Grunde der erste wichtige Schritt dahin. Es war klar, welche Ziele die USA mit dem Krieg verfolgten. Der Realsozialismus war zusammengebrochen und hinterließ ein Machtvakuum im Mittleren Osten. Russland, als Nachfolger der Sowjetunion, verfügte nicht über das Potenzial, um es zu füllen. Auch China war für wirksame Schritte im Mittleren Osten unvorbereitet. So machten sich die USA daran, diese Lücke zu füllen. Durch den Zusammenbruch und Rückzug der Sowjetunion fühlten sie sich zu dieser Intervention berechtigt, um deren aufgegebene Positionen zu übernehmen, mussten jedoch nach außen vertretbare Gründe für die Intervention schaffen. Die irakische Besetzung Kuwaits war einer davon. Die USA stimmten dieser Besetzung zu und ebneten Saddam den Weg nach Kuwait, nur um dann anschließend die irakische Invasion als eine Rechtfertigung für die eigene Intervention zu nutzen.

Der Beginn des Ersten Golfkrieges war wegweisend für die weiteren Entwicklungen im Mittleren Osten. Damit die USA dort ihren Einfluss und die Kontrolle ausweiten konnten, mussten sie verschiedene Probleme lösen. Zum einen war dies das Bestreben Russlands, seinen Einfluss zu behalten. Zum anderen waren es die Machtansprüche der Regionalstaaten.

Bei Letzteren muss man unterscheiden zwischen einerseits den Nationalstaaten Iran und Türkei, die beide nach dem Ersten Weltkrieg aufgebaut wurden und ein klar imperiales Erbe trugen, und andererseits den Regionen in Irak, Syrien, Jordanien, Libanon und Jemen, in denen Araber lebten, die zuvor über keine eigenen Staaten verfügt hatten. Ihre Staaten entstanden zumeist erst nach dem Ersten Weltkrieg. Bei der damaligen Neustrukturierung des Mittleren Ostens spielten England und Frankreich, als Siegermächte des Weltkrieges, eine zentrale Rolle, während der Einfluss der USA dabei nachrangig war.

Mit dem Zweiten Weltkrieg jedoch übernahmen die USA die Rolle des Gendarmen des Kapitalismus. Der britische und französische Einfluss in der Region blieb aber bestehen. Die USA konnten erst in den siebziger Jahren Beziehungen mit dem Irak aufbauen. Ihre wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu Syrien reichten jedoch zu keinem Zeitpunkt an die der Sowjetunion bzw. Russlands heran. Die einzigen engen Verbindungen in der Region bestanden zu Israel und der Türkei. In den Tiefen des Mittleren Ostens war der US-Einfluss also sehr begrenzt.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich der Einfluss der USA in der Region zunächst nicht maßgeblich. Erst nach dem Ende der Sowjetunion machten die USA mit der Intervention in Irak den ersten Schritt, ihre Präsenz und ihren militärischen Einfluss auszuweiten. Dabei sollte es nicht bleiben.

Die USA intervenierten am Golf gegen Irak, verschoben das Ende des Krieges aber auf einen späteren Zeitpunkt. Damit wurden auch die Weichen gestellt für das spätere Wiederaufflammen des Konflikts mit Irak. Mit dem Ersten Golfkrieg hatten die USA den 36. Breitengrad unter ihre Kontrolle gebracht. Sie waren jedoch weit entfernt davon, ganz Irak zu kontrollieren. Das Regime von Saddam blieb intakt. Die USA planten, den Krieg gegen Irak weiterzuführen, suchten jedoch auch nach Möglichkeiten, dabei ihren Einfluss in Syrien, Libanon und Iran zu verstärken. Mit Ägypten gab es bereits aus der Mubarak-Zeit enge Beziehungen und die Türkei war der wichtigste Stützpunkt der USA. Zudem bestanden enge Beziehungen zwischen Ägypten und Israel.

Die USA mussten ständig für Gründe sorgen, die weitere Interventionen im Mittleren Osten rechtfertigten. Dafür organisierten sie verschiedene radikale Gruppen. Die Anschläge

vom 11. September 2001 fielen in eine solche Phase. Al-Qaida bekannte sich zu den Attentaten. Eine Organisation, bei deren Gründung die CIA bekanntermaßen eine wichtige Rolle gespielt hatte. Auf die Anschläge vom 11. September folgten die Intervention der USA in Afghanistan und der Zweite Golfkrieg mit dem Sturz Saddams. Zur Rechtfertigung dienten fadenscheinige Argumente wie das Vorhandensein chemischer Waffen.

Warum hatten die USA nicht Anfang 1991 Saddam Hussein gestürzt, sondern erst 2003? Die notwendigen Vorbereitungen zum Füllen des Machtvakuums brauchten ihre Zeit. 1991 wäre Irak in einzelne Teile, mit jeweils verschiedenen Regierungen, auseinandergebrochen. Dies hätte die Arbeit der USA sehr erschwert, deren Ziel die Zentralregierung war. In Südkurdistan hatten sie sowieso schon einen gewissen Einfluss, daher warteten sie bis 2003 mit der entscheidenden Intervention zum Sturze Saddam Husseins.

Im Jahr 2010 begannen dann militärische Operationen der USA in den Staaten, die bereits zuvor im Fadenkreuz US-amerikanischer Geopolitik gestanden hatten. Gegen Libyen, Syrien und Iran hatten sie bereits ausreichend Propagandafeldzüge geführt. Nachdem auf diese Weise die Grundlage für Militärinterventionen geschaffen worden war, mussten sie nur den richtigen Zeitpunkt abpassen. Der kam 2011, als die Massendemonstrationen in Tunesien begannen, die sich über Ägypten auf die arabische Welt ausbreiteten und als »Arabischer Frühling« bekannt wurden. Infolgedessen wurde Ben Ali in Tunesien gestürzt. In Kairo protestierte vor allem die Jugend auf dem Tahrir-Platz, bis auch die Mubarak-Regierung gestürzt wurde. Auch wenn ihm der von den Muslimbrüdern unterstützte Mursi nachfolgte, war es die gesellschaftliche Opposition, die den Sturz verursacht hatte.

In Libyen verliefen die Entwicklungen jedoch anders als in Ägypten und Tunesien. Hier wurde der Sturz Gaddafis durch



In Nord- und Ostsyrien organisiert die Bevölkerung ihre Selbstverteidigung, um auf eine Invasion der Türkei entsprechend vorbereitet zu sein. Foto: ANHA

internationale Eingriffe, der USA, der CIA und der Türkei, erreicht. Nachdem bewaffnete Kräfte die Regierung Gaddafis angegriffen hatten, wurde dieser mit Unterstützung des internationalen Kapitals ermordet. Nach dem Sturz Gaddafis ist die Lage in Libyen nicht besser geworden. Die Gefechte und die Ungewissheit dauern weiter an.

Die USA erhalten ihr Wirtschaftsembargo gegen Iran aufrecht und wollen es schrittweise in ein politisches Embargo überführen. Das zeigt, dass die USA den entscheidenden Schlag für ihre Herrschaft im Mittleren Osten vorbereiten.

Auch in Syrien wurden ähnliche Interventionen durchgeführt. Hier gab es bereits seit den siebziger Jahren Probleme, die in der Zusammensetzung des Regimes begründet lagen. Die Regierung vertrat nicht die Mehrheit der Syrer. Die konfessionelle Mehrheit bildeten die Sunniten. Die Muslimbrüderschaft wurde nach einem gescheiterten Aufstand gegen das Assad-Regime massiv verfolgt. Ihre Führungskräfte gingen in die Türkei, wo sie von der Regierung materiell und organisatorisch unterstützt wurden, um das Regime Assads zu schwächen. Die Muslimbrüder versuchten erfolglos, sich im Namen der Freien Syrischen Armee (FSA) zu organisieren. Das Assad-Regime leistete Widerstand. Anders als in Libyen verfolgten im Syrienkonflikt Russland als auch Iran ihre Interessen offensiv und unterstützten das Regime. So dauert der Krieg dort bis heute an und infolgedessen änderte sich die Machtkonstellation in der Region.

Als sich die Gleichgewichte in Syrien zu ändern begannen, spielte der Widerstand in Rojava eine entscheidende Rolle. Denn al-Nusra und Islamischer Staat (IS) wollten das in die Enge getriebene Assad-Regime zerschlagen und ihre eigenen Machtstrukturen aufbauen. Den Nordosten des Landes hatten sie bereits unter ihre Kontrolle gebracht und die wollten sie nun auch auf Rojava ausweiten. Der Widerstand in Rojava hat das verhindert. Nicht nur die Ziele von al-Nusra und IS wurden so vereitelt, sondern auch die Pläne des türkischen Staates.

Somit haben die internationalen Mächte, wie die USA, ihre Ziele in Syrien nicht erreichen können. Doch sind sie von ihrem Ziel, den Mittleren Osten unter ihre Kontrolle zu bringen, nicht abgerückt. Ihre Politik gegen die Rojava-Revolution macht dies deutlich. Sie versuchen, den radikalen und revolutionären Charakter der Revolution zu reformieren. Sie wollen die Revolution unter ihre Kontrolle bringen, indem sie diese von innen aufweichen. In Südkurdistan verfolgen sie dasselbe Ziel, doch dort sind ohnehin schon Kollaborateure an der Macht.

Es ist fraglich, ob der Krieg in Syrien in der Weise fortgesetzt werden kann. Wenn die USA und Russland sich miteinander verständigen, dann könnte der Krieg in Syrien ein Ende finden. Doch das ist bisher nicht der Fall. Ohne offene Konfrontation zwischen ihnen versuchen die beiden Staaten ihre Interessen stellvertretend durch andere Kräfte durchzusetzen. Diese Situation wird wohl noch eine Weile so bestehen bleiben. Es werden Gespräche in Genf geführt, deren Ergebnisse noch unklar sind. Die Gespräche zwischen Russland, Türkei, Iran und Syrien in Astana und später Sotschi sind hingegen ins Leere gelaufen. Im Moment versuchen auch diese Staaten, die Probleme über die Genfer Gespräche zu lösen.

Die USA erhalten ihr Wirtschaftsembargo gegen Iran aufrecht und wollen es schrittweise in ein politisches Embargo überführen. Das zeigt, dass die USA den entscheidenden Schlag für ihre Herrschaft im Mittleren Osten vorbereiten. Doch dafür gibt es verschiedene Wege. Die militärische Intervention ist ein Weg. Embargo, Einkreisung und diplomatische Angriffe ein anderer.

Die USA halten sich beide Optionen offen. Denn sie haben in Iran keine regimefeindlichen Kräfte zur Hand wie in Syrien und Libyen. Von Zeit zu Zeit hatten sie erfolglos versucht, im Inneren des Landes Probleme zu schüren, um gesellschaftliche Proteste zu entfachen. Der politische Ansatz des iranischen Regimes verhinderte jedoch, dass die gesellschaftlichen Bewegungen in eine Revolte mündeten. Die USA versuchten dabei, einige kurdische Gruppen auszunutzen. Iran ist zudem kein homogener Staat, hier leben Bellutschen, Araber, Kurden, Assyrer, Turkmenen u. a. Trotzdem hat der iranische Staat ein Gleichgewicht geschaffen und behauptet sich. Die USA versuchen sowohl auf dem Wege der gesellschaftlichen Opposition Druck auf das Regime auszuüben, als auch die genannten Volksgruppen aufzustacheln. Bislang waren sie damit erfolglos. Langfristig könnte es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und Iran kommen, doch gegenwärtig ist das eher unwahrscheinlich. Es gibt zurzeit auch keinen Staat, den die USA gegen Iran vorschieben könnten. Von Saudi-Arabien und Israel werden immer wieder Drohungen ausgestoßen, aber sie haben nicht die Kraft für einen Frontalkrieg.

In Sudan und Algerien wurden Diktatoren wie al-Baschir und Bouteflika durch gesellschaftlichen Widerstand gestürzt. Warum dauern die Proteste an?

Der Arabische Frühling war zu Beginn nicht auf nur zwei Länder begrenzbar und weitete sich bald auf den gesamten Mittleren Osten, Ost- und Zentralafrika aus. Auch in verschiedenen arabischen Staaten der Region kam es zu Unruhen. Die USA wollten dies für ihr Greater Middle East Project ausnutzen und so kamen Libyen und Syrien auf die außenpolitische Agenda.

In Sudan und Algerien war die Situation eine andere. Al-Baschir war über dreißig Jahre an der Macht. Ein enger Freund und Verbündeter al-Baschirs war der Kopf der türkischen AKP, Erdoğan. Es gab etliche Gemeinsamkeiten zwischen al-Baschir und Ben Ali, dem gestürzten Machthaber Tunesiens. Ben Ali hortete sein Gold und seine Juwelen in Säcken und auch al-Baschir soll seine Dollarscheine in Säcke gestopft haben. Er war ein Diktator, der jederzeit mit der Angst lebte, gestürzt zu werden.

In Algerien war die Lage etwas anders. In den achtziger und neunziger Jahren war die islamische Bewegung in Algerien stärker geworden. In den Sechzigern hatte Algerien einen antikolonialen Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich geführt. Es gab in dieser Zeit auch kleinbürgerliche, linke und radikale Kreise, die von der Sowjetunion unterstützt wurden. Doch es war eine muslimische Gesellschaft. Die antiimperialistische Haltung der Gesellschaft wurde dadurch gestärkt, dass Frankreich christlich war und die Araber muslimisch. Der Einsatz für die eigenen Werte wurde als Bewahrung des muslimischen Glaubens zum Ausdruck gebracht. In gewissem Sinne drückte die islamische Identität in Algerien den Widerstand gegen den französischen Kolonialismus aus.

In Algerien siegte die nationale Befreiungsbewegung und es entstand die Regierung von Ahmed Ben Bella. Die Nationale Befreiungsfront Algeriens blieb bis in die Neunziger an der Macht. Mit dem Niedergang des Realsozialismus wuchsen auch die Probleme in Algerien. Die islamischen Bewegungen konnten zunehmend Erfolge verbuchen. Bei den Wahlen konnte die Islamische Heilsfront die Mehrheit erzielen. Trotzdem unterdrückte die amtierende Regierung die Islamische Heilsfront. Auf diese Art und Weise wurde Algerien bis heute laizistisch regiert.

Dass es eine laizistische Regierung gab, bedeutet nicht, dass der Glaube der Gesellschaft unterdrückt wurde. Sowohl die Verwandlung der laizistischen Struktur in ein autokratisches System als auch das Ignorieren von Demokratisierungsforderungen führten zu heftigem gesellschaftlichen Widerstand. Am Ende musste Bouteflika seine Macht abgeben.

Auch in Sudan gingen die Menschen auf die Straße und stürzten die Regierung von al-Baschir. Die Armee hat nun entscheidenden Einfluss im Land. In Algerien hat sich Bouteflika aus dem Präsidentenamt zurückgezogen, doch sein Platz konnte nicht wieder gefüllt werden. Weder in Sudan noch in Algerien konnten die demokratischen Bedürfnisse erfüllt werden. Von daher hat auch die gesellschaftliche Dynamik in Richtung weiterer Demokratisierung Bestand. So wird es auch bleiben, bis die Forderungen der Menschen nach Demokratie umgesetzt werden. Sie können immer wieder unterdrückt werden, aber sie werden sich immer wieder bemerkbar machen.

Werden die Diskussionen über die künftigen Regierungen zu Lösungen im Sinne der Gesellschaft führen?

Nein, das ist nicht möglich. Bouteflika hat sich zurückgezogen, doch das alte Regime nicht. Al-Baschir wurde verhaftet, aber auch er hat ein politisches System hinterlassen. Obwohl er gestürzt wurde, verfügt er nach wie vor über Einfluss in der Armee und pflegt internationale Beziehungen mit Staaten wie der Türkei.

Lässt sich nun sagen, dass der Putsch der Armee das Vakuum gefüllt hat, das al-Baschir hinterließ? Ist nicht dasselbe auch in Ägypten passiert? Die Jugend hat rebelliert und Mubarak besiegt. Mursi kam an die Macht, nur um dann wiederum von der Armee bzw. von as-Sisi gestürzt zu werden. Hat dies die gesellschaftlichen Probleme gelöst? Nein, die Regierungen bestehen weiter wie zuvor. Die neuen Gesichter haben ihre Verbindungen zum alten System nicht gekappt und setzen deren Politik fort. Um zu verhindern, dass die Revolten das System als Ganzes verändern, wurden Entscheidungen getroffen, um die Gesellschaft an einem bestimmten Punkt zu halten. Die Diskussionen über die Übergangsregierung mit fünf zivilen und fünf Armeevertretern ist ein Resultat dessen. Die Probleme wären erst dann gelöst, wenn die Gesellschaft ihre eigene Selbstverwaltung schaffen würde. Die Gesellschaft müsste das Potenzial erreichen, alle sie selbst betreffenden Bereiche selbst zu regeln. Von der Wirtschaft über die Politik, Justiz und Kultur bis zur Gesundheitsversorgung. Erst dann werden die Probleme in Algerien, Sudan und Tunesien lösbar. Abdullah Öcalan hat dies als die Lösung der demokratischen Moderne formuliert, als demokratische Nation und demokratischen Konföderalismus. Das sind im Grunde die zentralen Argumente und Vorschläge, um die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. ♦

Über die Notwendigkeit einer ehrlichen Aufarbeitung der IS-Verbrechen – auch in Europa

Von Schuld und gesellschaftlicher Verantwortung

Arif Rhein

Der Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) hatte seinen Preis. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: mehr als 10.000 Gefallene und ca. 20.000 Verletzte. Zehntausende vorwiegend junge Frauen und Männer haben in den vergangenen Jahren ihr Leben in die Waagschale geworfen. Tausende haben schwerste Verletzungen davongetragen: Querschnittslähmungen, fehlende Beine und Arme, aber auch verlorenes Sprechvermögen und Erinnerungen sind der ganz konkrete Preis des Kampfes. Die unerträgliche Haltung der Regierungen dieser Welt, wenn es um die Rückführung ihrer StaatsbürgerInnen geht, die sich dem IS angeschlossen hatten, zeugt von einer maßlosen Verachtung für die gefallenen und verletzten Anti-IS-KämpferInnen der YPG (Volksverteidigungseinheiten), YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) und QSD (Demokratische Kräfte Syriens). Auch die Erklärungen der deutschen Bundesregierung in den vergangenen Monaten zeugen von dieser Haltung. Umso wichtiger wird es in den nächsten Monaten sein, dass die Zivilgesellschaft Druck aufbaut und eigene Schritte zur Unterstützung der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien unternimmt.

Destabilisierung des Mittleren Ostens durch den IS

Für welche soziologische, soziale und politische Realität steht der IS? Spricht man mit Überlebenden des Kampfes der letzten Jahre, werden die bodenlose Brutalität und Perspektivlosigkeit deutlich, die der IS repräsentiert. Man erfährt in den Berichten immer wieder von mit Drogen vollgepumpten IS-KämpferInnen, an deren Gürteln ein Löffel und ein Schlüssel baumelten: der Schlüssel für die Tür zum Paradies und der Löffel für das Essen mit dem Propheten. Folterzentren, Massengräber und medial dokumentierte Kriegsverbrechen prägen die Erinnerungen an den IS. Über 60.000 vorwiegend junge Männer *[und auch Frauen]* aus der ganzen Welt schlossen sich ihm an. Tausende kamen auch aus Europa. Unter dem Vorwand, für einen jahrhundertealten Glauben zu kämpfen, mordeten, raubten und zerstörten sie. Bombenanschläge, Attentate und die Brände auf Feldern in den vergangenen Wochen in Nordsyrien zeigen, dass diese zerstörerische Ideologie weiterhin ihr Unwesen in der Region treibt. Die Folgen im gesamten Mittleren Osten sind massiv: jahrtausendealte Monumente und historische Städte wie Mossul oder Raqqa wurden zerstört, ganze Regionen entvölkert, Glaubensgemeinschaften wie die êzîdische im Irak oder arabische Stämme in Syrien auseinandergetrieben, der Islam als Glaubens- und Identifikationsquelle für Millionen von Menschen in der Region instrumentalisiert und diskreditiert. Weite Teile Syriens, des Irak und anderer Länder des Mittleren Ostens stehen heute vor einer Landschaft der Zerstörung und einer zutiefst traumatisierten Gesellschaft.

Der Westen und die Destabilisierung des Mittleren Ostens

Zweifellos entstand der IS nicht aus dem Nichts. Da wären zum einen jahrhundertealte Konflikte in der Region selbst, die zehntausende Jugendliche in die Arme des IS trieben. Dieser Umstand kann nicht ignoriert werden, wenn man die Verbreitung des IS verstehen möchte. Ebenso wichtig ist es, ehrlich zu benennen, welche Rolle die ideologische, logistische und militärische Unterstützung westlicher Länder und ihrer regionalen Verbündeten für radikalislamische Organisationen spielt. Wer sich mit der jüngeren Geschichte des Mittleren Ostens auseinandersetzt, muss schnell einsehen, dass sich seit mindestens zweihundert Jahren Mächte wie Großbritannien, die USA, Frankreich oder Deutschland gegenseitig darin übertreffen, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Region gegeneinander auszuspielen. Der IS ist das jüngste Beispiel für die Folgen dieser unmoralischen und menschenverachtenden Politik. Seine Wurzeln können sicherlich Jahrhunderte weit zurückverfolgt werden. An dieser Stelle soll der Hinweis auf eine Entwicklung der letzten Jahrzehnte genügen: Spätestens seit den siebziger Jahren unterstützen westliche Staaten mithilfe ihrer Geheimdienste und ihres Militärs massiv radikale Islamisten. Was vor vierzig Jahren in Afghanistan begann, um die Sowjetunion zu schwächen, findet heute in Form von IS, al-Nusra und vielen anderen kleinen Gruppen seine Fortsetzung. Der



In der Frage der gefangenen Mitglieder des »Islamischen Staates« und ihrer Familienangehörigen Verantwortung übernehmen. Foto: Archiv

Westen verfolgt zwei grundlegende Ziele: Zum einen sollen geostrategische Rivalen, allen voran Russland, in der Region keinen Fuß fassen. Zum anderen geht es seit dem Zerfall der Sowjetunion um eine Neustrukturierung des gesamten Mittleren Ostens gemäß den Interessen des Westens. Die Strategie scheint zu sein, die Grenzen der Länder neu zu ziehen, um kleinere, besser kontrollierbare Nationalstaaten zu schaffen. Auf sozialer und kultureller Ebene soll die Zerstörung der Region in Folge der Konflikte der vergangenen Jahrzehnte die Grundlage für eine Integration der mittelöstlichen Gesellschaften in eine liberale Weltordnung schaffen. Der IS hat in den letzten Jahren einen entscheidenden Beitrag zur Zerstörung des kulturellen Erbes der Region und zur Vernichtung jahrtausendealter sozialer Bindungen geleistet. Die westlichen Mächte werden diese Situation zu nutzen versuchen, um Städte wie Mossul nach ihren Vorstellungen wiederaufzubauen und mithilfe ihrer Medien oder NGOs das soziale und kulturelle Leben in der Region entsprechend liberal-westlichen Wertevorstellungen neu zu gestalten.

Die Rolle der Türkei als strategischer Partner des Westens

Die Destabilisierung und Neugestaltung der Region wird ganz entscheidend über die Türkei organisiert. Zahllose Medienberichte und offizielle Stellungnahmen von Regierungs- und StaatsvertreterInnen aus den USA, Russland oder der EU belegen die zentrale Rolle der Türkei beim Aufbau, der Unterstützung und Lenkung von Organisationen wie dem IS. Auch hier ist es wichtig, die historischen Dimensionen hinter den aktuellen Entwicklungen zu verstehen. Dazu gehört neben einer Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftswissenschaftlichen Umständen der Gründung der Republik Türkei vor ca. hundert Jahren auch eine Analyse der britischen, amerikanischen, französischen oder deutschen Rolle bei der Zerstückelung der gesamten Region in diverse schwache Nationalstaaten. Auf internationaler Ebene wird zunehmend offen über die enge Zusammenarbeit des türkischen Regimes mit den radikalislamischen Kräften dieser Welt gesprochen. Ohne diese Unterstützung in Form von Waffen, Ausbildung oder medizinischer Versorgung wären Organisationen wie der IS wohl nie so einflussreich geworden. Weniger offen wird darüber gesprochen, welch kontinuierliche Unterstützung durch Länder wie Deutschland das AKP-Regime seit mittlerweile siebzehn Jahren genießt. Es sind die Waffen, das Geld und die politische Anerkennung durch Europa und die USA, die das türkische Regime dazu ermutigten, ein strategisches Bündnis mit all den radikalislamischen Kräften einzugehen – ob nun IS, al-Nusra oder Muslimbrüder. Ganz zu schweigen von den Tausenden europäischen Jugendlichen, die sich von Europa aus über die Türkei ohne größere Hindernisse dem IS anschließen konnten.

Eine gesellschaftliche Aufarbeitung der IS-Verbrechen

Europa ist den zehntausenden Menschen, die gegen den IS gekämpft haben, etwas schuldig. In Gesprächen mit Kämpferinnen und Kämpfern der YPG, YPJ und QSD stößt man immer wieder auf die Erwartung, dass die Gesellschaften Europas eine ehrliche Aufarbeitung der Rolle ihrer Länder bei der Entstehung und Ausbreitung des IS leisten. Das heißt konkret, dass die Länder Europas sich gewisse Fragen stellen: Warum haben sich tausende junge Menschen aus Europa dem IS angeschlossen? Wie konnten sie ungehindert aus ihren Heimatländern nach Syrien gelangen und dort Mitglied des IS werden? Welche Unterstützung ließen europäische Länder der Türkei, aber auch direkt islamistischen Gruppen zukommen? Welche politischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgen Europas Regierungen dabei? Welche gesellschaftliche Antwort ist nötig, um die Zerstörung und Vertreibung zu stoppen, die von Organisationen wie dem IS und seinen Unterstützern wie der Türkei ausgehen?

Die Gesellschaft Nord- und Ostsyriens hat bereits damit begonnen, z. B. im Rahmen der dreitägigen internationalen Konferenz des Zentrums für strategische Studien Rojava (NRLS) zu den Hintergründen des sogenannten IS, die jüngst unter breiter internationaler Beteiligung in der nordsyrischen Stadt Amûdê stattfand. Seit Monaten fordern zudem Frauen- und Jugendverbände, die verschiedenen Glaubensgemeinschaften, VertreterInnen der Familien gefallener Anti-IS-KämpferInnen und offizielle VertreterInnen der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes in der nordsyrischen Stadt Kobanê. Mit logistischer, finanzieller und inhaltlicher Unterstützung der internationalen Gemeinschaft soll den Tausenden IS-Gefangenen der Prozess gemacht werden. Zurzeit befinden sich ca. 70.000 IS-Kämpfer und ihre Familienangehörigen in Nord- und Ostsyrien in Haft. Ganz bewusst entschied man sich für Kobanê als Ort der Aufarbeitung. Die Stadt, in der Tausende YPG- und YPJ-KämpferInnen im Jahr 2014/15 dem IS einen entscheidenden Schlag versetzt und die Niederlage der Organisation eingeleitet hatten. Die Regierungen dieser Welt reagieren bisher ausweichend bis ablehnend auf dieses Anliegen. Es ist also an den Gesellschaften der Länder Europas – insbesondere Deutschlands als wichtigstem politischem Akteur des Kontinents –, Druck auf die eigenen Regierungen auszuüben und sie mit den oben genannten Fragen zu konfrontieren. Sollten sich die Regierungen einer Aufarbeitung verweigern, werden die Gesellschaften ihre eigenen Wege finden, um z. B. in Form von Recherchen, Konferenzen und Delegationen in die Region Antworten zu finden und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Alles andere wäre ein Schlag ins Gesicht der Zehntausenden jungen Menschen, die ihr Leben und ihre Gesundheit im Kampf gegen den IS verloren haben. ♦



Nach der Befreiung von Raqqa vom Islamischen Staat mussten tausende Minen entschärft werden. Foto: ANHA

Bundesregierung verteidigt ihr außenpolitisches Monopol zunehmend durch die Bekämpfung von Exil- und Solidaritätsstrukturen

Ausweitung der Kampfzone

Elmar Millich

In der letzten Ausgabe des Kurdistan Reports wurde in dem Artikel »Das Werteproblem der deutschen Außenpolitik« dargestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland aus ökonomischen und geopolitischen Interessen heraus weltweit zunehmend reaktionäre Regime unterstützt. Im Mittleren Osten stehen dabei die Beziehungen zur Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten, zunehmend aber auch zu den kurdischen Autonomiegebieten im Nordirak und zur irakischen Zentralregierung im Mittelpunkt. Die Einflussnahme und Anbindung der Regime erfolgt u. a. in Form von ökonomischen Abkommen, Polizei- und Militärausbildung und direkten Waffenlieferungen. Genauso wichtig sind die Mittel der Diplomatie, wenn etwa die deutsche Bundesregierung eine Verurteilung der völkerrechtswidrigen militärischen Aggressionen der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung in Syrien und im Nordirak ablehnt und stattdessen das Recht der Türkei auf Selbstverteidigung gegen terroristische Aktivitäten hervorhebt.

Betrachtet man die deutsche Außenpolitik der letzten fünfzig Jahre, ist diese Politik nicht neu. Der Militärputsch 1973 gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile wurde vor allem seitens der CSU und ihres damaligen Vorsitzenden Franz Josef Strauß offen begrüßt. Auch die Kontakte zu Brasilien und Argentinien nahmen nach der Machtergreifung der Militärs in den 1980er Jahren keinen Schaden, oft gestützt auf alte Seilschaften mit nach 1945 in diese Länder geflohenen Nazis, die dort wieder zu Macht und Einfluss gelangt waren. Der Werkschutz der in Brasilien tätigen deutschen Automobilkonzerne kooperierte mit der Militärpolizei und lieferte unbotmäßige GewerkschafterInnen ans Messer. Diese Politik beschränkte sich nicht auf Lateinamerika. In den 1980er Jahren lieferte eine deutsche Werft entgegen einem UN-Waffenlieferungsembargo gegen Südafrika Konstruktionspläne und Bauteile für militärische U-Boote an den Apartheidsstaat. Der Militärputsch in der Türkei von 1980 erfolgte mit offener Zustimmung der NATO und somit auch der Bundesrepublik. Ebenso herrschte seitens der Regierung Stillschweigen bezüglich der Massaker an der revolutionären Bewegung und indigenen Völkern in Mittelamerika – namentlich in El Salvador und Guatemala –, die unter Federführung des US-Geheimdienstes CIA erfolgten. Grundlage dieser Politik war ein notorischer Antikommunismus, der aus der NS-Diktatur in das vom Kalten Krieg geprägte Nachkriegsdeutschland hinübergerettet worden war.

Weitgehend unbehelligt, wenn auch natürlich vom Verfassungsschutz akribisch überwacht, blieb aber im Gegensatz zu heute die Arbeit von Oppositionsgruppen in Deutschland gegen die oben beispielhaft gelisteten Diktaturen. Dies galt sowohl für Aktivitäten deutscher Solidaritätsgruppen als auch für die Arbeit von Organisationen und Einzelpersonen, die nach Deutschland ins Exil gegangen waren, vor allem aus der Türkei. In vielen Städten gab es Antiapartheidsgruppen, die für Solidarität mit dem militanten Afrikanischen Nationalkongress (ANC) warben und die Freilassung von Nelson Mandela forderten, während heute von Abdullah Öcalan nicht einmal Bilder gezeigt werden dürfen. Die Kampagne »Waffen für El Salvador« konnte unbehelligt Spenden einsammeln. Nach dem sandinistischen Sieg in Nicaragua gingen Tausende Menschen aus Europa als BrigadistInnen in das Land, um vor allem in der Landwirtschaft Aufbauhilfe zu leisten. Politische Einschränkungen gab es allerdings zu dieser Zeit für die Solidaritätsarbeit mit Palästina, da Flugzeugentführungen und etwa die Geiselnahme israelischer Sportler bei den Olympischen Spielen 1972 in München dazu geführt hatten, dass bei der jüngeren deutschen Bevölkerung, die von 1968 und dem Vietnamkrieg geprägt und internationalen Befreiungsbewegungen gegenüber zum Teil durchaus offen eingestellt war, jegliches Verständnis und Empathie abhandengekommen waren. Enge Kooperationen wie der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) mit militanten antiimperialistischen westeu-

ropäischen Organisationen wie etwa der Roten Armee Fraktion (RAF) berührten auch direkt innenpolitische deutsche Sicherheitsinteressen.

Eine systematische Ausweitung und Verzahnung imperialistischer Außen- und Innenpolitik erfolgte in Deutschland aber erst mit dem Erstarken der kurdischen Befreiungsbewegung unter Führung der ArbeiterInnenpartei Kurdistan (PKK) Ende der 1980er Jahre. Beispielhaft hierfür sind der 1989 begonnene sogenannte Düsseldorfer PKK-Prozess und das 1993 erfolgte PKK-Verbot in Deutschland zu nennen. Erstmalig bekamen die direkte Unterstützung eines despotischen ausländischen Alliierten – hier der Türkei – durch massive Waffenlieferungen innerhalb der NATO und die Bekämpfung der Exilopposition in Deutschland die gleiche Priorität eingeräumt. Verfassungsmäßige Grundrechte wie Versammlungs-, Vereinigungs-, Meinungs- und Medienfreiheit wurden für spezielle Bevölkerungsgruppen und politische Themenfelder de facto außer Kraft gesetzt. Mit immer neuen Gesetzesinitiativen – beschleunigt vor allem nach den Angriffen in den USA am 11. September 2001 – wurde dieses Netz immer feinmaschiger gezogen, so dass sich heute etwa die (Un-)Möglichkeit für die kurdische Bevölkerung zur politischen Artikulation in Deutschland kaum noch von der Situation in der Türkei unterscheidet.

Kontinuierliche Ausweitung des Terrorismusbegriffs

Eine wesentliche Grundlage dafür bietet die kontinuierliche Ausweitung des Terrorismusbegriffs vom Kontext der innenpolitischen Gefahrenabwehr und Schutz der BürgerInnen vor Angriffen auf Leib und Leben hin zum außenpolitischen Instrument. Die nach dem 11. September sowohl in den USA als auch später in der EU eingerichteten sogenannten »Terrorlisten« werden primär nicht vom Bedrohungspotential der Organisationen für die eigene Bevölkerung bestimmt. Rechtsextreme und faschistische Organisationen, von denen sowohl aktuell in Deutschland als auch in Form von mit den Regierungen verbundenen Todesschwadronen in Süd- und Mittelamerika die größte Gefahr für die Zivilbevölkerung ausgeht, spielten auf diesen Listen nie eine wesentliche Rolle. Im Fokus standen und stehen revolutionäre Organisationen aus der Türkei, aus Palästina, Kolumbien, aber auch aus »exotischen« Ländern, an denen kein vordergründiges deutsches außenpolitisches Interesse zu erkennen ist, wie etwa die tamilischen Befreiungstiger aus Sri Lanka (LTTE). Ad absurdum wird der Begriff »terroristische Organisationen« in jüngster Zeit dadurch geführt, dass er auch auf teilstaatliche Strukturen missliebiger Staaten ausgeweitet wird. So beschloss die britische Regierung im März die Aufnahme der libanesischen Hisbollah, die dort mit in der Regierungsverantwortung sitzt. In Deutschland werden Stimmen immer lauter, ebenso zu verfahren. Auch bei der palästinensischen Hamas, die auf der EU-Terrorliste steht, handelt es sich um eine bewaffnete politische Gruppierung, die im Gaza-Streifen de facto Regierungsverantwortung trägt. Mit der Aufnahme der iranischen Revolutionsgarden auf die US-Terrorliste wurde eine ganze Teilstreitkraft eines souveränen Staates als terroristische Organisation gebrandmarkt.

Selbstverständlich können diese Organisationen kritisiert und FunktionsträgerInnen gegebenenfalls bei Verstößen gegen das internationale Völkerrecht – etwa bei Kriegsverbrechen – strafrechtlich verfolgt werden. Aber mit einem noch so ausgeweiteten Verständnis von Terrorismus hat dies nichts mehr zu tun, auch wenn man in Rechnung stellt, dass Staaten durchaus die Aufgabe übernehmen können, nicht nur eigene StaatsbürgerInnen, sondern auch Zivilpersonen in anderen Ländern vor terroristischen Angriffen zu schützen.

Mittlerweile bildet ein breites Spektrum von strafrechtlichen und ordnungsrechtlichen Bestimmungen sowie darunter angesiedelten politischen und polizeilichen Interventionsmöglichkeiten die Grundlage, Kritik und Intervention gegen die außenpolitischen Interessen der Regierung zu unterbinden oder schon im Vorfeld aus dem öffentlichen Diskurs zu verbannen. Auf der strafrechtlichen Ebene ist es vor allem der 2002 eingeführte § 129b (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung), mit dem Oppositionsaktivitäten vor allem der kurdischen Bevölkerung und der türkischen Linken in Deutschland unterbunden werden. Legale politische Aktivitäten wie etwa die Organisierung von Demonstrationen und Kulturveranstaltungen, aber auch Spendensammlungen für Projekte in der Türkei führen zu Anklagen und Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen. Ob von den betroffenen Organisationen und Einzelpersonen eine konkrete Gefährdung in Deutschland ausgeht, ist dabei unerheblich. Am deutlichsten lässt sich dies an dem seit 2015 in München stattfindenden 129b-Prozess gegen zehn angeblich Verantwortliche der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) festmachen. Die Organisation steht weder auf der EU-Terrorliste noch ist sie je in strafrechtlich relevanter Weise in Deutschland tätig geworden. Der Prozess stellt eine klassische politische Verfolgung von unliebsamen exilpolitischen Aktivitäten dar, auch wenn versucht wird, mittels des § 129b einen rechtsstaatlichen Rahmen vorzutäuschen. Bezeichnend für die außenpolitische Priorität ist dann auch die Ermittlung der Staatsanwaltschaften beim § 129b und ähnlich gelagerten Paragraphen an die Zustimmung des Bundesjustizministeriums gebunden. Während das Bundeskriminalamt akribisch über Angriffe der kurdischen Guerilla Buch führt, damit sie dann Eingang in die § 129b-Verfahren finden, bleiben Kriegsverbrechen des türkischen Staates bei der deutschen Justiz außen vor. Entsprechende Anzeigen des Vereins für Demokratie



Gegen die Absetzung der gewählten Ko-Bürgermeister*innen und die Angriffe auf die Stadtverwaltung durch das türkische Regime besetzen die Bürger*innen in Amed den öffentlichen Raum. Foto: ANF

und internationales Recht MAF-DAD e. V. bei der Bundesanwaltschaft wurden weder 2011 noch 2016 weiterverfolgt.

Wesentliche Einschränkungen demokratischer Grundrechte bestehen auch bezüglich politischer Aktivitäten in Deutschland für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Allein schon der Aufenthalt in kurdischen Vereinen oder die Teilnahme an Informations- und Kulturveranstaltungen reicht, um Personen ohne weitere Vorwürfe nach Bestimmungen des Ausländerrechts zu terroristischen GefährderInnen zu erklären und ihre Ausweisung zu verfügen. Dem steht auch nichts entgegen, wenn sie bereits über Jahrzehnte in Deutschland gelebt und gearbeitet sowie hier ihre Familie haben, wie es beispielsweise aktuell in Nürnberg dem Kurden Murat Akgül widerfahren ist.[1]

Erhebliche Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Bezug auf die kurdische Frage werden in Deutschland mit dem Vereinsrecht begründet, das u. a. verbietet, die Symbole verbotener Vereinigungen in der Öffentlichkeit zu zeigen. Speziell um die Solidarität mit Rojava zu unterbinden, wurden im März 2017 auch die Symbole der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), der Volksverteidigungseinheiten (YPG) und der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) vom Bundesinnenministerium auf diese Liste gesetzt. Auf der Grundlage angeblich zu erwartender »schwerer Straftaten« (gemeint ist das Zeigen der oben erwähnten Symbole) wurden nach dem Einmarsch türkischer und dschihadistischer Truppen in Efrîn in mehreren Städten in NRW kurdische Demonstrationen sowie das zentrale kurdische Newrozfest in Hannover untersagt. Aufgrund verwaltungsrechtlicher Schikanen konnte das alljährlich Anfang September stattfindende kurdische Friedens- und Kulturfestival 2018 nicht stattfinden. Letzteres wurde vom Verfassungsschutz in seinem aktuellen Bericht in einen »Erfolg« uminterpretiert in dem Sinne, dass die Mobilisierungsfähigkeit der kurdischen Bewegung in Deutschland abgenommen hätte.

Das Grundrecht auf Pressefreiheit gilt wie in der Türkei auch in Deutschland nicht für kurdische Medien. So hatte der da-

1 https://www.jungewelt.de/artikel/360432.abschiebepraxis-deutscher-behörden-sie-sagten-mir-ich-sei-ein-sonderfall.html?sstr=murat%7Cagk%C3%BCl



Fronttransparent auf der Gedenkdemo am 6.7.2019 zum 25. Jahrestag der Ermordung Halim Deners in Hannover. Foto: Archiv

malige Innenminister Otto Schily (SPD) im September 2005 die Zeitung »Özgür Politika« verboten. Im Mai 2008 wurde auf Veranlassung des ehemaligen Innenministers Wolfgang Schäuble (CDU) VIKO durchsucht, die Produktionsfirma des seit 2004 in Dänemark ansässigen kurdischen Fernsehsenders ROJ TV. Alles Material wurde beschlagnahmt, die Firma geschlossen. Und die Freiheit von Kunst und Kultur? Im Frühjahr letzten Jahres beschlagnahmten die Sicherheitsbehörden bei dem in Neuss ansässigen Verlag Mezopotamya und der MIR Multimedia GmbH tonnenweise Bücher und Musik-CDs. Im Februar 2019 dann verfügte der derzeitige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) das Verbot des Verlages nach dem Vereinsrecht. Allerdings scheint es in diesem Fall zu einer positiven Sensibilisierung gekommen zu sein. Das jüngste Verbot des Verlags Mezopotamya führte zu Protesterklärungen mehrerer Verlage und Buchhandelsorganisationen. Als positives zivilgesellschaftliches Beispiel sei hier auch das aktuelle Projekt »Gegen Zensur – für Publikationsfreiheit« genannt, in dem drei deutschsprachige Verlage ausgewählte Werke des Verlags nachdrucken und damit im Umlauf halten.[2]

Maulkörbe für VertreterInnen von Befreiungsbewegungen

Zunehmend weitet sich die Maulkorbpraxis auch auf Redebeiträge unliebsamer Personen ohne deutschen Pass auf Demonstrationen und Informationsveranstaltungen aus. Hiervon waren in den letzten Monaten vor allem PalästinenserInnen betroffen. Bereits im März dieses Jahres wurde der palästinensischen Aktivistin Rasmeah Odeh auf Intervention des Verfassungsschutzes ein Redebeitrag zum Thema »Palästinensische Frauen im Befreiungskampf« in der Dersim-Kulturgemeinde Berlin untersagt. Im Juni traf es dann den Palästinenser Khaled Barakat, dem von der Ausländerbehörde ein Vortrag in einem sudanesischen Gemeindezentrum in Berlin zu dem von Donald Trump angekündigten Nahostplan untersagt wurde. Vorgeworfen wurde ihm eine Nähe zur palästinensischen PFLP. Grundlage in beiden Fällen war der § 47 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 Aufenthaltsgesetz. Demnach kann die politische Betätigung von AusländerInnen beschränkt oder untersagt werden, soweit sie die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder das friedliche Zusammenleben von Deutschen und AusländerInnen oder von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen oder gefährden. Ein klassischer Gummiparagraph zur Einschränkung der Meinungsfreiheit, denn was die erheblichen Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigt, bestimmt nun mal die Bundesregierung. Ähnliche Auftrittsverbote hatte es vor Jahren bereits gegenüber RepräsentantInnen der kolumbianischen Guerilla der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) gegeben, während gleichzeitig deutsche SpitzenpolitikerInnen dem aufs Engste mit den Todesschwadronen verbundenen ehemaligen Staatspräsidenten Uribe die Hand schüttelten.

Reichen Straf- und Ordnungsrecht nicht aus, um unliebsame Meinungsäußerungen in außenpolitischen Zusammenhängen

2 https://www.unrast-verlag.de/gesamtprogramm/reihen/edition-mezopotamya

zu unterbinden, werden per medialer Hetze sowie politischer und polizeilicher Intervention Druck auf zivile Einrichtungen ausgeübt. Bei diesen handelt es sich vor allem um VermieterInnen von Veranstaltungsräumlichkeiten, aber auch Busunternehmen, die zwecks Anreise zu Demonstrationen oder Veranstaltungen engagiert werden. Einer der Hauptbetroffenen ist der kurdische Studierendenverband YXK. Es ist zur traurigen Routine geworden, dass, sobald er Veranstaltungen in universitären Räumlichkeiten anmelden will, die türkischen Konsulate oder AKP-nahe türkische Einrichtungen und/oder Einzelpersonen Druck auf die Rektorate der Universität ausüben, die Veranstaltungen zu untersagen. Als Begründung wird oft angeführt, dass auf diesen Veranstaltungen für eine terroristische Vereinigung geworben werde. Unterfüttert werden die Vorwürfe mit dem Hinweis, der YXK sei im Verfassungsschutzbericht als extremistische Organisation gelistet. Nicht wenige RektorInnen knicken dann schnell ein und untersagen die Veranstaltungen mit Verweis auf das Hausrecht. Eine vom Rechtshilfefonds Azadi e. V. ausgerichtete juristische Fachkonferenz zum Thema »25 Jahre PKK-Verbot« in Berlin sollte ebenfalls polizeilichen Interventionsmaßnahmen zum Opfer fallen. Einen Tag vor der Veranstaltung erschienen unangemeldet PolizistInnen am Veranstaltungsort und versuchten mit Falschinformationen Druck auf die MitarbeiterInnen auszuüben, die Veranstaltung kurzfristig abzusagen. Diese Vorgehensart hat keine gesetzliche Grundlage im Rahmen der Gefahrenvorbeugung, sondern erinnert an die gezielte geheimdienstliche Zersetzungspolitik gegenüber zivilgesellschaftlichen oppositionellen Gruppen in totalitären Staaten.

Regelrechte Hexenjagden finden seit einigen Jahren in Bezug auf Veranstaltungen statt, die über die Situation in Israel/Palästina berichten wollen. Mit dem Vorwurf, einzelne ReferentInnen stünden der BDS-Kampagne nahe, die aus Protest gegen die israelische Besatzungspolitik Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel einfordert. Der pauschale Vorwurf lautet, die Kampagne sei antisemitisch, was dann auch jüdischen ReferentInnen unterstellt wird, die in Opposition zur israelischen Regierungspolitik stehen. Die Übernahme dieser Einschätzung durch den Beschluss des deutschen Bundestages vom Mai dieses Jahres mit der expliziten Aufforderung, der Bewegung und ihr nahestehenden Personen keine öffentlichen Räumlichkeiten oder finanzielle Fördermittel zur Verfügung zu stellen, unternimmt einen bislang einmaligen unzulässigen Eingriff der Politik in die zivilgesellschaftliche politische Diskurskultur.

Zweiklassenrecht für Meinungsfreiheit

Es stellt sich die Frage, warum in einem Land, dessen politische VertreterInnen nicht müde werden, die demokratische Verfasstheit und Rechtsstaatlichkeit zu rühmen, derartige Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten von Medien und Öffentlichkeit widerspruchslos hingenommen werden. Anders gefragt, in welchen Diskurszusammenhängen werden die oben angesprochenen Verbote und Einschränkungen behandelt? Eine Analyse ergibt, dass sich die Diskurszusammenhänge zum Teil überschneiden. Zum einen zeigt sich in den obigen Beispielen eine rassistische Grundeinstellung. Es bleibt unhinterfragt, dass bezüglich Meinungsfreiheit und Entfaltung politischer Aktivitäten eine Unterscheidung zwischen deutschen und nichtdeutschen AkteurInnen gerechtfertigt ist und so auch in Gesetze gegossen steht. Dies beruht oft auf einem kolonialen Weltbild, das Europa umgeben sieht von durch politischen Extremismus zerrissenen Ländern. Der eigene Beitrag, etwa durch Waffenlieferungen und Interventionskriege, wird dabei ausgeblendet. Vielmehr gehe es darum zu verhindern, dass dieser Extremismus durch Menschen aus diesen Regionen in das als politisch relativ stabil angesehene Deutschland »importiert« wird. So werden auch InnenpolitikerInnen nicht müde mit ihren Statements, es müsse auf jeden Fall verhindert werden, dass Menschen fremder Kulturen die Konflikte aus ihren Herkunftsländern »auf Deutschlands Straßen austragen«. Dabei ist es dann auch unerheblich, ob es sich bei den am Konflikt beteiligten Personen um erst vor kurzem aus den Regionen geflüchtete Personen handelt oder um bereits hier aufgewachsene. Wenn deutsche Panzer durch Efrîn rollen, hat die kurdische Bevölkerung hier zu schweigen.

Wie in der Einleitung bereits beschrieben, werden Einschränkungen und Verbote politischer Aktivitäten mit außenpolitischem Zusammenhang oft in den Diskurs der vermeintlichen Abwehr von Terrorgefahren gesetzt. Dabei spielt es dann keine Rolle mehr, dass die fortlaufende Ausdehnung des Terrorismusbegriffs zunehmend als Mittel außenpolitischer Auseinandersetzungen dient und mit einer konkreten inländischen Gefährdungslage nichts mehr gemein haben muss. Da direkte Verbote von Demonstrationen mit außenpolitischer Begründung nur in wenigen Fällen gerichtsfest durchführbar sind, springen dann polizeiliche Gefahrenprognosen ins Feld. Oft geht es dabei um die Verwendung von Symbolen oder der Abbildung von Führungsfiguren politischer Bewegungen, die in Deutschland aus primär außenpolitischen Gründen verboten sind. Da die polizeiliche Durchsetzung von Verboten und Demonstrationsauflagen oft auf emotionalen und z. T. auch körperlichen Widerstand der DemonstrationsteilnehmerInnen stößt, ergeben sich neue Straftatbestände, die dann in den nächsten Verbotsverfügungen wieder Eingang in die Gefahrenprognosen finden. Damit sind dann die eigentlichen Demonstrationsinhalte ihres außenpolitischen Charakters und der Kritik an der Bundesregierung – etwa die Verwendung deutscher Leopard-Panzer bei der türkischen Invasion in Efrîn – endgültig beraubt. Die außenpolitisch motivierte Einschrän-

kung von demokratischen Grundrechten aus eigener Motivation oder politischer Opportunität gegenüber der Türkei weisen Politik und Polizei von sich. Es geht dann angeblich nur noch um die Umsetzung des Rechtsstaates. Dass es dabei zu Einschränkungen von Grundrechten kommt, wird dann anhand von rhetorischen Szenarien widerlegt. Natürlich dürften KurdInnen in Deutschland gegen den Einmarsch türkischer Truppen in Efrîn demonstrieren, wenn weder AnmelderInnen noch TeilnehmerInnen je im Zusammenhang mit der kurdischen Befreiungsbewegung politisch in Erscheinung getreten sind noch sich in irgendeiner Weise, sei es durch Fahnen oder Parolen, darauf beziehen. Die gewollte Fehlinterpretation dabei ist, dass sich das grundgesetzlich geschützte Demonstrationsrecht auf reale politische Szenarien bezieht und nicht auf fiktive. Somit muss festgehalten werden, dass eine öffentliche politische Auseinandersetzung mit dem Thema Kurdistan jenseits rein akademischer Diskurse de facto in großen Teilen außer Kraft gesetzt oder nur unter Inkaufnahme strafrechtlicher Konsequenzen möglich ist.

Totalitarismustheorie als Kern der deutschen Sicherheitsarchitektur

Ein weiterer Baustein in der Ausblendung außen- und auch innenpolitischer Diskurse bildet der Ausbau der Deutungshoheit des Verfassungsschutzes in die Zivilgesellschaft hinein trotz seiner offensichtlichen Verstrickung in den NSU-Skandal und generell den Aufbau rechter Terrornetze. Ob bei der Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen oder der Förderungsfähigkeit durch öffentliche Gelder, in allen Bereichen wurde der Einfluss dieses Geheimdienstes in den letzten Jahren ausgebaut und übernimmt der VS mittlerweile die Funktion eines politischen Supervisors. Gravierender aber noch ist sein Agieren in allen ausländerrechtlichen Belangen. Ob es um Einbürgerungsverfahren, Ausweisungsverfügungen oder Aberkennung des Asylstatus geht. In all diesen Fällen beziehen sich die zuständigen Behörden auf Erkenntnisse des VS und seines weit verzweigten Spitzelsystems. Das klare Ziel dieser Maßnahmen ist es, in Deutschland lebende Menschen ohne deutschen Pass schon weit im Vorfeld strafrechtlicher Sanktionen abzuschrecken, sich innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Rechte politisch zu engagieren. Auch in diesem Bereich wird das Zweiklassenrecht politischer Betätigung für AusländerInnen und Deutsche aus den oben genannten Gründen weder von der Öffentlichkeit noch den Medien in Frage gestellt.

Eng verbunden mit der Deutungshoheit des Verfassungsschutzes ist die in Deutschland maßgebliche Totalitarismustheorie, die kurz beschrieben besagt, dass eine fiktive demokratische Mitte der Gesellschaft von extremistischen Rändern aller Couleur bedroht wird. Dies findet sich im Aufbau der Verfassungsschutzberichte wieder. Während innenpolitisch zwischen Rechts- und Linksextremismus differenziert wird, findet sich das außenpolitische Gegenüber in den Rubriken »Islamismus/islamischer Terrorismus« und »Sicherheits- und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)«. Der Inhalt der letzten Rubrik bezieht sich zum überwiegenden Teil auf die kurdische Befreiungsbewegung. Das Dilemma für offensive linke Argumentationen zeigt sich beispielhaft am 2015 verabschiedeten § 89a (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat), der vor allem Personen im Visier hat, die aus Deutschland ausreisen, um sich im Ausland bewaffneten Konflikten anzuschließen. Es ist nachvollziehbar, dass BürgerInnen Verständnis dafür haben, dass der Staat sich Sanktionsmöglichkeiten vorbehält, wenn sich deutsche StaatsbürgerInnen im Ausland in Sprengstoff- und Schusswaffengebrauch ausbilden lassen, vor dem Hintergrund, dass sich Hunderte IslamistInnen aus Deutschland in Syrien dem IS angeschlossen haben. Aufgrund des Neutralitätsgebotes von Gesetzestexten lässt sich der Paragraph allerdings auch gegen heimkehrende InternationalistInnen anwenden, die an der Seite von YPG und YPJ in Rojava gegen den IS gekämpft haben. Antworten des Bundesinnenministeriums auf kleine parlamentarische Anfragen der Linken legen nahe, dass von dieser Seite keine prinzipiellen Unterscheidungen zu erwarten sind. Dass es bislang nicht zu konkreten Anklagen kam, liegt vermutlich an außenpolitischen Rücksichtnahmen auf die USA, die die kurdischen Militärkräfte als enge Verbündete gegen den IS betrachten. Hier lässt es sich nicht bei formalen Argumenten bewenden, sondern es erfordert in der Bevölkerung eine aufklärende Politik über die emanzipatorischen Ansätze der kurdischen Befreiungsbewegung mit dem juristischen Nahziel, die Kanonen umzudrehen. Wie beim § 129b ist auch hier eine politische Bewertung und Ermächtigung durch die Regierung notwendig, bevor die Anklagebehörden aktiv werden können. In einem Klima, wie es 2015 nach der Rettung der ÊzîdInnen und der Verteidigung Kobanês herrschte, könnte den Regierenden der politische Preis zu hoch sein, diesen Paragraphen gegen InternationalistInnen aus Rojava zur Anwendung zu bringen. Auch hier ist es wichtig, nicht nur die Entwicklungen in Deutschland im Blick zu haben. In Spanien, England und Australien gab es bereits Strafverfahren im Zusammenhang mit InternationalistInnen, die aus Rojava in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind. In Großbritannien ist aktuell ein Gesetzesentwurf in Arbeit, der britischen StaatsbürgerInnen generell den Aufenthalt im Gebiet der nordsyrischen Konföderation und in Idlib verbieten soll, unabhängig von den Reisehintergründen.

Humanitäre Interventionen und wirtschaftliche Sanktionen als integrierte Kriegsführung

Aus der geschichtlichen Tradition heraus stellt die Imperialismuskritik der westlichen Linken bislang vor allem direkte militärische Interventionen der USA und ihrer Verbündeten in den Mittelpunkt, die auch bei großen Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen. Spätestens seit dem Kosovo-Krieg 1999 setzen Politik und Medien – hier allen voran die Partei Die Grünen und die TAZ – daher massiv auf eine Umdeutung militärischer Aggressionen außerhalb des Völkerrechts als sogenannte »humanitäre Interventionen« mit dem angeblichen Ziel, Demokratisierung in den Ländern, die den westlichen Interessen entgegenstehen, voranzubringen oder angebliche Massaker an der Zivilbevölkerung zu verhindern. In zunehmender Weise kommen aber statt militärischer Angriffe wirtschaftliche Sanktionen zum Einsatz, die bei der heimischen Bevölkerung auf weniger Kritik stoßen, vor allem, wenn sie mit der falschen Behauptung verkündet werden, nicht der Bevölkerung in den betroffenen Ländern zu schaden, sondern nur den korrupten Machteliten. Schaut man sich die aktuell und in den letzten Jahrzehnten beschlossenen Sanktionen gegen Länder wie Irak, Iran, Syrien, Kuba und auch Venezuela an, ist das Gegenteil der Fall. Ziel dieser Sanktionen ist es, entweder die Bevölkerung durch wachsende Armut und mangelnde medizinische Versorgung zum Aufstand gegen die im Westen ungeliebten Regime zu treiben. In diesem Zusammenhang steht aktuell Venezuela im Fokus, ebenfalls unter aktiver Mitwirkung der deutschen Bundesregierung. Noch perfider aber für die betroffene Bevölkerung sind rein geostrategische Sanktionen wie etwa von 1990 bis zum erneuten Einmarsch von US-Truppen 2003 gegen Irak und aktuell gegen Syrien. Hier geht es schlicht darum, im Vorfeld bereits durch Kriege zerstörte Länder auf unbestimmte Zeit an einer wirtschaftlichen Erholung zu hindern, um lokalen mit dem Westen verbündeten Playern wie Saudi-Arabien und Israel die Vormachtstellung zu sichern. In Irak sind diesen Sanktionen bis zu einer halben Million Menschen zum Opfer gefallen, weit mehr als durch die vorausgegangenen Kriegshandlungen. Oft greifen Terrorismusdiskurs und Sanktionspolitik ineinander, wenn etwa die USA Iran ohne nähere Belege vorwerfen, der weltweit größte Finanzier terroristischer Organisationen zu sein, und damit auch ihre Sanktionen begründen. Es ist jetzt schon abzusehen, dass die Embargopolitik vieler Länder gegen die Demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien auch dann aufrechterhalten bleibt, wenn es zu einer politischen Anerkennung kommt.

Als dritte Säule zur Absicherung der eigenen Außenpolitik dienen die Kontrolle der Medien und verschärfende Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit. Zwar sehen die westlichen Staaten den Hauptfeind für die Umsetzung ihrer Außenpolitik noch nicht pauschal im eigenen Land, um mit Karl Liebknecht zu sprechen, aber durchaus in der Form spezieller communities wie etwa der kurdischen in Deutschland. Die oben beschriebene Vielzahl der Maßnahmen gegen die politische Opposition stellt ein konsequentes abgestimmtes Counterinsurgency-Vorgehen dar, welches sich immer weniger in ein rechtsstaatliches Korsett zwängen und mit formalen Spielregeln der Demokratie in Übereinstimmung bringen lässt. In Bezug auf Menschen ohne deutschen Pass übernimmt der Verfassungsschutz dabei de facto exekutive Befugnisse, indem er gegen konkrete Personen aufgrund seiner Erkenntnisse Maßnahmen direkt bei den zuständigen Bezirks- oder Ausländerbehörden anschiebt, die von diesen in der Regel kritiklos umgesetzt werden. Selbst politische Diskurse und Konferenzen zu den falschen Themen werden entweder politisch und medial aggressiv bekämpft – wie etwa im Fall der BDS-Kampagne – oder durch polizeilichen Druck auf Dritte ohne Rechtsgrundlage zu verhindern versucht. Wesentlicher Teil der Herrschaftssicherung ist auch, das Meinungsmonopol in der Öffentlichkeit zu sichern. Seit Jahrzehnten werden kurdische Medien in der EU mit fast wortgleichen Begründungen wie in der Türkei verboten. Diesem Schema folgen auch andere Konfliktfelder und Medien. Auf dem Höhepunkt der Ukrainekrise gab es ernsthafte Forderungen, den auf Deutsch im Internet streamenden Sender »Russia Today« zu verbieten. Die Medien und das Meinungsmonopol bei gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stehen auch im Fokus moderner Polizeipolitik allgemein. In den letzten Jahren wurden Millionensummen investiert, damit die polizeiliche Sichtweise etwa bei Demonstrationen über soziale Medien wie Facebook und Twitter ihren bevorzugten Eingang in die Presse findet.

Widerstand ist legitim

Zuweilen undialektisch wird die Diskussion geführt, ob die Repressionsmaßnahmen gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Deutschland hauptsächlich ein Entgegenkommen gegenüber der Türkei und Erdoğan darstellen, etwa im Zusammenhang mit dem sogenannten Flüchtlingsdeal. Repressionsmaßnahmen gegen hier politisch arbeitende KurdInnen waren immer Tauschbasis im Interessenausgleich mit der Türkei als auch eigenständige Politik der Bundesrepublik in einem. Es lassen sich natürlich Koinzidenzen festmachen zwischen Maßnahmen gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Deutschland und Spitzentreffen deutscher und türkischer PolitikerInnen. Auf der anderen Seite kam das De-facto-Verbot der PYD-/YPG-/YPF-Fahnen durch das Bundesinnenministerium im März 2017 quasi aus heiterem Himmel zu einem Zeitpunkt, an dem die deutsch-türkischen Beziehungen am Boden lagen und es diesbezüglich gar keine klaren Forderungen der Türkei gab. Die Motivation für dieses Verbot war aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl eine innenpolitische, um

die wachsende Solidarität der deutschen Linken mit Rojava zu torpedieren, als auch eine außenpolitische Abgrenzung gegen die prokurdische Politik der USA in Syrien. Nicht zuletzt hat die Repression auch eine gewisse Selbstläuferqualität der verantwortlichen Sicherheitsbehörden, in denen ein überschaubarer dort arbeitender Personenkreis seit Jahrzehnten ein angebliches Expertenmonopol auf die politische Einordnung der kurdischen Befreiungsbewegung hält und dies vor allem bei Gerichtsverfahren zu Protokoll gibt.

Wie lässt sich nun dem dritten geschilderten Standbein imperialistischer Außenpolitik, der Repression gegen Solidaritätsgruppen und Exilorganisationen, entgegentreten? Im letzten Kurdistan Report wurde im Artikel »Die Isolation kann nur gemeinsam wirklich durchbrochen werden« die mangelnde Solidarität der deutschen Linken mit dem Hungerstreik in der Türkei kritisiert. Dies mag sicher richtig sein und ohne Solidarität explizit linker Gruppen, die auch bereit sind, polizeiliche Gewalt und juristische Sanktionen in Kauf zu nehmen, lassen sich kurzfristig keine Demonstrationen, Kampagnen und Solidaritätsaktionen durchführen, um wichtige aktuelle Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Der Widerstand der kurdischen Bevölkerung gegen die Aggressionspolitik der türkischen Regierung sowohl im Inneren als auch in Nordirak und Nordsyrien bleibt ebenso legitim wie der Kampf der PalästinenserInnen gegen die israelische Besatzung, insofern er sich an die Regeln des Völkerrechts hält.

Letztendlich muss es aber, um Erfolg zu haben, wieder eine Diskursverschiebung in breiteren Bevölkerungskreisen geben. Es ist nicht nur jedermanns und jedefraus Recht, bei außenpolitischen Konflikten, in welche die deutsche Bundesregierung involviert ist, eine andere Meinung zu haben, sondern dieser Politik auch auf der Grundlage von Organisations- und Versammlungsfreiheit entschieden entgegenzuwirken. Und dies gilt natürlich ohne Ansehen, ob die darin engagierten Personen einen deutschen Pass haben oder nicht. Das heißt, den rassistisch geprägten auf Angst setzenden Terrorismusdiskurs aufzubrechen, mit denen die ständigen Einschränkungen von Grundrechten – etwa auch bei den neuen Polizeigesetzen – begründet werden, um zumindest wieder zu einem liberaleren gesellschaftlichen Niveau zurückzukehren, das in den 1970er und 1980er Jahren noch als selbstverständlich für eine sich als demokratisch empfindende Gesellschaft war. Notwendig dazu ist, klaren völkerrechtlichen Unterscheidungen zwischen nationalen Befreiungskämpfen und Terrorismus wieder Geltung zu verschaffen gegen einen ins Beliebige ausgeweiteten Terrorismusbegriff. Der Widerstand der kurdischen Bevölkerung gegen die Aggressionspolitik der türkischen Regierung sowohl im Inneren als auch in Nordirak und Nordsyrien bleibt ebenso legitim wie der Kampf der PalästinenserInnen gegen die israelische Besatzung, insofern er sich an die Regeln des Völkerrechts hält.

Mehr ideologische Arbeit muss auch seitens der Linken in die Dekonstruktion der Totalitarismustheorie als Staatsdoktrin der Sicherheitsbehörden gesetzt werden, damit nicht länger Gesetzesverschärfungen mit dem Vorgehen gegen den Islamischen Staat begründet, aber gegen internationale Befreiungsbewegungen zur Anwendung gebracht werden können. Im gerade verabschiedeten Gesetz zum Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft für KämpferInnen in ausländischen terroristischen Vereinigungen werden diese definiert als »paramilitärische organisierte bewaffnete Verbände, die hinsichtlich ihrer Größenordnung sowie ihres operativen und territorialen Wirkens das Ziel verfolgen, in völkerrechtswidriger Weise die Strukturen eines ausländischen Staates gewaltsam zu beseitigen und anstelle dieser Strukturen neue staatliche oder staatsähnliche Strukturen zu errichten«. Hier lässt der Begriff »staatliche oder staatsähnliche Strukturen« aufhorchen, beschreibt doch der Verfassungsschutz exakt mit diesen Worten die angeblichen Ziele der PKK.

Die Chancen, mit breiteren Teilen der Bevölkerung in einen außenpolitischen Dialog – speziell zur Situation im Mittleren Osten – zu treten, stehen aktuell nicht schlecht. Wohl kaum einE ausländischeR PolitikerIn ist nach Umfragen bei der deutschen Bevölkerung unbeliebter als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Entsprechend kritisch wird auch die Türkei-Politik der deutschen Bundesregierung bewertet. Insgesamt gilt die Politik Deutschlands und der EU im Mittleren Osten bei vielen zurecht als ziel- und perspektivlos. Der pragmatische Umgang der kurdischen Befreiungsbewegung mit ständig wechselnden Herausforderungen unter schwierigen äußeren Umständen unter Aufrechterhaltung humanitärer Prinzipien wird von politisch interessierten, aber der kurdischen Bewegung nicht unbedingt nahestehenden Personen eher als Stärke denn als Schwäche angesehen. Je mehr Menschen sich in Deutschland mit der Situation und den Akteuren im Mittleren Osten ernsthaft auseinandersetzen, umso eher wird auch der vom Terrordiskurs bestimmten Repressionspolitik im Inland der Boden der Zustimmung entzogen. ♦

Bericht der SETA: Kurden im Visier

Wirf mit Schlamm, etwas wird hängen bleiben

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und stellvertretender Vorsitzender von MAF-DAD e.V. – Verein für Demokratie und internationales Recht

Die der AKP nahestehende Stiftung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Forschung (SETA) wurde in den letzten Monaten mit ihrem Bericht »Die Ableger internationaler Medienunternehmen in der Türkei« in der Türkei und Europa zum Gesprächsthema. Der Bericht nimmt, wie dem Titel zu entnehmen, Journalisten ins Visier und kriminalisiert sie.

Die Veröffentlichung dieser Studie zum Anlass nehmend, erklärte Kulturstaatsministerin Monika Grütters am 11. Juni, dass die inhaltliche Auseinandersetzung in der Studie in persönliche Angriffe übergehe und die Meinungs- und Pressefreiheit geradezu mit Füßen getreten werde.

Doch das ist nicht das einzige Kunststück der SETA. Vor besagtem Bericht war im Mai 2019 ein weiterer Bericht mit dem Titel »Die PKK-Strukturen in Europa« veröffentlicht worden. Dem wurde hingegen kaum Beachtung geschenkt und sein Inhalt wenig diskutiert.

Ziel dieses Artikels ist es nicht, die beiden Berichte miteinander zu vergleichen. Er wird sich im Allgemeinen mit dem Bericht »Die PKK-Strukturen in Europa« und insbesondere mit dem Teil über Deutschland beschäftigen. Ich möchte zudem auch auf eine Verbindung hinweisen zwischen dem Inhalt des Berichts und der Tatsache, dass er es nicht auf die Tagesordnung geschafft hat.

Die kurdische Sache ist rund um den Begriff »PKK« oder im »Terror«-Rahmen zu einem Bereich geworden, in dem jeder sagen kann, was er will. Was in diesem Kontext formuliert wird, wird nicht hinterfragt, und es besteht kein Bedürfnis nach einer objektiven Diskussion oder Recherche. Innerhalb dieses breiten, freien und rechenschaftslosen Raumes findet der türkische Staat Möglichkeiten zur Anwendung seiner aggressiven, feindseligen Verleugnungspolitik. Dieser Bericht der Stiftung ist als ein typisches Produkt dieser Politik auf den Markt gekommen.

Er umfasst 666 Seiten und ist aufgeteilt in eine allgemeine europäische Bewertung und in einzelne Abschnitte zu insgesamt zwölf europäischen Ländern. In der Einleitung heißt es, dass diese Arbeit innerhalb von zwei Jahren entstanden sei, von drei verschiedenen Gruppen in den jeweiligen Ländern Feldforschung betrieben und in jedem dieser Länder mit dreißig ausgewählten Personen Interviews geführt worden seien.

Wenn wir uns diese Arbeit genauer anschauen, die für sich beansprucht, die umfassendste Arbeit über die PKK-Strukturen in Deutschland zu sein, dann wird deutlich, dass ihr Hauptziel die Kriminalisierung aller zivilen, demokratischen Aktivitäten der Bewegung in Europa und das Anprangern der Aktivisten ist. In dieser Hinsicht zeigt sie Ähnlichkeiten mit dem Bericht über die Medienunternehmen. Die Institutionen und Individuen werden einzeln untersucht, mit der PKK in Verbindung gesetzt und ins Visier genommen.

Dieser Bericht setzt im Wesentlichen zweierlei um. Als traditioneller Staatsreflex formuliert er Unfassbares, um zu beweisen, was für eine »böse« Bewegung die PKK doch sei. Im Türkischen gibt es das Sprichwort »Wirf mit Schlamm, etwas wird hängen bleiben«. Der Bericht funktioniert nach genau dieser Logik. So werden beispielsweise Drogenhandel, Waffenschmuggel, Prostitution und Ähnliches in diesen Kontext gestellt. In diesem Rahmen wird der Fokus vor allem auf die neunziger Jahre gelegt und es wird versucht, diese Phase, zu der auch PKK-Vertreter einige Praktiken kritisieren und sich dafür entschuldigt haben, als eine Linie darzustellen, die bis heute andauere. Ein neuer und kreativer Vorstoß ist dabei die Verbindung, die zwischen der PKK und deutschen Nazi-Gruppen hergestellt wird. Im Abschnitt »Die PKK und die Nazis« heißt es: »Es wird vermutet, dass die Angriffe gegen in Deutschland lebende Türken von der PKK unterstützt werden und es zwischen rechtsradikalen und islamfeindlichen deutschen Gruppen und der Organisation eine Zusammenarbeit gibt.« Damit



Die Mitglieder des Journalistischen Solidaritätsnetzwerks GDA versammelten sich vor der Staatsanwaltschaft in Istanbul zu einer Pressekonferenz. Zuvor hatte das Netzwerk den AKP-Thinktank SETA angezeigt. Foto: ANF

der alles Kurdische über einen Kamm schert, kriminalisiert und als »Terror« auffasst. Gleichzeitig wurden all diejenigen, die mit den Kurden zusammenarbeiten, und diejenigen, die sich ihnen aus einer objektiven Distanz annähern, gleichgesetzt. Der Bericht ist voller Beispiele dafür. Was ihn so »umfassend« und »neu« macht, ist sein Charakter, der den Begriff des Kurdischen (und sein Umfeld) als Ganzes beschuldigt. So heißt es beispielsweise, mit »kurdischem Kino« und mithilfe von Filmen würden politische Botschaften vermittelt (S. 67). Als Beispiel wird der Film »Close up Kurdistan« von Yüksel Yavuz aufgeführt und der Name des kurdischen Regisseurs Özay Şahin genannt (Fußnote 84).

beabsichtigt der Think-Tank, die eigenen Verleumdungen als Vermutung darzustellen, um auf diese Weise eine ernsthafte wissenschaftliche Analyse anzustellen. Die Absicht hinter solchen Anschuldigungen ist im Grunde klar. All das, was in der Öffentlichkeit als negativ angesehen wird, wird mit der PKK in Verbindung gebracht, um sie auch in dieser »Kategorie der Bösen« aufzulisten. Wir müssen uns nicht noch weiter mit diesen Teilen des Berichts aufhalten.

Alles Kurdische ins Visier genommen

Der zweite Punkt und das, was dem Bericht meines Erachtens Bedeutung verleiht, ist die Neubewertung und -kategorisierung der Kurden in Europa und der kurdischen Sache im Kontext der Neuorientierung der AKP-MHP-Regierung gegenüber der kurdischen Frage seit 2014. Diesen Punkt möchte ich ausführen, bevor ich einige Beispiele dafür nenne. Nachdem der Verhandlungsprozess mit Herrn Öcalan auf Imralı durch Erdoğan beendet worden war, wurde mithilfe der bestehenden Regierung ein staatliches Projekt ins Rollen gebracht. Diese in der Öffentlichkeit als »Zerschlagungsplan« bezeichnete neue Strategie zielte nicht nur auf die politischen Errungenschaften der Kurden, sondern auch auf ihre kulturellen und sozialen Erfahrungen und all das, was mit ihrer Identität zusammenhängt. Im Rahmen dieses Konzepts ist man auch davon abgerückt, zwischen »guten« und »bösen Kurden« zu unterscheiden. Das Kurdentum wurde mit all seinen Strukturen ins Visier genommen. Ein Ansatz wurde beherrschend,

Ein interessantes Beispiel ist die Art und Weise, wie die Person Ali Ertan Topraks und die »Kurdische Gemeinde Deutschland e. V.« behandelt werden. Auf bizarre Weise werden diese Namen oft wiederholt. In einem Abschnitt heißt es, dass diese Institution »sehr darauf achtet, nicht der PKK nahezustehen (…) dass davon ausgegangen wird, dass es sich um eine Strategie handelt, die entwickelt wurde, um die Diskurse der PKK in der deutschen Öffentlichkeit zu legitimieren« (S. 72). Es ist also verwerflich, mit der PKK zusammenzukommen, aber auch, nicht mit ihr zusammenzukommen. Zu A. E. Toprak heißt es sogar: »Er soll kein Kurdisch können, was sehr bedenklich ist« (S. 72).

Aus dem folgenden Satz wird klar, warum die Autoren bevorzugen, eine Person sprachlich anzugreifen und warum so energisch dafür gearbeitet wird: »Mit ihren Aktivitäten bewegt sich die Stiftung der kurdischen Gemeinde in einer Grauzone …« (S. 72). Die Autoren beklagen also, dass diese Person und diese Institution, obwohl sie keinen Bezug zur PKK hätten, nicht an ihrer Seite stünden und nicht offen kurdenfeindlich seien. »Du kannst kein Kurdisch, warum arbeitest du dann für die Kurden?«, so die Botschaft.

Diese beiden Beispiele beschreiben bereits das Hauptziel der Arbeit. Der Bericht wurde im Wesentlichen mit einem operativen Zweck vorbereitet. Ein Teil wird zur Zielscheibe genommen und kriminalisiert, der andere Teil wird anvisiert, pazifiziert und auf die eigene Seite gezogen.

Ein Teil dieses Ziels ist es auch, Aktivitäten gegen die Türkei im Rahmen von PKK-Aktivitäten zu begreifen. Die Autoren sagen uns, dass jede Kritik an der Türkei für sie mit der PKK gleichzusetzen sei. Ein Beispiel: »Deniz Yücel hat mit Cemil Bayık ein Interview gemacht. Es sticht hervor, dass die Meldungen und Artikel von Yücel eine Sprache sprechen, welche die Organisation legitimieren« (S. 68).

Ein anderes Beispiel aus Cosmos TV: »Burhan Ekici schreibt, dass der türkische Staat Folter gegen Kurden einsetzt« (S. 69). Gut, dass die Autoren nicht die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gelesen haben, in denen die Türkei für ihre Folter und andere Menschenrechtsverbrechen verurteilt wird. Sie hätten auch den Gerichtshof in den Bericht aufnehmen müssen!

Auch Parteien und Medien in Deutschland sind auf der Liste

Selbstverständlich geht es auch um politische Parteien. Die Linke auf Platz eins, doch die Grünen, die Jusos, einige CDU- und FDP-Abgeordnete konnten sich nicht davor retten, auch dort zu landen. Fernsehkanäle wie ARD und ARTE, die über die Kurden berichten, und einige Anwälte, die Kurden verteidigt haben, finden sich ebenfalls auf der Liste.

Insbesondere jede Aktivität und jedes Wort gegen die Besatzung in Efrîn haben die Autoren gestört und es geschafft, in den Bericht aufgenommen zu werden. Doch es scheint, als habe die Autoren nichts mehr geschmerzt als der Sieg über den Islamischen Staat. Dieser Schmerz wird insofern zur Schau getragen, als vorgeworfen wird, dass die Kämpfer gegen den IS als Helden »präsentiert« würden, dass die Fotografien Sonja Hamads so viel Aufmerksamkeit und Preise bekommen hätten, als auch, dass im Auslandsjournal des ZDF die Frauenkämpferinnen als Freiheitskämpferinnen »lanciert« worden seien.

Organisation für Organisation, Name für Name wurde aufgelistet

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Pressezentren, in denen Kurden arbeiten, nehmen den Hauptteil des Berichtes ein. Organisation für Organisation, Name für Name wurde aufgelistet. Diese Institutionen sind sowieso von Geburt an schuldig! Schauen wir uns einmal die Schuld des alevitischen Vereins FEDA an: »Es ist bekannt, dass sie sich als eine Gruppe innerhalb der AABF bewegen und die These vertreten, dass die Aleviten islamisiert worden seien und dass das Alevitentum ein eigener Glauben sei.« Diesem Think-Tank und seinem äußerst wissenschaftlichen Bericht zufolge bedeutet das, eine andere Meinung als die offizielle Staatsauffassung über das Alevitentum vorzubringen und innerhalb der PKK-Struktur in Europa tätig zu sein.

Zu dem Verein, in dem ich selbst tätig bin, heißt es: »Die Organisation MAF-DAD, die mit deutschen Anwälten und NGOs zusammenarbeitet, ist damit befasst, insbesondere Kampagnen zu legitimieren, die sich gegen die Türkei richten« (S. 51). Das einzige Beispiel, das dafür angeführt wird, ist eine gemeinsame Presseerklärung mit dem europäischen Juristenverband ELDH (S. 48). Thema der Erklärung ist die Information über eine Unterschriftenkampagne zur Inhaftierung gewählter HDPler und zu den Zwangsverwaltungen.

Die Autoren dieses Berichts bringen alle Personen und Institutionen zusammen, die sich nicht vor der AKP-MHP-Regierung beugen und die eine demokratische Haltung zeigen, und sie versuchen, eine Propaganda-Mission für den Vernichtungskrieg des türkischen Staates gegen die kurdische Gesellschaft zu erfüllen.

Die Methode des Berichtes ist im Grunde genauso komisch wie der Inhalt. Der selbsternannte umfassendste Bericht über die PKK-Europastruktur stützt sich auf die Informationen des türkischen Geheimdienstes und die Recherche aus offenen Quellen. Doch die Autoren sprechen immer wieder von »Feldforschung«, um der Sache eine akademische Aura zu geben. Im Bericht ist fast siebzig Mal von Feldforschung die Rede. Wann wurden diese Forschungen durchgeführt? Mit wem hat man sich getroffen? Welche Technik wurde angewandt? Zu alldem gibt es keine Informationen. Jeder Information, deren Quelle nicht klar ist oder nicht genannt werden will, jeder Anschuldigung wird dieser Begriff vorangestellt, um den Worten eine Grundlage zu geben.

Es wäre unzureichend, diesen Artikel nicht in Bezug zur deutschen Politik zu setzen. Die Autoren zitieren den deutschen Innenminister Horst Seehofer vom Februar 2019 (S. 114) mit Genugtuung. Seehofer erklärte dabei zur Schließung des Mesopotamien Verlags und des Musikbetriebs Mir, dass man nicht zulassen werde, dass das PKK-Verbot unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit unterminiert werde. Das ist genau die Grundlage, auf der sich die gegenwärtige Diktatur in der Türkei bewegt. Dasselbe formuliert die SETA im Abschnitt zur Presse beispielsweise über den Türkei-Service der Deutschen Welle. Wenn man grundlegende Rechte und Freiheiten nach dem PKK-Verbot oder dem Terrorismusbegriff-Diskurs entsprechend interpretiert, dann bleibt einem nicht mehr viel, um etwas gegen Erdoğan zu sagen. ♦

Plädoyer für einen radikalen Wandel der europäischen und deutschen Türkei- und Kurdenpolitik

Dialog statt Kriminalisierung

Rolf Gössner

Zur Kriminalisierung und Ausgrenzung von Kurdinnen und Kurden, ihren Organisationen und Medien in der Bundesrepublik. Der folgende Beitrag von Dr. Rolf Gössner ist ein Auszug aus einem Referat, das der Autor zuletzt zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes Ende Mai 2019 in Nienburg/Weser gehalten hat.

(…) Drei Relikte sollen im Folgenden behandelt werden – fatale Überreste einer vergangenen Zeit, die Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik Deutschland heute noch kriminalisieren und ausgrenzen sowie einem anzustrebenden offenen Dialog mit der kurdischen Seite diametral entgegenstehen: 1. das PKK-Verbot und dessen Ausweitung, 2. die »Terroristen«-Prozesse gegen kurdische Aktivisten und Vereinigungen, und 3. der Eintrag der PKK in die EU-Terrorliste. Insgesamt ein kontraproduktives Repressionsinstrumentarium, das jeden Kurswechsel behindert und das die hier lebende kurdische Bevölkerung, ihre Grundrechtssituation und ihre Integration schwer beeinträchtigt.

1. Zum ersten Relikt: PKK-Verbot und dessen Ausweitung

1.1. Das vor 25 Jahren von der Bundesregierung erlassene Betätigungsverbot für die kurdische Arbeiterpartei PKK und weitere kurdische Organisationen hat hierzulande viel Unheil gestiftet. Mit diesem Verbot folgte die Bundesrepublik seinerzeit dem Drängen des NATO-Partners Türkei. Doch trotz des Wandels, den die einst gewaltorientierte Kaderpartei PKK in Europa längst in Richtung einer friedlich-demokratischen Lösung des Konflikts vollzog, besteht das Verbot bis heute fort. Dies hat Zigtausende politisch aktiver Kurden hierzulande stigmatisiert und kriminalisiert – oft genug nur wegen verbaler oder symbolischer »Taten« –, hat sie unter Generalverdacht gestellt, zu potentiellen Gewalttätern und gefährlichen »Terroristen« gestempelt, zu innenpolitischen Feinden und Sicherheitsrisiken erklärt und ausgegrenzt. Offizielle Begründung: Die PKK, die sich in der Türkei gegen die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung auch militant zur Wehr setzt, nutze Deutschland *»als Raum des Rückzugs, der Refinanzierung und Rekrutierung«* (Mitteilung des Bundesinnenministeriums vom 12.02.19).

Die Kriminalisierung hatte zeitweise eine dramatische Dimension erreicht: Für Kurden, die zumeist aus der Türkei vor Verfolgung und Folter geflohen waren, war es besonders in den 1990er Jahren fast unmöglich, hierzulande von ihren elementaren Menschenrechten ohne Angst Gebrauch zu machen. Durch das Betätigungsverbot wurden und werden nach wie vor die Grundrechte der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Meinungs- und Pressefreiheit und damit die freie politische Betätigung massiv beschränkt. Demonstrationsverbote und Razzien, Durchsuchungen von Privatwohnungen, Vereinen, Druckereien, Redaktionen und Verlagen, Beschlagnahmen und Inhaftierungen waren und sind immer wieder an der Tagesordnung, genauso wie geheimdienstliche Ausforschung und Infiltration durch Staats- und Verfassungsschutz. Im Februar 2019 sind der *Mezopotamien-Verlag* und der *MIR Multimedia-Musikverlag* (beide in Neuss) wegen mutmaßlicher Unterstützung der PKK und als deren »Teilorganisationen« verboten und aufgelöst, Tausende von Büchern – kurdische Kinder-, Sprach- und Geschichtsbücher – sowie CDs mit kurdischer Musik beschlagnahmt worden. Ein *»Akt staatlicher Zensur«*, wie Die Linke im Bundestag dieses Verbot nennt, ein *»Angriff auf die Meinungsfreiheit und ein trauriger Tag für Literatur und Buchbranche«*, so der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller in einer Protesterklärung. Damit seien zwei Verlage zerstört worden, *»die wesentlich zum Verständnis von kurdischer Kultur beigetragen haben«*.

Auf Grundlage des europaweit einmaligen PKK-Verbots werden im Übrigen Geld- und Freiheitsstrafen verhängt, Einbürgerungen abgelehnt, Staatsbürgerschaften aberkannt, Aufenthaltserlaubnisse nicht verlängert und Asylanerkennungen widerrufen.

1.2. Mit Runderlass vom 2. März 2017 an sämtliche Sicherheitsbehörden hat das Bundesinnenministerium (BMI) noch nachgelegt und eine »Neubewertung« der von Kurden aktuell benutzten Organisationsbezeichnungen und Kennzeichen vorgenommen. Das bedeutet eine Ausweitung des PKK-Verbots. In einer 6-seitigen BMI-Anlage mit 33 Symbolen wird behauptet, die PKK weiche mehr und mehr auf andere Symbole aus – wie etwa auf solche der syrischen Kurdenorganisationen, die aber hierzulande nicht verboten sind: z. B. PYD (kurdische Partei der Demokratischen Union, Rojava/Syrien), YPG (Volksverteidigungseinheiten) und YPJ (Frauenverteidigungseinheiten), die im Sommer 2014 Tausende von Jeziden in Syrien vor den mörderischen Angriffen des sog. IS retteten – oder aber Fahnen mit dem Abbild des als »Kurdenführer« immer noch hoch verehrten Abdullah Öcalan auf gelbem oder grüngelbem Grund unterfallen als *»Verkörperung der PKK«* bzw. als *»politischer Anführer der PKK«* dem Verbot von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Mit Rundschreiben vom 29.01.2018 hat das Bundesinnenministerium abermals nachgelegt: Danach soll schon das bloße Zeigen eines jeden Bildes von Öcalan – als *»Führungs- und Identifikationsfigur der PKK«* – gegen das PKK-Kennzeichenverbot verstoßen.

Mit diesen exekutiven Interventionen, die objektiv dem Interesse der kurdenfeindlichen Politik des türkischen Erdoğan-Regimes entsprechen, hat das PKK-Verbot in der Bundesrepublik eine letztlich unkalkulkierbare Ausweitung erfahren. Dies hat zum einen dazu geführt, dass die Versammlungsbehörden das Zeigen solcher Fahnen und Symbole mit der Begründung untersagen, diese würden unter das PKK-Verbot fallen. Zwar wird dies nicht einheitlich so gehandhabt, aber es hat die Situation erheblich verschärft und lässt die Situation vor Ort insbesondere bei Demonstrationen und Kundgebungen nicht selten eskalieren. Zum anderen führte dies dazu, dass sich die Bundesanwaltschaft und die Gerichte deshalb immer häufiger mit angeblichen Anhängern und Unterstützern der PKK befassen müssen. Auch wenn etliche der Gerichtsverfahren wieder eingestellt werden, so bedeuten diese vermehrten Verfahren eine erhebliche Ausweitung der Kriminalisierung von Kurden und ihren Vereinigungen.

Manche Versammlungsbehörde, wie etwa in Nordrhein-Westfalen (speziell Köln und Düsseldorf), ist sogar noch ein Stück weiter gegangen und behauptet, der Dachverband der kurdischen Vereine in Deutschland NAV-DEM (Demokrati-



Archiv

sches Gesellschaftszentrum der Kurd*innen in Deutschland e. V.) sei Teil der PKK bzw. von deren Nachfolgeorganisationen; daher sei NAV-DEM das Versammlungsrecht abzusprechen. Doch manche Klage hiergegen hatte 2018/2019 schon Erfolg (Verwaltungsgericht Hannover bzgl. Newroz; VG Köln; VG Düsseldorf 2/2019 bzgl. NAV-DEM), so dass Totalverbote und Beschränkungsverfügungen letztlich – zumindest im Nachhinein – für rechtswidrig erklärt und gekippt werden konnten.

Der Berliner Strafverteidiger Peer Stolle, Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwaltsvereins (RAV), kommt angesichts der neueren Klagen, Verfahren und Urteile zu dem Schluss: Mittels juristischer Gegenwehr habe immerhin verhindert werden können, dass die exzessiven Vorgaben der Bundesregierung vollständig in die Praxis umgesetzt werden. Diese *»erfolgreiche rechtliche Einhegung von Repression«* sollte zu weiterer rechtlicher Gegenwehr motivieren – schließlich geht es im Kern um nicht weniger als um das unveräußerliche Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß Artikel 5 GG.

Wie kritisch auch immer man zur PKK, ihrer Politik und ihren Aktionen stehen mag: Mit solchen Verboten werden jedenfalls keine Probleme gelöst, sondern weitere produziert. Längst ist das PKK-Betätigungsverbot zum kontraproduktiven Anachronismus geworden und gehört schon deshalb und auch nach Auffassung namhafter Bürger- und Menschenrechtsorganisationen schleunigst aufgehoben.

2. Zum zweiten Relikt: »Terrorismusverfahren«. Strafermittlungsverfahren wegen Terrorismusverdachts gegen zahlreiche politisch aktive Kurden im mutmaßlichen Umfeld der PKK (auch der türkischen kommunistischen Parteien DHKP-C oder TKP/ML) wurden eingeleitet und werden immer noch geführt − früher nach §§ 129, 129a (Kriminelle oder terroristische Vereinigung), seit 2002 nach § 129b StGB (= kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland). Mit diesen Organisationsstraftatbeständen sind zahlreiche Kurden nicht etwa nur wegen Mitgliedschaft oder eigener gewalttätiger Aktionen belangt, verurteilt, teils mit Isolationshaft und nach Entlassung mit »Führungsaufsicht« belegt worden, sondern vielfach wegen angeblicher Unterstützungsaktionen zugunsten der PKK, wie friedlicher Proteste, rein verbaler Äußerungen, also gewaltfreier politischer Betätigungen oder wegen Spendensammelns.





Archiv

Mit der Einführung von § 129b StGB wurde die Strafbarkeit der Mitgliedschaft in oder der Unterstützung einer *»terroristischen Vereinigung«* (§ 129a) auf Gruppen im Ausland ausgedehnt, ohne den Betroffenen konkrete strafbare Handlungen hierzulande nachweisen zu müssen. Seitdem können kurdische Aktivisten als mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer für die politische und militärische Betätigung der PKK in der Türkei mitverantwortlich gemacht und strafrechtlich verfolgt werden – selbst wenn sie sich in der Bundesrepublik gewaltfrei und legal verhalten. Falls es sich – wie im Fall der PKK in der Türkei – um Gruppen außerhalb der EU handelt, ist eine Strafverfolgung allerdings nur dann möglich, wenn das Bundesjustizministerium dazu ermächtigt: Entgegen dem Prinzip der Gewaltenteilung wird damit die Exekutive praktisch zum Richter über politische Bewegungen und Organisationen gemacht.

Deutschen Botschaften, Geheimdiensten und der Bundesanwaltschaft fiel damit die schwierige Aufgabe zu, verdächtige Vereinigungen in aller Welt einzuschätzen: Handelt es sich um eine terroristische Vereinigung oder um legitime Formen des Widerstands gegen Diktaturen oder um eine Befreiungsbewegung? Ein schwieriges Unterfangen, ist doch der Terrorist des einen nicht selten der Freiheitskämpfer des anderen und umgekehrt – was sich erfahrungsgemäß rasch ändern kann. Die Strafverfolgung hängt also erheblich von außenpolitischen, militärischen und ökonomischen Opportunitätsaspekten und geopolitischen Interessen ab.

Diese exekutive Ermächtigung durch die Bundesregierung zur Strafverfolgung von mutmaßlichen Mitgliedern oder Unterstützern der PKK (und anderer kurdischer Vereinigungen) als ausländischer »terroristischer/krimineller Vereinigung« nach § 129b StGB sollte schleunigst hinterfragt und widerrufen werden. Denn sollte es im konkreten Fall etwa um Propagierung und eigenhändige Ausübung von Gewalttaten gehen, so reichen zur Ahndung die traditionellen Strafnormen völlig aus.

Erst im September 2017 hat übrigens ein belgisches Berufungsgericht entschieden, dass die PKK keine terroristische Organisation sei, sondern legitime Partei in einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt in der Türkei; die PKK kämpfe für die Rechte der Kurden und terrorisiere keine Zivilisten – auch wenn es bei Angriffen auf militärische Ziele mitunter zivile Opfer gebe. Die PKK könne deshalb auch nicht als Terrororganisation eingestuft und mit Antiterror-Gesetzen verfolgt werden, genauso wenig wie deren Mitglieder und Unterstützer.

Dieses Urteil des Berufungsgerichts ist im März 2019 vom belgischen Revisionsgericht in Brüssel letztinstanzlich bestätigt worden – und alle Angeklagten wurden von sämtlichen Anklagepunkten freigesprochen. Dieses Urteil hat über Belgien hinaus auch europäische Bedeutung: Kurdinnen und Kurden dürften staatlicherseits, legt man diese gerichtlichen Kriterien zugrunde, nicht länger als Terrorist*innen bekämpft und verfolgt werden. Und dieses Urteil sendet auch die Botschaft aus: Der Konflikt zwischen Türkei und Kurden kann letztlich nicht polizeilich und strafrechtlich, sondern allein durch Verhandlungen und auf politischem Wege gelöst werden, so wie es u. a. die PKK schon seit Längerem fordert.

3. Zum dritten Relikt: EU-Terrorliste – noch ein Hindernis, das den Weg zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage versperrt. Auf dieser EU-Terrorliste sind Einzelpersonen und Organisationen gelistet, die in der EU als terroristisch gelten. Seit 2002 finden sich darauf unter anderem die PKK und Nachfolgeorganisationen – obwohl diese Organisationen seit Jahren keine Gewalttaten in Europa verüben, sich für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in der Türkei einsetzen und sich sogar für frühere Gewalt in Europa entschuldigt haben.

Mit der Aufnahme der PKK in die Terrorliste entsprach die EU seinerzeit dem Wunsch des NATO-Partners Türkei – ausgerechnet eines Landes, das sich selbst gravierender Menschenrechtsverletzungen und des Staatsterrors schuldig machte und macht. Durch die rein politisch motivierte Listung fühlte sich der türkische Staat zusätzlich legitimiert, im eigenen Land mit Unterdrückung und Staatsterror gegen angeblich »terroristische« Kurden, ihre Organisationen und angeblichen Unterstützer vorzugehen und die zivile Lösung der Kurdenfrage immer wieder zu torpedieren. Mit dieser willfährigen EU-Politik und unter Verweis auf die EU-Terrorliste sind Abertausende von Kurden in Europa als »Terrorhelfer« kriminalisiert worden, denn gerade auch die Listung bildet die Grundlage für Prozesse gegen kurdische Aktivisten in unterschiedlichen europäischen Ländern, in denen es kein PKK-Betätigungsverbot gibt.

Für betroffene Gruppen und Personen hat die Aufnahme in die Terrorliste existentielle Folgen: Sie sind quasi vogelfrei, werden politisch geächtet, wirtschaftlich ruiniert und sozial isoliert – oder wie der EU-Sonderermittler Dick Marty sagte: *»Wer einmal draufsteht, hat kaum mehr eine Chance auf ein normales Leben«* – das sei *»zivile Todesstrafe«*, oder anders ausgedrückt: Existenzvernichtung per Willkürakt.

Vermögen der Betroffenen können eingefroren, Konten und Kreditkarten gesperrt, Bargeld beschlagnahmt, Arbeits- und Geschäftsverträge aufgehoben werden. Hinzukommen Passentzug, Ausreisesperren, Überwachungs- und Fahndungsmaßnahmen, Wohnungsdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Festnahmen. Alle EU-Staaten, Banken, Geschäftspartner und Arbeitgeber, ja alle EU-Bürger sind auf Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates vom 27.12.2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 70) und nach dem Außenwirtschaftsgesetz verpflichtet, die Sanktionen gegen Gelistete durchzusetzen, weil sie sich sonst womöglich strafbar machen. Zu den Fernwirkungen zählen Kündigungen und Entlassungen, die Verweigerung von Einbürgerungen und Asylanerkennungen sowie der Widerruf des Asylstatus.

Die Terrorliste wird von einem geheim tagenden Gremium des EU-Ministerrats erstellt, wobei die für eine Listung vorgebrachten Verdachtsmomente nicht selten auf schwer überprüfbaren Geheimdienst-Informationen einzelner Mitgliedstaaten beruhen, zum Teil auch auf erfolterten Hinweisen etwa aus der Türkei. Eine unabhängige Beurteilung der Fälle aufgrund

gesicherter Beweise findet nicht statt. Diese Prozedur, die alle sechs Monate stattfindet, ist weder demokratisch legitimiert noch unterliegt sie demokratischer Kontrolle.

Die EU greift damit im *»Kampf gegen den Terror«* gewissermaßen selbst zu einem Terrorinstrument aus dem Arsenal des »Feindstrafrechts« – eines Sonderrechts gegen angebliche »Staatsfeinde«, die praktisch rechtlos gestellt und gesellschaftlich geächtet werden. Ihre drakonische Bestrafung wird quasi im rechtsfreien Raum exekutiert – also ohne Gesetz, ohne überprüfbare Beweise, ohne Urteil und ohne Rechtsschutz.

Trotz Entrechtung der Gelisteten hat das Gericht der EU inzwischen jedoch für Rechtsschutz gesorgt und die Aufnahme in die Terrorliste und das Einfrieren der Gelder in einzelnen Fällen für rechtswidrig erklärt. Der Anspruch der Betroffenen auf Begründung der Maßnahme, auf rechtliches Gehör und effektive Verteidigung, so die Richter, sei eklatant missachtet worden. Daraufhin musste das Listungsverfahren geändert werden. Zwar sind die Betroffenen daraufhin pro forma benachrichtigt und angehört worden, doch konkrete Abhilfe wurde nicht geschaffen – schließlich seien die gerügten Verfahrensfehler jetzt behoben und Begründungen nachgeliefert worden. Die Verfemten blieben also verfemt – unter Verstoß gegen Unschuldsvermutung und Europäische Menschenrechtskonvention.

Mittlerweile ist auch die Aufnahme der kurdischen PKK/Kadek in die Terrorliste wegen Verfahrensfehler für rechtswidrig erklärt worden – zumindest für die Zeit von 2014 bis 2017, wie das EU-Gericht im November 2018 festgestellt hat. So seien die Gründe und Vorfälle, die zur Listung der PKK in jenem Zeitraum geführt hatten, nicht ausreichend belegt worden; außerdem sei weder der zeitweise Friedens- und Verhandlungsprozess zwischen Kurden und türkischer Regierung noch der Transformationsprozess und die neue Rolle der PKK im Mittleren Osten – etwa im Kampf gegen den IS – beachtet und berücksichtigt worden. Diese Entscheidung gilt jedoch nur für die Listung der PKK bis Ende 2017. Da sie auch nach 2017 bis heute gelistet ist, muss auch noch dagegen geklagt werden. (…)

Fazit und Auswege:

1. Im türkisch-kurdischen Konflikt beschreiten die EU mit ihrer Terrorliste und die Bundesrepublik mit ihrem PKK-Verbot und der daraus resultierenden Kriminalisierung nach wie vor den Weg der Repression und Ausgrenzung, obwohl sich die PKK sowie die politische Situation in Europa, der Türkei und im Nahen und Mittleren Osten grundlegend geändert haben. Die immer noch vorherrschende Kriminalisierungspolitik gegenüber Kurden, die im Nahen und Mittleren Osten als Stabilisatoren und im Kampf gegen den »IS«-Terror eine wichtige Rolle spielen, ist damit vollends zum Anachronismus geworden, der eine friedliche, gerechte und demokratische Lösung der türkisch-kurdischen Frage schwer behindert.

2. Angesichts des menschenrechtlich inakzeptablen Flüchtlingsdeals der EU mit der Türkei, angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs des NATO-Staats Türkei gegen Afrin/Syrien und der faktischen türkischen Annexion dieser kurdisch-selbstverwalteten Region, angesichts des Kriegs und der Repression gegen die kurdische Bevölkerung, auch mit deutschen Waffen sowie angesichts der katastrophalen Menschenrechtslage in der gesamten Türkei, kommen der EU und Deutschland eine gesteigerte Verantwortung für die weitere Entwicklung in dem NATO- und Europarats-Mitgliedsstaat Türkei zu – insbesondere hinsichtlich einer friedlichen und gerechten Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts.

3. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es eines radikalen Wandels der europäischen Türkei- und Kurdenpolitik. Dazu gehört: endlich die Kriminalisierung, Verfolgung und Ausgrenzung von Kurden, ihren Organisationen und Medien in Europa und Deutschland zu beenden sowie die Menschenrechtslage in der Türkei und die kurdische Frage als historische Herausforderungen unverzüglich und mit Nachdruck auf die Agenda der EU zu setzen.

Einstweilen gilt: Reduzierung der deutsch-türkischen »Sicherheitskooperation« von Polizei, Geheimdiensten, Justiz und Militär auf ein Minimum, Aufhebung des PKK-Verbots und Löschung der PKK von der EU-Terrorliste, keine Auslieferung von Kurden und Regimegegnern sowie sofortiger Stopp aller deutschen Rüstungs- und Waffenexporte in die Türkei, die im türkischen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung bereits eine verheerende Rolle spielten.

*****

Dr. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte (Berlin). Mitherausgeber des »Grundrechte-Reports. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland« (Fischer-TB). Ausgezeichnet mit der Theodor-Heuss-Medaille, dem Kölner Karlspreis für engagierte Literatur und Publizistik und dem Bremer Kultur- und Friedenspreis. Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren von Bundestag und Landtagen. Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher und Beiträge zum Themenbereich Demokratie, Innere Sicherheit und Bürgerrechte.

Neuere Publikationen zu deutsch-türkischer Sicherheitskooperation, PKK-Verbot, türkischem Agentennetz und Interpol:

Gössner, Heikle »Sicherheitskooperation“ mit der Türkei, in: WESER-KURIER v. 12.01.2018: https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-heikle-sicherheitskooperation-mit-der-tuerkei-_arid,1688907.html

Gössner, Klima der Angst. Türkisches Spitzelsystem zerschlagen! In: FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 19.01.2018: www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/erdogan-gegner-das-tuerkische-spitzelsystem-zerschlagen-a-1429044

Kontrolliert Interpol! Der Missbrauch von Interpol durch Diktaturen muss gestoppt werden, sagt Rolf Gössner, in: DIE TAGESZEITUNG (taz) v. 8.01.2018: http://www.taz.de/!5472306/

Das PKK-Verbot hat viel Unheil gestiftet und muss aufgehoben werden, sagt Rolf Gössner, in: DIE TAGESZEITUNG (taz) v. 30.01.2018: https://www.taz.de/!5477919/

Britische Regierung kriminalisiert Fahrten nach Nordostsyrien

Ein Versuch, die Revolution in Rojava zu ersticken

Britische Internationalist*innen in Rojava

»The Terrorism Act« (das Terrorismus-Gesetz) ist ein bereits bestehendes, konservativ-faschistisches Gesetz, das die Regierung von Großbritannien benutzt, um Individuen und Gruppen zu kontrollieren, die als »Gefahr« eingestuft werden. Vor kurzem wurde diesem Gesetz ein Nachtrag (amendment) hinzugefügt, begründet mit dem »Schutz« Großbritanniens, der die Grundlage dafür bietet, einfache Reisen nach oder den Aufenthalt in Rojava mit Freiheitsstrafen zu belegen.

Mit Hilfe des Paragraphen (section) 44 des »Terrorism Act« wurden tausende Menschen ohne jegliche Anklage gestoppt, durchsucht und inhaftiert; nicht eine dieser Personen wurde später für eine terroristische Straftat (terrorism offence) verurteilt.

Unter dem Zusatz (schedule) 7 kann die britische Polizei gleichermaßen Linke, Muslime und jede Person, die sie einschüchtern will, festhalten und verhören. Dabei wird anwaltlicher Kontakt verwehrt und die Aussageverweigerung mit Inhaftierung bestraft. Dabei werden Menschen mit Herkunft aus Asien oder dem Nahen Osten mit elfmal höherer Wahrscheinlichkeit festgenommen als weiße Menschen.

Der »Terrorism Act« enthält ganz bewusst eine sehr weit gefasste Definition dessen, was ein*e »Terrorist*in« ist und wer es sein kann. Es ist eines der effizientesten Werkzeuge der britischen Regierung, die islamophobe Stimmung nach 9/11 im Land aufrechtzuerhalten und zu verbreiten sowie die Stimmung zu instrumentalisieren, um bei Themen wie Freiheit und abweichender Meinung härter durchgreifen zu können.

So wurde nun dem »Terrorism Act 2000« ein Nachtrag hinzugefügt, der Anfang dieses Jahres in die britische Gesetzesgrundlage eingeflossen ist. Er ermöglicht es der Regierung, gewisse Gebiete als sogenannte »No-Go«-Zonen für britische Staatsangehörige und Menschen, die in Großbritannien einen ständigen Wohnsitz haben, zu benennen. Der Nachtrag erlaubt es, aus dem Reisen in diese Gebiete und dem Aufenthalt dort eine terroristische Straftat zu machen, auch wenn diese Reise nachweislich nichts mit »Terrorismus« zu tun hat.

Im letzten Monat verkündete der Innenminister (und einer der aktuellen Spitzenkandidaten im Wettkampf um den Platz des Premierministers Großbritanniens) Sajid Javid sein Vorhaben, so bald wie möglich Nord- und Ostsyrien sowie die Provinz Idlib in Nordwestsyrien als Reiseziele zu verbieten.

Vom Zeitpunkt des Reiseverbots für diese Gebiete an müssen sie britische Staatsangehörige und Menschen mit ständigem Wohnsitz in Großbritannien, die sich in diesen Gegenden aufhalten, innerhalb von 28 Tagen verlassen. Sollten sie das nicht tun, werden sie bei ihrer Rückkehr nach Großbritannien strafrechtlich verfolgt werden.

Aktuell wird ein wegen Verstoßes gegen den »Terrorism Act« schuldig gesprochener Mensch mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft. Dänemark und Australien haben bereits ein ähnliches Gesetz, das der Regierung erlaubt, Regionen als »No-Go«-Zonen für ihre Staatsangehörigen zu bestimmen. Die Einführung dieser Art von Politik in Großbritannien wird vermutlich als Präzedenzfall für andere europäische Nationen dienen, um die Reisemöglichkeiten ihrer eigenen Staatsangehörigen einzuschränken. Außerdem ist dies ein eindeutiger Schlag gegen die Bestrebungen für eine politische Anerkennung Nord- und Ostsyriens.

Die Motivation des Innenministers, Rojava (Nordsyrien) in die Reihe der kriminalisierten Gebiete einzubeziehen, darf nicht unbeantwortet bleiben und muss strikt hinterfragt werden.

Wie kann es sein, dass eine Region, in der sich die dort lebenden Menschen demokratisch organisieren, zugleich eine Region, die ein säkulares, demokratisches politisches Pro-



ANF

gramm hat, das als Ziel langandauernden Frieden im Nahen Osten verfolgt, als »Nährboden für terroristische Aktivitäten« angeprangert wird?

Dass Rojava im gleichen Atemzug wie Idlib (kontrolliert von den brutalen Al-Qaida-Ablegern Haiat Tahrir asch-Scham, HTS) mit einem Reiseverbot belegt werden soll, lässt erkennen, wie viel Angst die britische Regierung vor den hier aufblühenden sozialen Veränderungen hat. Indem die Revolution in Nord- und Ostsyrien in die gleiche Schublade gesteckt wird wie dschihadistische Gruppen, die Idlib kontrollieren, wird der orientalistische Blick genährt, Syrien (und der Nahe Osten) sei ausschließlich ein Ort von Terrorismus und Extremismus, wo nichts anderes existiere.

Durch die Nennung Nord- und Ostsyriens versucht die britische Regierung ganz klar, diese Region ohne Gegenwehr auf die Liste zu setzen – in der Hoffnung, dass die Öffentlichkeit durch das einfache Lesen von »Syrien« an »Terror« denkt und somit die Benennung akzeptiert, ohne sie zu hinterfragen. Die britische Regierung ist nicht so naiv, den Unterschied zwischen der politischen Situation in Idlib und der in Rojava nicht zu kennen und nicht differenzieren zu können. So kann die Frage gestellt werden, warum bekämpft ein Land wie Großbritannien, das seine eigenen »demokratischen« Werte propagiert, ein Projekt für die Freiheit, wie es in Rojava aufgebaut wird? Und wieso stuft die Regierung Nord- und Ostsyrien als eine Region ein, die genauso gefährlich sein soll wie ein von dschihadistischen Gruppen kontrollierter Ort?

Die einzige einleuchtende Erklärung ist, dass Großbritannien nicht will, dass seine Staatsangehörigen erkennen, dass ein Ort ohne Staat, Regierung und Parlament erfolgreich bestehen kann. Wenn Rojava und das Projekt für Demokratie in Nord- und Ostsyrien es erfolgreich geschafft haben, den Schwierigkeiten von fast zehn Jahren Bürgerkrieg zu trotzen, was könnte dann alles im Rest der Welt erreicht werden, wenn mehr Menschen über Demokratischen Konföderalismus Bescheid wüssten? Was würde passieren, wenn mehr Menschen realisieren würden, dass die liberale Demokratie in Europa eine Täuschung ist und dass eine echte Alternative existieren kann? Die Umsetzung von Sajid Javids Idee, Rojava und Nord- und Ostsyrien zu einer »No-Go«-Zone für britische Staatsangehörige zu machen, darf keine Realität werden. Es ist wichtig, dass wir Menschen auf der ganzen Welt begreiflich machen, weshalb Nord- und Ostsyrien durch diese Gesetzgebung ins Visier genommen wird.

Die Befürchtung, durch den »Terrorism Act« und andere ähnliche Gesetzgebung ins Gefängnis zu kommen, wurde konstruiert, um die ideologische Kampagne der britischen Regierung gegen die Revolution in Rojava zu erweitern.

Es ist eine weitere Facette der Entscheidung Großbritanniens, mit dem faschistischen türkischen Staat zu kooperieren und ihn mit Waffen auszustatten. Und dies sollte als ein direkter Angriff auf die hiesige Revolution verstanden werden.

Dieser Nachtrag lässt ausschließlich die Absicht des britischen Staates erkennen: Egal wie sehr er versucht, sich hinter dem Vorwand, dem »Schutz der eigenen Staatsangehörigen«, zu verstecken – sein einziges Motiv ist es, sich selbst zu schützen und die Interessen der kapitalistischen Klasse zu verfolgen sowie seine Macht auszubauen.

So liegt es in unserer Verantwortung, nach einer wahrhaftigen Alternative zur kapitalistischen Moderne zu suchen und gegen diese neue Gesetzgebung auf allen uns möglichen Wegen vorzugehen. Um die Welt aufzubauen, in der wir leben wollen, müssen mehr und mehr Menschen die Revolution in Rojava sehen und erleben. Deswegen können wir nicht zulassen, dass die Psycho-Spielchen Großbritanniens eine abschreckende Wirkung auf diejenigen von uns haben, die von einer besseren Welt träumen. Als britische Freiwillige hier in Nordostsyrien werden wir unseren Kampf weiterhin führen und uns von den Drohungen unserer Regierung nicht einschüchtern lassen: Wir appellieren an unsere Freund*innen und Genoss*innen in Großbritannien, Deutschland und auf der ganzen Welt, Menschen zu mobilisieren und westliche Regierungen für deren Versuche, diese Revolution zu ersticken, zur Verantwortung zu ziehen. ♦

Eindrücke aus der Internationalistischen Kommune von Rojava

Ich möchte diese Hoffnung auch zurücktragen

Anja Flach

Im Februar 2019 ergab sich die Gelegenheit, die Internationalistische Kommune von Rojava kennenzulernen. Der Ort liegt in der Nähe der Stadt Dêrik im Kanton Cizîrê in einer landschaftlich sehr reizvollen Umgebung. Von weitem schon sind die Gebäude, die auf einem Hügel liegen, zu sehen.

Jetzt im Frühling ist die Umgebung leuchtend grün. Felsbrocken, die die Erde ausgespuckt zu haben scheint, sind in den Weizenfeldern zu Hügeln aufgetürmt. In Sichtweite der Kommune liegen einige kleine arabische Dörfer, zu denen sie Kontakte pflegt.

Die ersten Schritte zum Aufbau der Internationalistischen Kommune

Der Standort der Internationalistischen Akademie ist noch sehr jung und in seiner jetzigen Form weiterhin im Aufbau. Das Projekt begann mit einer Gruppe von Internationalist*innen, die Ende 2016 aus verschiedenen Ländern nach Rojava kamen. Der Ort, wo Internationalist*innen ankommen konnten, die ersten Tage verbrachten und eine erste Bildung erhalten konnten, war damals noch in der Stadt Qamişlo. Doch seitdem ist viel passiert.

Heval Sabrî, einer der Mitinitiator*innen der Kommune, berichtet über das Leben und die Arbeit in Qamişlo und dass die Kommune einen Ort außerhalb der Stadt, wo es immer viel Ablenkung gibt, gesucht habe.

Geplant und umgesetzt wurde das Projekt gemeinsam mit der Jugendorganisation in Rojava, Ciwanên Şoreşger (Revolutionäre Jugend). Nach vielen Anläufen an unterschiedlichen Stellen wurde im Herbst 2017 mit den Arbeiten am jetzigen Standort der Kommune begonnen. Erste Fundamente wurden gegossen, Bauleiter und Architekt war ein Dorfbewohner aus der Umgebung.

»Den ersten Winter hier haben wir in Zelten verbracht, doch mit zwei kleinen Elektroheizstrahlern und einem Wasserkocher für frischen Tee war das eine schöne Zeit«, erinnert sich Heval Sabrî zurück. »Den Großteil der Bauarbeiten haben Arbeiter*innen aus der Region gemacht. Aber natürlich haben wir mitgearbeitet, wann und wo immer wir konnten.« Nach und nach wurden die nun vier bestehenden Häuser erbaut. Ein Video erinnert an diese Zeit der Kommune: https://vimeo.com/309566648

Ein ökologischer Ort »Make Rojava green again«

Ein Plan für den Ort der Internationalistischen Akademie war von Anfang an eine Baumschule. Denn eines der größten ökologischen Probleme in Rojava ist das Fehlen von Bäumen und Wäldern, was sich nicht nur negativ auf die Luftqualität sowie die wirtschaftliche, gesundheitliche und psychische Situation der Bevölkerung, sondern auch auf die immer knapper werdenden Wasserreserven auswirkt. Das Pflanzen von Bäumen und Wäldern hat also enorme Bedeutung für die Ökologie von Rojava. Gleichzeitig ermöglicht es den Internationalist*innen auch, neben der theoretischen Bildung konkrete Arbeit in der angeschlossenen Baumschule zu leisten.

Seit dem Frühjahr 2018 wurden tausende Stecklinge und Setzlinge gepflanzt und aufgezogen. Der Schwerpunkt liegt auf Obstbäumen wie Granatapfel, Weintraube, Pistazie, Feige, Aprikose, Apfel, Kirsche, Birne und besonders wasserschonenden Pflanzen wie Olive und Eiche. Die Arbeit in der Baumschule wird als nicht profitorientierte Kooperative organisiert, alle Internationalist*innen tragen mit ihrer Arbeitskraft zum gesellschaftlichen Gesamtinteresse einer ökologischen Wiederaufforstung bei. Der Garten und das Gewächshaus müssen nun nach dem Winter vorbereitet werden. Setzlinge werden in umliegenden Baumschulen und Pflanzungen geschnitten. Die

Anleitung hat nun Heval Viyan übernommen. Im strahlenden Sonnenschein zeigt sie uns, wie wir die Stecklinge in die Erde bringen können.

Die Akademie Şehîd Helîn Qerecox

»Neben organisatorischen Problemen bei der Einreise sind es vor allem fehlende Sprachkenntnisse, kulturelle Differenzen und ein nicht ausreichend tiefes Verständnis für die Bewegung und die Region, die eine erfolgreiche Beteiligung an den Arbeiten hier für Internationalist*innen erschwerten. Es fehlte an entsprechenden Strukturen vor Ort, um sowohl Internationalist*innen zu bilden als auch die örtlichen Strukturen in der Arbeit und im Umgang mit Internationalist*innen zu unterstützen. Kurz gesagt, es braucht ein System, um internationalistische Arbeiten in Rojava zu organisieren«, heißt es in dem gerade neu erschienenen Buch »Make Rojava Green Again«, das in der Kommune geschrieben wurde.

Die Internationalistische Kommune ist der Beginn dieser Struktur, welche sich Jahr für Jahr weiterentwickelt. Im Mai 2018 fand die erste Bildung in der Akademie statt. Genoss*innen u. a. aus den USA, der Schweiz, Katalonien, England und Argentinien konnten sich zwanzig Tage lang intensiv mit den Themen Demokratischer Konföderalismus, gesellschaftlicher Sexismus, Frauenbewegung, Jineolojî, Demokratische Moderne, Geschichte der Revolution in Rojava auseinandersetzen. Neben den ideologischen Themen gab und gibt es Kurdischunterricht und abends Seminare, in denen Aktivist*innen ihr Wissen in verschiedenen Bereichen teilen. Die Bildungskommissionen, welche die Bildung zu den Themen der kurdischen Befreiungsbewegung und der Revolution in Rojava geben, sind mit erfahrenen Aktivist*innen der kurdischen Bewegung besetzt.

Und schon im August 2018 konnte eine zweite Bildungsphase in der Kommune beginnen. Dazu gehörte auch, verschiedene Institutionen in Rojava zu besuchen und vor Ort Bildung zu erhalten. So wurde u. a. im Mala Jin (Haus der Frauenbewegung) in Qamişlo, in der Jineolojî-Akademie, im Frauendorf Jinwar oder in Kobanê Bildung für die Internationalist*innen zur Geschichte des Widerstands gegen den IS organisiert.

»Während der Bildung haben wir die Methoden der Persönlichkeitsentwicklung besser kennengelernt und zunehmend bekam die gegenseitige Kritik auch mehr Substanz. Zum Beispiel haben wir mehr und mehr auch eigene patriarchale Strukturen in uns gesehen und thematisiert. Klar, das war auch manchmal schmerzhaft, aber letztendlich hat es auch große Wirkung gehabt«, so Heval Andok. »Die Bildung wurde auf Kurdisch mit englischer Übersetzung gegeben. Manchmal haben wir schon wirklich mit uns gekämpft. Der feste Unterricht ging jeden Tag acht Stunden und abends gab es dann noch Seminare und Diskussionen. Diese Dichte an so großen Themen und ideologischen Diskussionen waren viele von uns nicht gewohnt.«

Genoss*innen, die zur Kommune kommen wollen, sollten mindestens neun Monate in Rojava einplanen. Im Anschluss an die obligatorische Bildung in der Kommune beteiligen sich Internationalist*innen an Arbeiten in der Gesellschaft, wie im Frauendorf Jinwar, dem Kinderheim Alans Rainbow in Kobanê oder in der Jinolojî. Viele arbeiten auch in den Jugendstrukturen in Rojava oder machen Pressearbeit in verschiedenen Institutionen. Aber auch in der Kommune an sich gibt es viel zu tun. Und damit gab und gibt es auch immer wieder Widersprüche und Schwierigkeiten. Einige Internationalist*innen haben die Kommune nur als Sprungbrett gesehen, um so schnell wie möglich in kurdische Strukturen zu kommen. »Der Wert der Auseinandersetzung über weltweite revolutionäre Perspektiven, die wir in der Kommune mit Genoss*innen aus vielen Ländern und unterschiedlichsten Kämpfen führen können, wurde manchmal nicht erkannt«, beschreibt


A. Flach

Heval Nalîn die Situation der Kommune vor einigen Monaten.

Heval Tekoşîn berichtet über kräftezehrende antipatriarchale Kämpfe, die sie in der Kommune führen musste, und über die Unterrepräsentanz von Frauen. Auch gab es in der Vergangenheit immer wieder Schwierigkeiten, wenn das Verhältnis der Herkunft der Internationalist*innen zu unausgeglichen ist. Denn dann können schon mal eine gewisse Mentalität und eine Sprache das Leben in der Kommune dominieren. Doch auch das wird zum Gegenstand der Diskussion und Analyse gemacht. Heval Rojîn, welche die deutschen Genoss*innen beobachtet, teilt ihre Eindrücke: »Bei den deutschen Genoss*innen fällt auf, dass sie oft das Negative im Vordergrund sehen, statt mit Freude und Begeisterung Aufgaben anzugehen. Oft sind sie nicht in der Lage, offen auf Freund*innen aus anderen Ländern zuzugehen. Sie suchen das Trennende, nicht das Verbindende.« Einem anderen Genossen fällt auf: »Die Geschichte revolutionärer Bewegungen in Deutschland ist so reich, doch die Freund*innen, die kommen, wissen oft nur sehr sehr wenig über das große Erbe, das sie tragen. Sie müssen auch lernen, mit mehr Selbstbewusstsein über diese Geschichte zu sprechen. Die Aufstände der Bäuer*innen gegen Kirche und Feudalismus, die Geschichte der Selbstorganisierung von Frauen wie der Beginen, die Arbeiter*innen-Bewegung und auch der starke Internationalismus, der immer eine wichtige Rolle gespielt hat.« Die Vielzahl von Internationalist*innen aus Deutschland hat natürlich auch eine Basis in den langjährigen Arbeiten der kurdischen Bewegung in Deutschland. Doch zunehmend wächst ebenso das Interesse in anderen Ländern.

Immer noch ist es für die internationalistischen Arbeiten ein großes Problem, dass die Wege monatelang nicht offen sind, da die umliegenden Staaten alles versuchen, die Ein- und Ausreise nach und aus Rojava zu behindern. Das Warten und die Unklarheit, wann es wieder möglich ist zu kommen oder zu gehen, war schon für viele eine schwere Probe. »Dieses Abhängigsein von äußeren Umständen sind viele von uns Internationalist*innen nicht gewöhnt«, sagt Heval Sabrî. Damit umzugehen, zu lernen, den Ärger, die Sorgen und auch die Ängste mit den anderen Freund*innen zu teilen und sich nicht in seiner Moral davon zu stark beeinträchtigen zu lassen, das ist schon fast eine Bildung für sich.“

Bildet 1, 2, 3 Rojavas – Presse- und Medienarbeit

Von Anfang an hat die Kommune viel Wert auf Öffentlichkeitsarbeit gelegt und hat inzwischen weltweit Kontakte geknüpft. An den globalen Aktionstagen zur Verteidigung der Revolution in Rojava am 27. und 28. Januar 2019, den die Kommune initiierte, beteiligten sich Menschen aus aller Welt mit Solidaritätsaktionen. Mit den Berichten der Kommune aus Efrîn vom gesellschaftlichen Widerstand gegen die türkische Besatzung und dem Versuch, die internationale Solidaritätsarbeit besser zu koordinieren, ist sie zu einem wichtigen Referenzpunkt für die lokalen Soli-Strukturen geworden. »Gerade als der Krieg in Efrîn begann, war es oft schwierig, eine gute Balance zwischen den Aufbauarbeiten der Kommune und der Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit des internationalen Widerstands für Efrîn zu finden«, erinnert sich Heval Sabrî an diese Zeit, die nun ein Jahr her ist.

An den Widerstand in Efrîn erinnert auch der Name der Internationalistischen Akademie. Die Freund*innen der Kommune haben sie nach Şehîd Helîn Qerecox benannt, einer Internationalistin aus England, die am 15. März 2018 in Efrîn gefallen ist. »Sie war auch oft in der Kommune und wir haben viel diskutiert. Sie hatte immer großes Interesse an deren Arbeiten und hat uns geholfen, oft geholfen«, erzählt Heval Sabrî.

Alltag in der Kommune

Die Schönheit der Umgebung der Internationalistischen Kommune wirkt sich auch auf die Stimmung hier aus. Das satte Grün der Umgebung, die schneebedeckten Cudî-Berge bilden eine einzigartige Kulisse für diesen Ort der Begegnung von Revolutionär*innen aus aller Welt. Viele Arbeiten finden draußen im Freien statt. Der Garten wird gemacht, Stecklinge werden gesetzt, Bäume gepflanzt. Aber auch Volleyball wird gespielt, oder Feuer gemacht. Und immer mehr Internationalist*innen kommen gerade in die Kommune, in Kürze soll eine weitere Bildung beginnen. Gerade wird der Alltag von Neuem aufgebaut, nachdem auch die Internationalist*innen, wie ganz Rojava, aufgrund der Kriegsdrohungen von Erdoğan im Dezember im Ausnahmezustand sind.

In der Kommune leben Männer und Frauen in getrennten Häusern. Gemeinsam genutzt werden die Pressestelle und die Küche, an die auch die Akademie angegliedert ist. Nachts wird abwechselnd Wache gehalten. Der Morgen beginnt im Winter um sieben, im Sommer schon um fünf. Es wird gemeinsam geputzt, danach gefrühstückt. Im Anschluss findet die Planung für den Tag statt. Alle werden in anstehende Arbeiten eingeteilt. Jeden Tag bereitet eine andere Person alle Mahlzeiten zu und ist auch für die Versorgung von Gästen mit Tee verantwortlich. Bis Mittag wird gearbeitet, nachmittags finden Kurdischunterricht und wenn nötig weitere Arbeitsschichten statt.

Stimmen von Internationalist*innen

Viyan und Arîn sind vor knapp einem Monat aus England angekommen. Beide, wie auch ein weiterer Genosse, Heval Gelhat, waren eng mit Şehîd Helîn Qerecox befreundet. Heval Viyan ist ausgebildete Gärtnerin. Das passte gut, die Kommune war speziell auch auf der Suche nach Genoss*innen, die Erfahrungen im ökologischen Landbau haben.

»Ich bin gekommen, um Rojava kennenzulernen; in England noch Hoffnung zu haben, war nicht leicht. Zehn Jahre lang war ich Teil einer Bewegung, die sich nicht mehr wie eine Bewegung anfühlte«, so Heval Viyan. »Ich möchte diese Hoffnung auch nach England zurücktragen. Şehîd Helîn hatte ich 2011 bei Protesten gegen die Räumung eines Platzes von irischen Fahrenden kennengelernt. Sie ist es, die mich zur kurdischen Bewegung gebracht hat. Ich wollte wissen, wofür sie ihr Leben gegeben hat.«

Auch für Heval Arîn war Şehîd Helîn eine gute Freundin. Vor einem Jahr bekam sie auf einem Treffen des Kurdistan-Solidaritäts-Netzwerkes in Brighton mehr Kontakt zur Bewegung. »Helîn hat mir immer gesagt ›Du musst kommen‹. Sie wäre eine so gute Botschafterin für Rojava gewesen und wir müssen ihre Arbeit nun fortführen, das Wissen zurückbringen. Es reicht nicht aus, einem Faschisten ins Gesicht zu schlagen, dann bleibt er ein Faschist. Wir müssen uns vielmehr fragen, warum diese Leute rechts geworden sind. Wir müssen eine Alternative schaffen, das ist die Aufgabe der Linken. Und ich denke, diese Alternative finden wir hier.« Auf die Frage, wie es ihr hier geht, sagt Heval Arîn, dass sie in ihrem Leben viel mit sich selbst ausgemacht habe und es ihr schwerfalle, rund um die Uhr eingebunden zu sein, nicht einfach sagen zu können »Jetzt lese ich ein Buch oder sehe einen Film«. Sehr gut finde sie, dass auch ruhigere Menschen hier Leitungsaufgaben bekämen und sich so auch persönlich entwickeln könnten.


A. Flach

Heval Adar und Heval Rêber kommen mit einem weiteren Genossen aus einem Efrîn-Widerstandskomitee in Deutschland. Beide haben hier am Anfang auch körperlich sehr hart gearbeitet, und das teilweise bei 45 Grad im Schatten. Adar war schon zuvor in Bakur und in Mexmûr auf einer Bildungsdelegation. 2015 mit dem Widerstand von Kobanê hatte sie Kontakt zur kurdischen Bewegung gesucht. Nach der Bildung gab sie Englischunterricht in der Kleinstadt Dêrik und nahm an einer weiteren Bildung der autonomen Frauenstruktur teil.

»Der Prozess, den ich hier in Rojava durchgemacht habe, ist sehr viel tiefgehender, als ich erwartete. Die Fragen, wo komme ich her, was bedeutet es, eine Frau zu sein, haben mich sehr beschäftigt. Ich hatte noch nie so eine intensive Bildung. Die vier Monate in der Frauenbewegung waren eine ganz neue und gute Erfahrung, ein sehr intensiver Persönlichkeitsprozess. Auf jeden Fall sehe ich autonome Frauenstrukturen für die Zukunft als Notwendigkeit an. Die Frauenbewegung in Deutschland erschien mir sehr dogmatisch und das Bild der Frauen dort eher abschreckend. Nach meiner Zeit in den Frauenstrukturen hat es mich aber auch sehr gefreut, wieder in die Kommune zurückzukommen. Mir war zunächst gar nicht bewusst, wie jung die Kommune noch ist. Ich sehe hier eine sehr gute Entwicklung. Bei kleinen Kindern sieht man am ehesten, wie sie wachsen.«

Heval Rêber hat viel Zeit in der Kommune verbracht und auch Verantwortung für den Aufbau mitgetragen. »Die Bildung in der Kommune hat uns einen sehr guten Überblick verschafft. Während der Ausnahmesituation aufgrund der Kriegsdrohungen der Türkei war ich dann in Qamişlo in der Jugendarbeit. In der Arbeit in der Gesellschaft hatte ich die Möglichkeit, besser Kurdisch zu lernen.« Auf die Frage hin, was er sich für die Kämpfe in seinem Land vorstelle, sagt er: »Ich denke, wir müssen eine Langzeitperspektive gewinnen und Verantwortung für die Aufbauprozesse im eigenen Land übernehmen, Räume wie hier schaffen, in denen man gezwungen ist, sich auseinanderzusetzen – mit sich selbst und seinen Genoss*innen.«

Zur Geschlechtertrennung hier in der Kommune und dem Fakt, dass Liebesbeziehungen hier ausgeschlossen sind, sagt er, das sei ganz gut, denn so werde wirklich genossenschaftliche Liebe entwickelt, denn eine bestimmte Grenze werde nicht überschritten. ♦

Die Rolle von RAWA in Afghanistan beim Kampf für eine freie Gesellschaft

… nur durch den organisierten Kampf bewusster Frauen erreichbar

Samia Walid, Aktivistin von RAWA, im Gespräch mit CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden

Kannst du uns etwas über die Geschichte und Mission von RAWA erzählen? Über die Bedingungen für afghanische Frauen zur Zeit der Gründung eurer Organisation? Was ist eure Rolle in der Gesellschaft? Wie organisiert ihr euch?

Die Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan – RAWA), ist die älteste Frauenorganisation in Afghanistan, die für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Säkularismus kämpft. In jungem Alter bildete Meena Keshwar Kamal, die Gründerin von RAWA, diese Gruppe mithilfe anderer Universitätsstudentinnen 1977 in Kabul. 1987 wurde Meena im pakistanischen Quetta von Agenten der afghanischen Geheimpolizei KHAD (der Afghanistan-Abteilung des sowjetischen Geheimdienstes KGB) mithilfe einer blutrünstigen fundamentalistischen Bande Gulbuddin Hekmatyars ermordet, eines Warlords und ehemaligen Premierministers. Sie war erst dreißig Jahre alt. Was RAWA von anderen Vereinen unterscheidet, ist die Tatsache, dass wir eine politische Organisation sind. Als RAWA gegründet wurde, wurde Afghanistan von der prosowjetischen Satellitenregierung und später durch die russische Invasion unterdrückt. Meena war bewusst, dass der Kampf für Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit nicht vom Kampf für Frauenrechte getrennt werden kann. Seit Meenas Märtyrertod kämpft RAWA bis heute gegen afghanische islamische Fundamentalisten und deren internationale Unterstützer.

RAWA arbeitet in den meisten Teilen Afghanistans noch immer heimlich und trifft dabei auf enorme Schwierigkeiten. Die dschihadistischen Anführer, Kriegsherren mit einer blutigen Vergangenheit voller schrecklicher Verbrechen, haben die Kontrolle über die momentane Regierung und über das Parlament, und sie haben ihre separaten Königreiche in den verschiedenen Teilen Afghanistans. Abdullah Abdullah, Regierungschef von Afghanistan, ist einer der dschihadistischen Führer, die der kriminellen Gang der Shura-e Nazar (Kontrollrat des Nordens) angehören. Dies schafft eine gefährliche Situation für uns, da diese feindseligen Banditen vor nichts zurückscheuen, um unsere Arbeit zu behindern und uns zu schaden. In anderen Teilen Afghanistans, in denen die Taliban an der Macht sind, ist RAWA mit derselben Unterdrückung konfrontiert. Alle unsere Mitglieder benutzen Pseudonyme zum Schutz und wir können mit unserer Arbeit nie an die Öffentlichkeit. Trotz dieser Hürden ist es für uns noch immer möglich, unsere politischen Aktivitäten in den meisten Teilen des Landes fortzusetzen, weil wir Kontakt zu Einheimischen haben und deren Hass gegen diese Verbrecher sich in Unterstützung für uns verwandelt.

Unsere politischen Aktivitäten umfassen die Veröffentlichung von Magazinen und Artikeln sowie die Mobilisierung von Frauen, damit sie Bewusstsein erlangen und sich unserem Widerstand anschließen. Wir sammeln und dokumentieren Informationen über die Morde, Vergewaltigungen, Plünderungen, Erpressungen und anderen Straftaten dieser Warlords in entfernten Teilen Afghanistans. Wir bieten Frauen Bildung (nicht nur Lesen und Schreiben, sondern auch soziales und politisches Bewusstsein über ihre Rechte und wie sie zu erlangen sind), erste Hilfe, den Aufbau von Waisenhäusern und gesundheitsbezogene Aktivitäten an.

Wie analysiert ihr das Patriarchat? Inwiefern ist es verbunden mit Staat, Imperialismus und Kapitalismus?

Das Patriarchat wird ständig von reaktionären feudalen, kapitalistischen und imperialistischen Regierungen überall auf der Welt unterstützt und genährt, hauptsächlich um die Rolle der Frau in der Gesellschaft und vor allem in der Politik auszulöschen. Regierungen jeglicher Art, und insbesondere feudale Regierungen wie Afghanistan, die an imperialistische Kolonisatoren geknüpft sind, sehen die Stärke und das Bewusstsein von Frauen als eine ernsthafte Bedrohung ihrer Macht und haben verschiedene Mittel benutzt, um deren Wachstum und Bewusstsein zu behindern. Solche Regierungen sind von Natur aus menschenfeindlich und können sich nur durch die Unterdrückung der Massen und von deren Kämpfen behaupten. Die Unterdrückung von Frauen ist ihr primäres Ziel. Indem

sie feudalen Sexismus und feudale Kultur stärken, verweigern sie Frauen all ihre Rechte und behindern somit die Hälfte der Gesellschaft, um sicherzugehen, dass kein Kampf und kein Widerstand geleistet werden können. Diese Regierungen unternehmen nie Schritte zur Emanzipation der Frau. Im Gegenteil ziehen sie die Ketten um Frauen enger. Heute ist die Situation afghanischer Frauen gefährlicher als je zuvor. Die USA marschierten unter dem Vorwand der »Frauenrechte« in Afghanistan ein, doch das Einzige, was es den Frauen in den letzten achtzehn Jahren gebracht hat, war Gewalt, Mord, sexualisierte Gewalt, Suizid, Selbstverbrennung und anderes Unglück. Die USA haben die teuflischsten Feinde der afghanischen Frauen an die Macht gebracht, die islamischen Fundamentalisten, und begingen einen unverzeihlichen Verrat an unseren leidenden Frauen. Das ist seit vier Jahrzehnten ihre Taktik. Indem sie Dschihadisten, die Taliban und den IS nährten, die alle islamisch-fundamentalistische Elemente sind und nicht einfach mörderische Kriminelle – und zudem Sexisten –, haben die USA unsere Frauen praktisch unterdrückt.

Inwiefern verbindet ihr Frauenbefreiung mit dem Widerstand gegen Besatzung?

Wir sehen die Befreiung afghanischer Frauen in ihrer Befreiung von imperialistischen Kolonialisten, islamischen Fundamentalisten und der Marionettenregierung. Die Freiheit von Frauen ist direkt verbunden mit dem Widerstand und dem revolutionären Kampf der Frauen gegen den Hauptgrund ihres Leids und ihres Unglücks, nämlich die Besatzer und ihre einheimischen Lakaien. Wir glauben, dass Fundamentalisten und mörderische, korrupte Gruppen, die sich an Morden, Plünderungen und anderen Verbrechen beteiligen, keine Quelle der Unterstützung außer von ausländischen Mächten haben, ohne die sie nicht einen einzigen Tag überleben könnten. Indem wir das politische Bewusstsein von Frauen stärken und indem wir diese Leute als die Wurzel unseres Unglücks offenbaren, wollen wir Frauen in einem stabilen Kampf gegen jene organisieren, die ebenso schnell, wie sie von ihren fremden Meistern geschaffen wurden, wieder zerstört werden.

Die Rechte afghanischer Frauen wurden vor allem von den USA instrumentalisiert, um die Invasion Afghanistans zu rechtfertigen und zu legitimieren. Inwiefern erschweren solche Narrative euren Frauenaktivismus an der Basis?

Die USA sind Meister darin, die revolutionären und politischen Kämpfe der Völker, vor allem der Frauen, abzulenken. Außer dass sie die frauenfeindlichsten Glieder von Afghanistan unterstützen und sicherstellen, dass diese unantastbar bleiben, haben sie in den vergangenen achtzehn Jahren einen Strom gebildeter Frauen in die Regierung und andere Institutionen, in NGOs, in die Zivilgesellschaft und in Frauennetzwerke bewirkt. Das hat eine duale Funktion. Zum einen werden Frauen benutzt, um über die reale Situation afghanischer Frauen hinwegzutäuschen, und sie werden als Errungenschaft in ihrem Krieg präsentiert. Zweitens stellen sie dadurch, dass sie solche gebildeten Frauen auf ihre Seite ziehen, sicher, dass diese sich nicht dem revolutionären Kampf anschließen, und berauben die Frauenbewegung somit wertvoller Personen. Kürzlich traf sich eine Gruppe verräterischer, machthungriger Frauen vom »Women's Network« mit Gulbuddin Hekmatyar als die »Repräsentantinnen« afghanischer Frauen. Gulbuddin ist einer der blutrünstigsten sexistischen Kriminellen und bekannt dafür, dass er in seiner Jugend Säure in die Gesichter von Frauen schüttete. Dennoch trafen diese Frauen ihn – für Ruhm, Macht und Geld, um seine sexistische Islamistische Partei reinzuwaschen. Frauen wie Fawzia Koofi, Habiba Sarabi, Sima Samar und andere sitzen im Gegenzug für Geld und Macht regelmäßig mit Dschihadisten und Taliban-Kriminellen zusammen, wobei sie sich hinterhältigerweise als die Vertreterinnen der unterdrückten Frauen Afghanistans ausgeben. Diese Frauen ignorieren die Auspeitschungen und Steinigungen von Frauen durch die Taliban und verweisen auf ihre »tollen« Programme für Frauen, die sich der Regierung anschließen! Diese Frauen stehen neben den herrschenden Mächten als Verräterinnen unseren leidenden Frauen gegenüber und haben keine Verbindungen oder Sympathien für Frauen Afghanistans.

Warum beschloss RAWA, in Afghanistan und in der Region zu bleiben, anstatt die Aktivitäten nach Europa oder in westliche Länder zu verlagern? Was haltet ihr von der zunehmenden »NGOisierung« in Afghanistan und anderen Ländern des globalen Südens, die von westlichen Institutionen gesponsert wird?

RAWA glaubt, sich nur mit dem Rückhalt der Massen in eine starke Bewegung verwandeln zu können, und das schaffen wir dadurch, dass wir in Afghanistan bleiben und arbeiten, auch wenn die Situation der Hölle gleicht. Menschen vertrauen nur solchen revolutionären Organisationen, die ihnen aktiv in ihrem Land und in der Praxis zur Seite stehen. Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass Organisationen, die ihre Wurzeln in Afghanistan gekappt haben und nach Europa und in andere Länder gezogen sind, auf schändliche Art zerfallen sind. Einer der Gründe dafür, dass RAWA so lange überlebt hat und ihren Widerstand fortsetzt, ist unsere Entscheidung, trotz der blutigen Situation in Afghanistan zu bleiben.

NGOs machen einen erheblichen Teil von dem aus, was dem Imperialismus in unserem Land Rückhalt gibt. »NGO-



Protestmarsch von RAWA gegen die Taliban 1998 in Peschawar. Foto: Wikipedia

isierung«, so glauben wir, ist fast genauso gefährlich wie die Bildung der Marionettenregierung in Afghanistan. NGOs, die in Afghanistan gegründet werden, kommen fast ausschließlich nur durch die finanzielle Unterstützung der USA und anderer westlicher Mächte zustande. Sie sind eine Brutstätte für die Rekrutierung von Jugendlichen, um die künftige Marionettenregierung zu bilden, die als moderne, demokratische Regierung erscheinen mag, deren Gehirne aber so gewaschen sind, dass sie noch loyalere Lakaien dieser Mächte abgeben. NGOs werden zudem benutzt, um jegliche Heimatliebe und jeglichen revolutionären Kampf aus den Köpfen unserer Jugend zu saugen, indem man ihnen ein hohes Gehalt und ein Leben im Ausland bietet. Es ist weithin bekannt, dass keine dieser NGOs den Menschen und Frauen dient, sondern bloß Parolen wie »Wiederaufbau« und »humanitäre Hilfe« ruft, um ihre eigentliche Funktion zu verdecken.

Über Jahrzehnte hinweg wurde Afghanistan von imperialistischen Mächten invadiert, geplündert, angegriffen und schwer beschädigt. Das betraf Frauen besonders. Obwohl RAWA zahlreiche Kampagnen geführt hat, um die systematische sexuelle Gewalt der Taliban der Gerechtigkeit zuzuführen, sehen wir, dass mit Unterstützung der USA viele sexistische, korrupte Personen in hohe politische Positionen aufgestiegen sind. Wie analysiert ihr sexuelle Gewalt im Krieg? Wie und mit wessen Hilfe wurde sexuelle Gewalt als Kriegsmittel in Afghanistan benutzt? Wie sieht Gerechtigkeit für afghanische Frauen aus eurer Perspektive aus?

Wie in fast jedem Konflikt in der Geschichte sind auch in Afghanistan Frauen und Kinder die Hauptziele bei kriegerischen Auseinandersetzungen. Sie sind die angreifbarsten Ziele fundamentalistischer Gruppen, die unsere Nation schon seit fast drei Jahrzehnten verwüsten. Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt wurden geläufig, nachdem die Dschihadisten – kreiert, genährt und unterstützt von den USA, Saudi-Arabien und Pakistan – nach der Niederlage der Sowjets 1992 an die Macht gekommen waren. Die ethnisch unterschiedlichen Gruppierungen dschihadistischer Warlords, angeführt von Gulbuddin Hekmatyar, Burhanuddin Rabbani, Abdul Rab Rasul Sayyaf, Karim Khalili, Ahmad Schah Masud und Abdul Raschid Dostum, plünderten und vergewaltigten die Menschen von Kabul, von Tür zu Tür. Frauen wurden verschleppt und in Kellern und leeren Gebäuden festgehalten, wiederholt vergewaltigt und gefoltert. Die meisten wurden anschließend umgebracht; ihre verstümmelten Körper wurden später gefunden, nachdem diese Banden gewisse Gebiete verlassen hatten. Die Berichte dieser Frauen sind alptraumhafte Horrorgeschichten.

Gerechtigkeit für Frauen kann nur mit der kompletten Abschaffung der momentanen Regierung, bestehend aus islamistischen Fundamentalisten und anderen US-nahen Verrätern, zustande kommen. Die Anführer der islamisch-fundamentalistischen Parteien, die in Kriegsverbrechen vor allem gegen Frauen involviert waren, müssen verklagt und bestraft werden.

Erst wenn unsere Frauen das erreichen, können wir von Gerechtigkeit sprechen.

In von Kriegen betroffenen Ländern werden Frauen oft als Opfer dargestellt und im Krieg wie im Frieden zum Schweigen gebracht. Es scheint, als würden ihr Wille und ihre politischen Forderungen in allen Phasen des Konflikts hintangestellt werden, sogar bei Friedensarbeiten. In seltenen Situationen werden Frauen auf symbolische Art und Weise als weinende, hilflose Opfer essentialisiert, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sprechen. Welche Rolle spielen afghanische Frauen für Frieden und Gerechtigkeit?

Für afghanische Frauen kann Frieden nur durch Gerechtigkeit erreicht werden und Gerechtigkeit nur durch die Befreiung Afghanistans von ausländischer Besatzung und islamischem Fundamentalismus. Die Entfernung dieser Verräter und Mörder aus Machtpositionen und ihre Bestrafung bedeuten Gerechtigkeit für die Frauen, die Frieden, Wohlstand und wahre Demokratie suchen. Das wiederum ist nur durch den organisierten Kampf bewusster Frauen erreichbar.

Die Friedensgespräche, die zwischen den USA, den Taliban und einigen bekannten afghanischen Persönlichkeiten, inklusive Frauen, stattfinden, sind Salz auf die Wunden von uns Frauen. Diese schwindlerischen Frauen, die behaupten, dass sie Frauen repräsentieren, sind deren größten Feinde, denn sie verhandeln mit den größten Frauenfeinden, um ihnen noch mehr Geld und Macht zuzuschustern, als sie schon haben.

Was ist eure Vorstellung von der Gesellschaft, für die ihr kämpft? Wie sehen eure Bemühungen aus, eure Utopien im Hier und Jetzt umzusetzen?

Wir kämpfen für eine unabhängige freie und demokratische Gesellschaft, basierend auf sozialer Gerechtigkeit, in der Frauen und Männer in jeder Hinsicht gleichberechtigt sind. Das ist ein sehr langer und schwieriger Weg. Es erfordert wichtige Aufgaben, Frauen in einer großen Bewegung mobilisieren und organisieren zu können. Doch wir glauben nicht, dass wir eine andere Möglichkeit haben, um diese Werte verteidigen und erreichen zu können.

Was bedeutet die Freiheit der Frau für eure Bewegung?

Die Freiheit der Frau bedeutet für uns die Teilnahme in jedem gesellschaftlichen Bereich, basierend auf Unabhängigkeit, Demokratie, Säkularismus und sozialer Gerechtigkeit. Diese Freiheit und Gleichberechtigung sind direkt mit Politik und Gesellschaft verbunden. Nur eine Gesellschaft frei von Besatzung und dem fundamentalistisch-misogynen Virus, in der Demokratie und soziale Gerechtigkeit realisiert werden können, kann die Ketten der Gewalt gegen Frauen brechen und der kompletten Freiheit und den Rechten der Frau entgegenkommen.

Als kurdische Frauenbewegung wissen wir, dass RAWA den Internationalismus als einen wichtigen Aspekt des Widerstandes und der Befreiung betrachtet. Frauen in Afghanistan sind oft auf die Straßen gegangen, um die Frauenrevolution in Rojava zu verteidigen. Was denkt ihr über den Frauenkampf in Rojava und allgemein in Kurdistan? Was können wir voneinander lernen?

Der Kampf und die Opfer der Löwinnen Kurdistans sind für uns eine Quelle der Inspiration und Kraft. Ihr Kampf gegen den IS und andere mittelalterliche Kriminelle hat uns viel gelehrt. Wir wissen, dass keine Kraft der Welt, auch nicht der IS und die internationalen Supermächte und Regionalstaaten, die ihn unterstützen, dem wahren Widerstand der Massen standhalten kann. Zum millionsten Mal sehen wir, dass kein Kampf ohne die Teilnahme von Frauen erfolgreich sein kann. Wir verstehen die Opfer, die wir leisten müssen, um an unsere Traumgesellschaft zu kommen. Wenn wir den Namen des IS in Afghanistan hören, assoziieren wir ihn sofort mit den resoluten und mutigen Frauen Kurdistans und nicht mit dem Terror, den er in unserer Heimat wüten lässt. Wir glauben, dass er bekämpft werden kann und dass er keine Chance gegen eine aufrichtige Frauenbewegung hat. Während wir selbstverständlich von diesen Dingen überzeugt sind, da wir selbst diesen Weg eingeschlagen haben, ist dieser Kampf ein lebendiges Zeichen für unsere Vorstellungen.

In Anbetracht der globalen Frauenfreiheitskämpfe – was ist der Weg in die Zukunft, damit wir gemeinsame Kämpfe gegen das Patriarchat und andere Systeme der Gewalt und Unterdrückung führen können?

RAWA empfindet internationale Solidarität mit unabhängigkeitssuchenden, freiheitsliebenden, demokratischen und progressiven Organisationen und Parteien als lebenswichtiger Teil unseres internen Kampfes. Unser Widerstand strömt mit dem Kampf des kurdischen Volkes zusammen, da die meisten unserer Feinde ähnlicher Natur sind. Wir kämpfen gegen Imperialismus und seine fundamentalistischen Söldner. In diesem Punkt müssen wir untereinander unsere Erfahrungen und Lehren austauschen, damit wir stärker durch diesen mühsamen Kampf gehen können. ♦

»Commander Arian«: Film, um die oberflächliche Berichterstattung zu unterlaufen

Eine wichtige politische Lehre, was moralische und ethische Werte angeht

Alba, Filmemacherin aus Barcelona, im Gespräch mit Anja Flach und Sophia Angeli

Im Juli dieses Jahres wurde im Rahmen der Hamburger »Filmnächte am Millerntor« in Anwesenheit der Regisseurin Alba Sotorra aus Barcelona der Film »Commander Arian« gezeigt. Über 150 Besucher nahmen an der Filmvorführung im Stadion des FC St. Pauli teil. Anja Flach und Sophia Angeli sprachen mit der Filmemacherin.



A. Bender

Könntest du dich kurz vorstellen?

Mein Name ist Alba, was auf Kurdisch »Morgendämmerung« bedeutet, und ich komme aus Barcelona und produziere Dokumentarfilme.

Wie kamst du dazu, den Film »Commander Arian« zu drehen?

Im Jahr 2014 lebte ich in Berlin und verfolgte die Meldungen aus Rojava, die Aufregung und Hoffnung in mir auslösten. Ich war beeindruckt und fasziniert, was dort vor sich ging. Als der Widerstand in Kobanê begann, war ich überwältigt von der Rolle der Frauen, besonders der YPJ *[Frauenverteidigungseinheiten]*, die sie im Kampf spielten. Als Dokumentarfilmerin fühlte ich mich verpflichtet, dort hinzugehen, um festzuhalten, was dort vor sich ging – auf eine tiefere Art dies festzuhalten, da ich das Gefühl hatte, dass in den Mainstreammedien die Ereignisse in Kobanê nur oberflächlich dargestellt wurden. Oftmals wurden nur Bilder von wunderschönen Frauen mit Waffen gezeigt. Es war nicht möglich, in den Mainstreammedien zu lesen, was hinter diesem Kampf steckte und welche Opfer dieser Freiheitskampf forderte. So habe ich mich, ohne groß nachzudenken, entschlossen, dort hinzugehen. Als Erstes ging ich im Januar 2015 nach Suruç *[kurd.: Pirsûs]*, aber es war mir nicht möglich, nach Kobanê hineinzukommen. Nochmals versuchte ich es Ende Februar, Anfang März gemeinsam mit Freunden, die in Suruç auf mich warteten, und diesmal war es mir möglich, nach Kobanê zu gelangen. Das war ein großes Abenteuer.

Wie kamst du schlussendlich mit Arian in Kontakt?

Auf diese Frage erkläre ich immer, wie mein erster Tag in Kobanê war: Zu der Zeit stand Kobanê noch unter Belagerung, der Islamische Staat war nur drei Kilometer entfernt. Ich wusste am Anfang nicht mal, wie man von Suruç überhaupt nach Kobanê gelangt. Ich wusste nur, wir gehen in der Nacht und illegal, um von der türkischen Polizei und Armee nicht gesehen zu werden. Aber ich hatte keine Idee, dass die Überquerung der Grenze mit einschloss, zu rennen und sich zu verstecken. Weil ich keine Ahnung hatte, war ich nicht eingeschüchtert, nicht verängstigt und nicht gestresst. Ich war einfach entspannt und

als es losging, hatte ich keine Zeit, um gestresst zu werden, sondern ich musste einfach losrennen. Tatsächlich musste ich über mich selbst lachen, nicht weil ich nervös war, sondern nur, wie unvorbereitet ich war: Ohne passende Schuhe und Kleidung, ohne irgendeine große Vorbereitung, musste ich plötzlich durch die Felder – durch die Minenfelder – rennen. Es war immer noch Nacht, als wir in Kobanê ankamen, und kamen bei einer Familie unter – was sehr schön und gemütlich war. Dort schlief ich ein. Nach nur drei, vier Stunden wachte ich auf, da der Tag angebrochen war, und als ich aus dem Haus hinausging und Kobanê sah, musste ich anfangen zu weinen. Es war so zerstört, niemals habe ich so etwas gesehen. So verstand ich, welche unglaubliche Zerstörungskraft Krieg hat. Es fühlte sich an, als läge ein Stein auf meinem Brustkorb, und es dauerte eine Weile, bis ich den Anblick ertragen konnte. Am nächsten Tag – den ersten Tag lief ich nur durch die Stadt, traf Menschen wie Reporter und Einheimische – ging ich zum Hauptquartier der YPJ in Kobanê. Ich stellte mich vor und berichtete von meiner Filmidee. Diese Idee wurde direkt von Heval Têkoşîn aufgenommen, die zu der Zeit für die Kontakte nach außen, wie mit der ausländischen Presse, verantwortlich war. Die Freundin verstand, dass ich nicht eine Journalistin war, sondern eine Filmemacherin und dass ich mit einer Einheit der YPJ für eine Zeit zusammenleben wollte. Normalerweise folge ich, wenn ich Filme drehe, einem oder zwei Charakteren und stelle deren persönliche Geschichte dar. Ich denke, es ist wichtig, insbesondere wenn man von weither kommt, mit einer Person eine emotionale Verbindung einzugehen. Denn erst durch die Empathie ist es möglich, dem anderen nicht nur auf einer intellektuellen, sondern auf einer emotionalen Ebene zu begegnen. Heval Têkoşîn stellte mir eine Menge Frauen in den YPJ vor und ich war an vielen Kriegsfronten, so dass ich verschiedene Gruppen treffen konnte. Zu der Zeit traf ich das erste Mal Arian und wir mochten uns auf Anhieb, ich wusste aber noch nicht, dass der Film von ihr handeln würde. Ich ging zu vielen verschiedenen Orten, dieser Prozess dauerte insgesamt einen Monat. Erst als ich Arian das zweite Mal traf und mit ihr zur Ostfront geschickt wurde – wo gegen den IS gekämpft wurde –, blieben wir zusammen.

Wovon handelt der Film?

Der Film handelt davon, was es bedeutet, als Frau in Rojava zu kämpfen, insbesondere gegen einen Feind wie den IS. Er handelt auch vom Leben im Krieg und den Ideen dieses Kampfes.

War es für dich gefährlich an der Frontlinie?

Ich fühlte mich neben Arian sehr sicher.

Wie geht es Arian heute?

Arian ist glücklich, da sie sehr hart arbeitet. Sie arbeitet im Camp in Şehba und manchmal in Aleppo.

Wie ist ihre gesundheitliche Situation?

Sie wurde fünfmal angeschossen. Eine Kugel durchschlug den Bauch, so dass ihre Eingeweide beschädigt wurden. Eine andere Kugel traf ihren Arm, den sie nie wieder wie früher benutzen können wird, eine andere Kugel ihre Brust. Heute geht es ihr wieder viel besser, sie ist so weit erholt, dass sie wieder problemlos arbeiten kann. Das letzte Mal, als wir uns sahen, haben wir sogar gemeinsam getanzt.

Also arbeitet Arian aktuell in Şehba?

Ja, sie arbeitet dort aktuell als Medizinerin.

Wo hast du den Film das erste Mal gezeigt?

Die Premiere des Films war in Toronto. Es war beeindruckend, ihn auf einem so großen Filmfestival vor so vielen Zuschauern zu zeigen. Nach Toronto ging ich einige Tage früher, um mich mit der lokalen kurdischen Gemeinschaft zu vernetzen. Ich habe sie eingeladen, zum Film zu kommen, und sehr viele kamen. Es war wunderschön, diesen ersten Moment – die Filmpremiere – mit den Kurden zu teilen. Sie haben während der Vorstellung geweint und für mich, wenn dein eigener Film das erste Mal gezeigt wird, war es so aufregend – ich wollte, dass die Erde mich verschlingt –, aber diese Anerkennung von den Kurden war für mich das Wichtigste. Dass sie fühlten, dass sie der Film repräsentierte, und das fühlte sich sehr gut an. In Spanien wurde der Film ebenfalls auf einem wichtigen Filmfestival gezeigt und danach über vier Monate lang in Kinos, was für einen Dokumentarfilm sehr lange ist. Und Menschen haben den Film geliebt. In Spanien haben die Menschen sehr wenig Informationen über diesen Kampf, für viele war es komplett neu. So wollten viele mehr darüber erfahren und haben sich gegenseitig davon berichtet. So wurde der Film durch Mundpropaganda sehr bekannt. Für vier Monate wurde der Film in Madrid und Barcelona gezeigt und in anderen Städten wenige Tage.

Kannst du uns etwas über dein nächstes Projekt sagen? Du hast ein weiteres Projekt in Rojava?



Alba Sotorra bei den Aufnahmen zum Film »Commander Arian«. Foto: albasotorra.com

Ich war im April dieses Jahres in Rojava. Es war eine sehr spannende Zeit, da gerade der IS besiegt worden war. Nun gibt es aber eine neue Ebene des Kampfes, die genauso herausfordernd ist wie der Kampf davor. Was soll nun mit den tausenden Mitgliedern des IS in den Haftlagern passieren? Persönlich bin ich sehr besorgt, wie die Presse über IS-Mitglieder aus dem Westen berichtet, insbesondere über die Frauen. Die Art der Berichterstattung ist verantwortungslos, da Frauen interviewt und porträtiert worden sind, die gerade traumatisiert aus Baghuz geflohen waren. Nach Monaten unter Bombenangriffen, versteckt in Tunneln, konnte nur ein verzerrtes Bild von ihnen gezeigt werden. Im Westen werden diese Bilder vom rechtspopulistischen Flügel benutzt, um Fremdenangst zu erzeugen und die Grenzen zu schließen und um dazu aufzurufen, dass unsere Menschen (die Europäer) vor diesen muslimischen Terroristen beschützt werden müssen. So will ich die ehemaligen Mitglieder des IS tiefer, reflektierter und nicht so oberflächlich darstellen. Für mich war es eine wichtige politische Lehre, was moralische und ethische Werte angeht, wie Rojava dieses Problem handhabt, während gleichzeitig westliche Regierungen dazu nicht fähig sind. Westliche Regierungen sind so verängstigt, dass sie ihre Staatsangehörigen, die sich dem IS anschlossen, nicht zurücknehmen und sie einfach dort lassen. So kümmert sich die Verwaltung in Rojava nicht nur um die Sicherheit dieser IS-Frauen, sondern gibt ihnen auch eine zweite Chance. Diese Haltung ist sehr humanistisch, sehr revolutionär – mit seinem größten Feind, der für die Zerstörung deiner Städte und die Ermordung deiner Freunde verantwortlich ist, zu kommunizieren und die Hand zu reichen. Denn gemeinsam miteinander zu sprechen und es zu versuchen ist die einzige Möglichkeit, eine friedliche Lösung zu finden und Harmonie unter Menschen und Gesellschaften zu schaffen. Davon bin ich so beeindruckt, dass ich diesen Prozess in einem Film zeigen möchte. Zusammengefasst handelt der Film von kurdischen Frauen, die zu IS-Frauen aus dem Westen in die Haftlager gehen, und obwohl es ihnen durch ihre Emotionen schwerfällt und Widersprüche auslöst, da sie beispielsweise durch den IS ihre eigenen Kinder verloren haben, überwinden sie diese Widersprüche und kommunizieren mit den IS-Frauen. Sie geben Workshops und versuchen einen Weg zu finden, wie sich die IS-Frauen aus dem Westen öffnen können, um zu reflektieren, was sie getan haben, um sich ihre Schuld einzugestehen. Von diesem Punkt aus ist es möglich, sich als Frauen, als Mütter zu verbinden.

Hast du Erfahrungen mit der Filmkommune in Rojava gemacht?

Ohne die Filmkommune wäre es mir nicht möglich gewesen, die Filmprojekte in Rojava durchzuführen. Die Filmkommune war in das aktuelle Projekt stark einbezogen. Dafür waren wir ein gemischtes Team, bestehend aus zwei Menschen aus Barcelona und Freundinnen aus der Filmkommune. Als Team zusammenzuarbeiten hat wundervoll funktioniert. Die Filmkommune ist das entscheidende Element in dem aktuellen Filmprojekt und hat vieles organisiert und Kameras bereitgestellt.

Zor spas! – Vielen Dank. ♦

Zum Stand der sudanesischen Revolution

Die Regierungsgewalt in zivile Hand!

Mehira und Ahmed, Aktivist*innen von SudanUprising Germany

Nach langen Protesten im Sudan einigten sich die Opposition und der Militärrat auf eine gemeinsame Übergangsregierung. Die Revolution im Land geht trotzdem weiter.

Der Sturz des Langzeitdiktators Omar al-Baschir am 11. April 2019 war nur der erste Schritt auf dem Weg in einen neuen demokratischen und freien Sudan. Nach dreißig Jahren an der Macht wurde al-Baschir von seinen eigenen Leuten gestürzt. Sein damaliger Vizepräsident und Verteidigungsminister General Ahmed Awad Ibn Auf ernannte sich selbst zum Nachfolger. Da für die Protestierenden bereits absehbar war, dass es sich dabei um die ehemalige rechte Hand al-Baschirs handelte, ließen die Proteste nicht nach. In mehreren Städten des Sudan gingen mehr und mehr Menschen auf die Straße. Angeführt von der Sudanese Professionals Association (SPA), die sich den Forderungen der Declaration of Freedom and Change (DFC) vom Januar 2019 und den dahinterstehenden Forces of Freedom and Change (FFC) angeschlossen hatte, wurde zu weiteren Protesten aufgerufen. Ibn Auf trat nach nur einem Tag als Vorsitzender des Übergangsmilitärrats (TMC für Transitional Military Council) zurück und übergab den Vorsitz an General Abdel Fattah al-Burhan.

Aus Kreisen des Militärs wurde immer wieder versichert, dass man nicht daran interessiert sei, dauerhaft an der Macht zu bleiben. Der TMC sehe sich lediglich dazu berufen, für Stabilität und Sicherheit im Land zu sorgen, bis der Weg für freie Wahlen und eine Zivilregierung geebnet sei. In der Zeit besetzten Protestierende die Gegend rund um das Militärhauptquartier und errichteten ein riesiges Protestcamp. Dort trafen sich jeden Tag Sudanesinnen und Sudanesen aus allen Gesellschaftsschichten, aus allen Regionen des Landes. Protestierende aus weiten Teilen des Landes kamen in die Hauptstadt, um sich anzuschließen. Auch im Fastenmonat Ramadan verwandelte sich das Protestcamp in einen Ort der Zusammenkunft, des Austausches, der Aufklärung und vor allem in ein Symbol für die sudanesische Revolution.

Die SPA rief weiterhin zu politischen Aktivitäten auf, vor allem, weil sich die Verhandlungen zwischen ihnen und den Militärs sehr schnell als äußerst schleppend herausstellten. Lange war auch über das Schicksal des abgesetzten Ex-Präsidenten nichts bekannt. Am 17. April wurde er zwar ins Kober-Gefängnis im Norden von Khartum gebracht, es gab jedoch immer wieder Gerüchte über eine geheime Freilassung oder sehr milde Haftbedingungen beziehungsweise lediglich Hausarrest. Außerdem wurde Mohammed Hamdan Dagalo, genannt Hemedti, zum Vizepräsidenten Burhans ernannt. Hemedti ist Kommandeur der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) und ehemaliger Anführer der Dschandschawid-Milizen, bekannt für Kriegsverbrechen in Darfur auf Befehl al-Baschirs. Das sudanesische Volk war sich dessen wohl bewusst und forderte daher weiterhin eine Zivilregierung.

Derweilen wurde der Militärrat von einigen Staaten als Übergangsregierung anerkannt. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sicherten ihm Unterstützung zu und halfen mit einer Zahlung von drei Milliarden US-Dollar nach. Die Afrikanische Union hingegen drohte mit einer Suspendierung, wenn die Macht nicht an zivile Vertreter*innen übergeben werde. Da der Militärrat jedoch keine entsprechenden Bemühungen zeigte, errichteten Protestierende weitere Barrikaden und verharrten weiterhin vor dem Militärhauptquartier. Zu der Zeit kam es immer wieder zur Gewalteskalation der RSF gegen friedliche Demonstrant*innen. Hinzu kamen schleppende Verhandlungen zwischen TMC und SPA und die Uneinigkeit über die Machtverteilung in der Übergangsregierung. Wichtigste Forderung der Opposition war immer eine Mehrheit in dem neuen Gremium. Um dem ein Ende zu setzen, rief die SPA zu einem landesweiten Generalstreik am 28. und 29. Mai 2019 auf. Mit einer Streikbeteiligung von insgesamt ca. 90 % blieben Büros, Banken und Flughäfen und andere Einrichtungen geschlossen und das Land stand still.

Als Reaktion darauf, offiziell jedoch aufgrund erheblicher Sicherheitsbedenken, stürmten am Morgen des 3. Juni 2019 RSF-Einheiten das Protestcamp vor dem militärischen Haupt-

quartier. Sie schossen in die Menge, brannten Zelte nieder, vergewaltigten, schlugen auf Zivilist*innen ein, ertränkten lebende sowie bereits tote Körper im Nil. Die Sudanesische Ärzt*innen-Vereinigung zählt offiziell 128 Getötete und über 300 Verletzte. Viele sind bis heute vermisst. Im Laufe des Tages wurde das Internet landesweit abgeschaltet und Journalist*innen wurden gedrängt, das Land zu verlassen, um zu verhindern, dass das Massaker und somit die Verbrechen der RSF an die Öffentlichkeit gelangen. Nach dem Massaker wurden sämtliche Verhandlungen der Opposition mit dem Militär für beendet erklärt.

Kurz darauf wurde die Mitgliedschaft des Sudan von der Afrikanischen Union bis zur Bildung einer zivilen Regierung suspendiert. Der äthiopische Ministerpräsident Abiy Ahmed Ali reiste nach Khartum, um als Mediator in Verhandlungen zwischen Opposition und Militär zu vermitteln. Wie bereits abzusehen war, erwiesen sich die wiederaufgenommenen Verhandlungen weiterhin als sehr zäh und schleppend. Die SPA rief zu weiteren Protesten auf, dabei kam es wieder zu Gewalttaten der mittlerweile überall in der Hauptstadt Khartum stationierten RSF gegen friedlichen Zivilist*innen. Am 30. Juni 2019, dem dreißigsten Jahrestag des Al-Baschir-Putsches, strömten Millionen Menschen auf die Straßen, um weiterhin für eine zivile Regierung zu protestieren. Dabei wurden sieben Menschen erschossen und weitere hundert verletzt. Außerdem gab es in allen Teilen des Landes kleinere und größere Proteste, entweder von der SPA organisiert oder auch von den jeweiligen Widerstandsgruppen einzelner Nachbarschaften, die seit Dezember 2018 die treibenden Kräfte hinter den Protesten sind. Nicht zu vergessen ist hierbei auch die sudanesische Diaspora, die während der weiter andauernden Internetblockade weltweit auf die Verbrechen Hemedtis und seiner RSF aufmerksam machte und somit international Druck ausüben konnte.

Am 5. Juli einigte man sich mit Hilfe der Afrikanischen Union auf einen Vorvertrag, innerhalb der nächsten drei Jahre eine gemeinsame Übergangsregierung zu bilden. Am 8. Juli wurde daraufhin das Internet landesweit wieder eingeschaltet. Viele Videos und Bilder von dem Massaker am 3. Juni sind dann erst an die Öffentlichkeit gelangt. Intransparente Verhandlungen und Forderungen des Militärs nach Immunität veranlassten viele Sudanes*innen, weiterhin auf die Straße zu gehen und immer wieder eine Zivilregierung einzufordern. Am 31. Juli kam es erneut zu Gewalttaten der RSF gegen Demonstrationen in El Obeid, bei der vier Schüler*innen und ein Zivilist getötet wurden.

Trotz weiterhin andauernder Gewalt gegen Zivilist*innen gingen die Verhandlungen weiter und am 3. August 2019 gab es eine Einigung auf Verfassungsänderungen. Aufgrund der monatelangen Verhandlungen, während deren es trotzdem immer wieder zu gewalttätigen Aktionen der RSF kam, und des allgemeinen Misstrauens gegen das Militär ist die Situation im Land weiterhin angespannt. Viele Sudanes*innen sehen die Verhandlungen und die Einigung auf eine Verfassungsänderung als ersten Schritt in die richtige Richtung. Viele sind jedoch strikt dagegen und stellen sich gegen Verhandlungen mit dem Militärrat. Skeptisch sind alle, denn bis heute wurde offiziell noch nichts unterzeichnet. Das Dokument, das den Grundstein für die gemeinsame Übergangsregierung legt, wurde ebenso offiziell noch nicht veröffentlicht. Und selbst wenn es so weit kommen sollte, wäre das immer noch keine Garantie dafür, dass künftig Gewalt gegen Zivilist*innen verhindert wird.

Die am 3. August 2019 unterzeichnete Einigung fordert die Gleichheit aller Sudanesinnen und Sudanesen, egal welcher Ethnie oder Religion, sowie Entschädigungen für all jene, die vor dreissig Jahren aus ihren Ämtern und Arbeitsplätzen entlassen wurden. Die Einigung betont den Wiederaufbau der Rechtsstaatlichkeit und die Konstituierung einer neuen und vor allem nachhaltigen parlamentarischen Verfassung vor dem Ende der Übergangsregierung.

Eine der Hauptforderungen der Demonstrant*innen ist die Aufklärung all der Verbrechen, die in den letzten dreißig Jahren verübt worden sind, besonders aber der des Massakers am 3. Juni 2019 und danach. Die Kräfte für die Freiheit und den Wandel (FFC) fordern vor allem eine unabhängige Untersuchung des Massakers und der Verbrechen sowie den Wiederaufbau des sudanesischen Justizsystems. Da al-Baschir bis heute nicht an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ausgeliefert worden ist, hofft man jetzt auf seine nationale Verurteilung und die seiner Mittäter sowie aller Verantwortlichen nach seinem Sturz. Ob dies gelingt, ist fraglich, sitzen doch seine Verbündeten und Mitverantwortlichen im jetzigen Militärrat. Immerhin fordert dieser keine generelle Immunität mehr.

Die am 3. August 2019 unterzeichnete Einigung fordert die Gleichheit aller Sudanesinnen und Sudanesen, egal welcher Ethnie oder Religion, sowie Entschädigungen für all jene, die vor dreißig Jahren aus ihren Ämtern und Arbeitsplätzen entlassen wurden. Die Einigung betont den Wiederaufbau der Rechtsstaatlichkeit und die Konstituierung einer neuen und vor allem nachhaltigen parlamentarischen Verfassung vor dem Ende der Übergangsregierung. Diese soll insgesamt 39 Monate



https://www.facebook.com/SudanUprisingGermany

dauern, von denen die ersten sechs Monate vor allem der ernsthaften Friedenssicherung, der Beendigung aller Kriegshandlungen und dem Ende der Unterdrückung gewidmet werden sollen. Eine besonders große Herausforderung wird außerdem die Wiederherstellung einer stabilen ökonomischen Situation sein sowie der Schutz der Umwelt, Artenvielfalt und natürlichen Ressourcen.

In der Übergangszeit wird ein souveräner Rat gegründet, der aus jeweils fünf Vertreter*innen des Militärrats und der FFC besteht sowie einem oder einer zivilen, auf den oder die sich beide Seiten einigen. Während der ersten einundzwanzig Monate wird der Rat von einem oder einer vom Militär ausgewählten Präsidenten/Präsidentin geführt werden, in den letzten achtzehn Monaten von einem oder einer von den FFC gewählten. Das Übergangskabinett soll aus nicht mehr als zwanzig Minister*innen bestehen, die alle von einem zivilen Ministerpräsidenten oder einer zivilen Ministerpräsidentin ernannt werden sollen, außer den Posten für das Innere und die Verteidigung. Das Parlament soll zu zwei Dritteln mit Abgeordneten der FFC und zu einem Drittel mit Abgeordneten des Militärs besetzt werden. Außerdem werden einzelne Komitees gebildet, die den Friedensprozess begleiten und nach dem Ende der Übergangszeit faire und freie Wahlen vorbereiten.

Bis jetzt sind diese Punkte noch nicht in Kraft getreten, sie werden erst am 17. August unterzeichnet. Größter Schwachpunkt ist nach wie vor, dass alle bewaffneten Kräfte weiter unter dem Kommando der alten Machthaber stehen und sich daraus weiterhin ein Ungleichgewicht der Macht ergibt und dass das Gewaltmonopol beim Militär verbleibt. Es gibt also keine Garantie für ein Ende der Gewalt und auch keine gerechte Machtteilung. Durch diese Monopole ist es für den Militärrat auch jetzt noch möglich, sudanesische Truppen in den Krieg im Jemen zu schicken und somit weiterhin finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien zu bekommen.

Falls die Bevölkerung mit der Übergangsregierung des Militärs unzufrieden sein und auch künftig auf die Straße gehen sollte, um eine komplett zivile Regierung zu fordern, ist außerdem unvorhersehbar, wie Hemedti und seine RSF darauf reagieren werden. Die Widerstandskomitees in den einzelnen Nachbarschaften sind prinzipiell gegen Verhandlungen mit dem Militär. Wie sie sich verhalten und ob sie erst einmal davon absehen werden, zu neuen Protesten aufzurufen, bleibt abzuwarten. Die Opposition und die FFC sind generell von den Protestierenden auf der Straße abhängig. Sie sind die einzige Waffe, die sie gegen das Militär haben, dadurch müssen sie sich auch nach ihnen richten. Sollten die Proteste anhalten, werden auch die Unterzeichnung dieser Vereinbarung und die Bildung einer gemeinsamen Übergangsregierung nicht weiterhelfen. Die FFC müssen nun garantieren, dass das Militär in der Übergangsregierung keine Überhand gewinnt, denn im Gegensatz zu dem können sie sich momentan nicht auf finanzielle und materielle Unterstützung aus anderen Ländern verlassen. Ihnen bleiben also nur die internationale Solidarität und die internationale Gemeinschaft, die sich nicht weiter von dem abwenden darf, was im Sudan passiert. ♦

*****

Weitere Informationen: https://www.facebook.com/SudanUprisingGermany/

Mit dieser September-/Oktober-Ausgabe des Kurdistan Report jährt sich zum dreißigsten Mal der Beginn des sogenannten »Düsseldorfer Prozesses« am 24. Oktober 1989 gegen insgesamt zwanzig kurdische Aktivisten. Damit wurde die massive Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung bereits vor dem PKK-Verbot von 1993 eingeleitet.

Wir freuen uns als Redaktion, etwas aus einem neu entdeckten Briefverkehr zwischen Hüseyin Çelebi und Christa Eckes veröffentlichen zu können. Hüseyin Çelebi wurde 1988 in Deutschland im 129a-Verfahren gegen Freunde und Mitglieder der PKK in der BRD unter unwürdigen Bedingungen eingesperrt und als jüngster »Terrorist« im größten »Terroristen«-Prozess angeklagt. Hüseyin hatte lange in Deutschland gelebt und war zu einer lebendigen Brücke zwischen den Internationalisten der reichen westlichen Metropolen und dem kurdischen Befreiungskampf geworden. So war er zu der Zeit auch Teil der Kurdistan-Report-Redaktion. Er verbrachte zwei Jahre in den Isolationstrakten deutscher Gefängnisse. Nach seiner Entlassung machte er sich auf in die Berge in Kurdistan, wo er in einem Gefecht von Peşmergas der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) 1992 im Südkrieg, dem großen Krieg zwischen der PKK und den Kräften der PDK, der YNK und der türkischen Armee in Südkurdistan, ermordet wurde.

Während seiner Haft in Wuppertal schrieb ihm erstmals am 24. April 1989 die inhaftierte politische Aktivistin Christa Eckes. Christa war das erste Mal von 1974–1981 und dann von 1984–1992 wegen Mitgliedschaft in der Roten Armee Fraktion (RAF) im Gefängnis. Es folgte ein reger Briefwechsel, in dem beide ihre Erfahrungen im Gefängnis und im Widerstand und ihre politischen Ansichten austauschten.

Wir dokumentieren im Folgenden unbearbeitet einen Brief Hüseyin Çelebis, den er ihr nach dem ersten Verhandlungstag schrieb.

»Die Zärtlichkeit der Völker wird für uns praktisch spürbar«

Ein Brief von Hüseyin Çelebi aus der Haft 1989 an Christa Eckes

26.10.89

Liebe Christa,

Hier nun wie versprochen der Antwortbrief auf deinen langen Brief vom 17.9. deine Karte vom 9.10. habe ich auch schon bekommen. Vorgestern hat der Prozess begonnen, und gestern ging es weiter. Ich bin mit dem Kopf noch immer bei diesen zwei Tagen. Ich kann meine Gefühle kaum beschreiben. Indem Augenblick, als ich den ersten Genossen umarmte, das war noch unten bei den Zellen, lösten sich zwanzig Monate Spannungen. Ich kann es wirklich kaum beschrieben, wie gut es mir geht. Wie sind zu dritt, Arm in Arm in den Saal gekommen, wo alle anderen schon da waren. Aber niemand hat uns gesehen, alle lagen sich in den Armen. Und immer wenn man sich von einem löste, sah man einen anderen und umarmte ihn und vergaß dabei seine Umgebung. Als erster löste sich Erdem von einem Genossen, trete sich um und machte einen Satz auf mich zu, und wir umarmten uns ganz fest. Von hinten kam Ali (Sapan), packte mich an der Schulter, wirbelte mich herum und umschlang mich. Dabei verhakten sich unsere Brillen und wir mussten uns vor Lachen krümmen. Ich hab dann Meral gesehen. Ich ging auf sie zu und sagte »Merhaba Meral« sie trete sich um, blickte mich unsicher an und sagte »Merhaba Heval« (grüß dich Genosse). Ich fragte sie, ob sich mich nicht erkannt hatte, was sie bestätigte. Wir haben uns früher noch nie gesehen. Ich sagte »ich bin Hüseyin«. Sie überlegte ganz kurz und dann hellte ihr Gesicht sich auf und wir lagen uns in den Armen. Dann kam Ibrahim, das gleiche passierte wieder, also die Begrüßung usw, sonst kennen wir uns.

Es war so, als wenn man jedes mal einen neuen Schatz entdeckt, und zwar im doppelten Sinn dieses Wortes. Schatz, etwas unheimlich wertvolles und Schatz, jemanden, den man

sehr gern hat. Und wie aufgeregt ich war, als wir hinfuhren. Wie ein Backfisch vor seinem ersten Rendezvous, wie ein Kind, das den Weihnachtsmann erwartet. Ich war sehnsuchsschwanger und hatte einen Heißhunger auf meine Genossinnen und Genossen. Und all das, was ich schreibe, reicht nicht, um zu beschreiben, welche Freude und welche Gefühle ich erlebte. Man müsste neue Begriffe erfinden, um das beschreiben zu können. Ich habe die beiden Tage immer nur meine Freunde beobachtet, ich habe sie aufgesaugt, jeden Gesichtszug verschlungen. Ich habe jeden einzeln in mir gespürt, war 17 mal ich und 17 mal sie und 17 mal wir und selbst jetzt sind sie nander klingt, aber es ist sehr schwer, die Gefühle von insgesamt 18 Menschen auszudrücken, die sich in einem Menschen vereinigt haben. Bei uns tanzt man seine Gefühle, diesen Brief musst du dir als einen unheimlich rhythmischen Tanz, voller unterschiedlicher Schritte vorstellen. Hätte der Platz gereicht, wir hätten zum Auftakt getanzt.

Du wirst die Presseberichte gelesen haben. Deswegen beschränke ich mich auf die Sachen, die nicht in der Presse standen, oder falsch dargestellt sind. Die Solidarität draußen ist wirklich hervorragend. Die Demo am Samstag davor mit


Archiv

bei mir, füllen meine Zelle. Ich sehe jeden hier herum gehen, hier sitzen, hier liegen. Ich sehe jeden einzelnen, mit den für ihn typischen Bewegungen, ich rede mit ihnen. Ich sehe wie Selahattin (Celik) seine Faxen macht, und wir müssen lachen. Ich spüre wie Ali Haydar meine Hände umfasst und die Wärme seiner Hände umgibt mich. Ich sehe das immer lächelnde Gesicht von Erol, wie ein Porträt, das an meiner Wand hängt und doch lebendig ist. Ich höre die sanfte Stimme Erdems, der weich aber unbeirrbar und stetig redet. Neben mir steht der nie ruhenden quirlige Mustapha, immer herum hopsend, von einem Fuß auf den anderen… wie gesagt, die Worte reichen nicht, um es zu beschreiben. Verzeih mir, wenn es so durchei-

18000 Menschen, wozu ein breites Bündnis von türkischen, deutschen und kurdischen Gruppen aufgerufen hatte. Aber auch drinnen ist es sehr gut. Prozessbeobachter aus Griechenland, Zypern, Frankreich, Schweden und den Niederlanden sind da. Unter ihnen Parlamentarier, Richter, Journalisten. Martin Hirsch, der Ex-Verfassungsrichter hat symbolisch die Verteidigung eines Genossen übernommen (Erdem), war aber leider nicht da, weil er krank war. Internationale Presse ist zahlreich erschienen, manche Berichte sind wirklich gut. Nur die Lokalpresse hier hetzt und die taz bringt wirklich dumme Berichte. Ein französischer Richter bezeichnete das Verfahren als Skandal. Auch in der Zukunft werden Prozessbeobachter dabei

sein. Zwei Sicherheitsverteidiger *[Pflichtverteidiger?]* haben aus Solidarität mit der Sache des kurdischen Volkes um ihre Entpflichtung gebeten. Draußen sind mehrere Busse voller Kinder angefahren, die leider nicht in den Saal gelassen wurden und uns Grüße geschickt haben. Auch in der Zukunft wollen Kurden aus dem gesamten europäischen Bereich zu den Prozesstagen zahlreich erscheinen. Diese Solidarität ist wirklich sehr gut, es gibt soviel Kraft. Die Zärtlichkeit der Völker wird für uns praktisch spürbar, wir fühlen sie. Eine Zeitung hat letztens geschrieben, dieser Prozess werde zu einer Solidarisierung unter den 400000 Kurden in der BRD führen. Aber die Solidarisierung geht weit über diesen Menschen hinaus, sie ist international. In der letzten Sonderausgabe des K. Reports soll Ali Haydar mit den Worten zitiert worden sein, »ich bin der festen Überzeugung, dass durch diesen Prozess der BRD der Schrei des kurdischen Volkes nach Freiheit auf der ganzen Welt gehört werden wird. Die Menschheit soll Zeuge davon werden«. Genau das passiert jetzt.

Noch einige Worte zu dem Angriff der Schließer und dem Problem mit der Übersetzung:

die Schliesser in dem Glaskasten sind eine ernsthafte Bedrohung für uns. Am ersten Tag hat der Richter Ali (Aktas) aufgefordert sich an seinen Platz zu begeben. Sein Kopfhörer war kaputt und er redete noch mit seinem Verteidiger, als plötzlich zwei Schließer ihn von hinten packten, zu Boden warfen, schlugen und würgten. Als einige Genossen ihn zu schützen versuchten, griffen die Schließer auch sie an. Dabei wurde Meral in die Luft gehoben, geschlagen und heraus getragen, auf Ali wurde herausgezogen. Als ich versuchte einen Genossen weg zu ziehen, damit er nicht in den Tumult gerät, schlug mir ein Schließer ins Gesicht, extra so, dass meine Brille herunter fiel. Dann zog er mich über den Tisch. Ich hab mich dann dagegen gestemmt und ihn mit einem Ruck auf meine Seite gezogen, worauf hin ich auf einen der Schließer zu Boden fiel. Dieser versetzte mir dann noch einen Schlag mit dem Ellenbogen in den Unterleib. Dann hat mich Ali Haydar auf einen Seite gezogen, wo es ruhiger war, und wir haben Parolen skandiert und gegen diesen Angriff protestiert. Die haben vor unseren Augen unseren Freund Ali gefoltert. Erst danach hat sich die Lage beruhigt, und Ali und Meral wurden zurück gebracht. Beide hatten Folterspuren am Körper.

Verzeih mir, wenn es so durcheinander klingt, aber es ist sehr schwer, die Gefühle von insgesamt 18 Menschen auszudrücken, die sich in einem Menschen vereinigt haben. Bei uns tanzt man seine Gefühle, diesen Brief musst du dir als einen unheimlich rhythmischen Tanz, voller unterschiedlicher Schritte vorstellen. Hätte der Platz gereicht, wir hätten zum Auftakt getanzt.

Später hat der Schließer, der mir in den Unterleib geschlagen hat, versucht mich zu provozieren. Als ich einen Besucher mit »Guten Morgen« begrüßte, meinte er, ich soll das Maul halten. Daraufhin habe ich ihn gefragt, ob er mich provozieren will. Er antwortete, »halts Maul, sonst haue ich dir eins aufs Maul.« in diesem Augenblick kam meine Anwältin, der ich dem Vorfall geschildert habe, und als ich ihn ihr zeigte, drehte er einfach sein Gesicht weg und verdeckte es mit seinen Händen. Auch beim Hinausgehen hat er mich nochmal geschubst und auf die Hand geschlagen. Zum Glück hat das ein Anwalt gesehen und sofort interveniert. Unten bei den Zellen gingen diese Provokationen gegen andre Genossen weiter. Wir protestieren gegen den Glaskasten und die Schließer, aus diesem Grund weigern wir uns alle, außer Yasemin, uns hinzusetzen. Dieser Glaskasten ist wirklich unmöglich. Die ganze Anlage für die Anwälte ist nicht in Ordnung. Wir müssen sie rufen, weil sie z.T. 20 Meter von uns entfernt sind. In der Glaswand sind ein paar Löcher. Wenn wir reden, hören die Schließer die Verteidigungsgespräche mit. Noch schlimmer wird es, wenn die Zeugen kommen, da brauchen wir den Kontakt zu den Verteidigern.

Die Übersetzungen sind auch unmöglich. Zumal es ein Gutachten gibt wonach feststeht, dass man vom Deutschen ins Türkische nicht simultan übersetzen kann. Hinzukommt, dass die anwesenden Gerichtsdolmetscher nicht in der Lage sind einen politischen Text zu übersetzen, das ist ja in der Presse wiedergegeben worden. Am zweiten Tag sollte Ali Haydar eine Erklärung verlesen, was nicht ging. Wir sind nicht über eine halbe Seite gekommen, weil falsch übersetzt wurde. Dann hat der Staatsanwalt vorgeschlagen, er solle mir die Erklärung geben und ich solle sie im Gefängnis übersetzen. Das ist eine Methode mit der man arbeiten kann und zur Beschleunigung des Verfahrens beiträgt, aber wir wollen dafür zusammengelegt werden. Ali, Ali Haydar und ich wären in der Lage die Erklärung dann zu übersetzen und vorzutragen. Das gilt für alle Erklärungen, Ali und ich könnten mit jedem, der eine Erklärung abgeben will zusammengelegt werden. Das ist auch dafür notwendig, damit die Erklärungen mit aktuellem Bezug vorbereitet werden können. Das wurde jetzt beantragt. Außerdem kann man dann einen schwer verständigen Text auch einmal nachfragen. So wie es jetzt läuft, kommen wir nicht weiter.



Soviel zum Prozess. Die Entwicklungen in Kurdistan hast du sicherlich in der Presse verfolgen können, da kommt ja jetzt einiges. Speziell der Artikel des Türkei-Korrespondenten der taz war unheimlich gut.

Die Demo vom 12.9. zum Jahrestag des Putsches ist ein Ausdruck für die zunehmendes Solidarität der verschiedene Gruppen. Diese Bündnisse haben ihre Basis in dem Widerstand der politischen Gefangenen und der Kriegsgefangenen und in dem Kampf in Kurdistan, der jetzt wirklich unheimlich erfolgreich läuft und die bisher verdeckte Unterstützung der Bevölkerung zu Tage treten lässt. Warum das mit den Transparenten war, weiß ich nicht, ich habe aber auch nichts davon von anderen gehört, vielleicht war es etwas Lokales. Auch die Broschüre von Cedri ist mir unbekannt, weil wir nichts schriftliches zu unserem Prozess bekommen. Man muss wohl auch die ziemlich undurchsichtige Politik dieser Cedri bedenken. Ich habe bis heute nicht verstanden, warum die uns eigentlich unterstützen.

Dieser Brief, den du zitierst, war interessant. Ich hatte auch die ganzen anderen Artikel in der taz gelesen, die erschienen waren.

So, liebe Christa, ich wünsche dir noch alles Schöne und Gute, natürlich den anderen auch.

Mit vielen Grüßen

Hüseyin

P.S.

der Artikel aus der fr wurde angehalten, aber ich beziehe die fr auch.

*****

Weitere Informationen zu Hüseyin Çelebi und Christa Eckes:
https://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/celebi/index.htm
http://www.sozonline.de/2012/10/christa-eckes-19502012/

»Her şehîdek felsefeyeke jiyanê ye«: Rêber Apo – Jede gefallene Freundin, jeder gefallene Freund ist eine Philosophie des Lebens!

In Erinnerung an die Revolutionär*innen Sarah Handelmann und Jakob Riemer

Mira Douro

Freund*innen sind für uns die Seele eines sinnhaften und bedeutungsvollen Lebens. Unsere Verbundenheit mit ihnen wächst, je mehr wir unsere Gedanken, Ideen und Sehnsüchte miteinander teilen. Wir werden die vielen Freund*innen, denen wir auf dem Weg zur Freiheit begegnen, nie vergessen. Wir verbinden, ergänzen und verschmelzen unsere jeweilige Geschichte miteinander. Eine Freundin meinte: »Wenn du den Garten der Freund*innen kennst, der auf ihren Spuren wächst, dann kennst du auch ihre Persönlichkeit. Du erkennst darin die Mühen und die Sorgfalt, mit der wir unserem Umfeld begegnen. Ein blühender Garten will gehegt und gepflegt werden, er zeigt die Wertschätzung für die kleinen Dinge des Lebens, die du auf den Weg mitbekommen hast und wie du sie weiterträgst.«

Jede*r Revolutionär*in, der/die sich den Reihen des Freiheitskampfes anschließt, trägt eine große Verantwortung – nicht nur für sich oder die engsten Verwandten und Bekannten, sondern für eine ganze Generation, für die Völker dieser Erde, für die ganze Menschlichkeit, das Universum, für ein Leben in Freiheit, für eine lebenswerte Zukunft. Sein/ihr ganzes Leben für diesen Kampf zu geben und so die Freiheit bis über den Tod hinaus zu verteidigen, zeugt von großer Aufopferungsbereitschaft und ideologischer Überzeugung. Dies verbindet uns im Kampf um Freiheit miteinander. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten und eben auch mit dem Tod. Die Menschheit musste bisher so viel Schmerz und Leid erleben: Doch dies soll nicht unser Schicksal bleiben, es gibt eine andere Welt – eine Welt in Freiheit, Liebe und Frieden. Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Mit diesem Wissen schafft der Weg dorthin starke Verbindungen. Er bringt Menschen zusammen, die sich vorher nicht kannten, schließt Freundschaften über alle Bevölkerungsgruppen hinweg, zeigt einen Weg ohne Grenzen. Es ist der von Abdullah Öcalan beschriebene dritte Weg, der demokratische Weg der Menschheit. Eine Welt ohne Macht, Patriarchat, Versklavung, Ausbeutung und Unterdrückung.

Für diese Werte stehen die Freiheitskämpfer*innen. Auch nach ihrem Tod. Sie waren bereit, diesen Weg mit all seinen Konsequenzen zu gehen – »Der Kampf der Bedingungslosigkeit«, wie ihn Sara in ihrem Gedicht bei einem Gedenken an Şehîd Zilan beschreibt. Viele von uns sind nicht mehr dazu bereit, das eigene Leben für ein würdevolles Leben in Freiheit einzusetzen, wir haben uns mit Bequemlichkeit, Unehrlichkeit und Ausreden im Liberalismus eingerichtet – für uns selbst eine Lage geschaffen, in der wir uns einigeln und zurücklehnen können.

Ihre Ideen, Wünsche und Überzeugungen sind uns Orientierung

Ist es das Haben oder das Sein, was uns ein würdevolles Leben ermöglicht? Zu diesen philosophischen Fragen begleiten uns unsere Şehîds, wenn wir uns ihrer erinnern, ihre Geschichten, Ideen, Wünsche im Andenken an sie weiter leben lassen und ihrem Weg folgen. In der kurdischen Freiheitsbewegung wird den Gefallenen, die vor oder mit uns diesen Weg gegangen sind, ein sehr großer Wert beigemessen, sie sind die Freund*innen, deren Ideen, Wünsche und Überzeugungen uns Orientierung sind, die uns den Weg zeigen, damit wir ihre Mühen fortsetzen und zum Erfolg verhelfen.

Nicht ohne Grund steht gegenüber dem Gefallenenfriedhof in Kobanê, auf dem tausende Kämpfer*innen gewürdigt werden, die die Werte der Freiheit gegen den Tod durch Daesch (Islamischer Staat) und gegen den Faschismus verteidigten und Kobanê so zum Symbol eines neuen Lebens gemacht haben, der Satz: „Jeder Şehîd ist eine Philosophie des Lebens.«



A. Bender

Die Einzelnen verbinden sich zu einer Brücke

Noch größer und wirkungsvoller wird diese Philosophie, wenn sie sich mit anderen Lebensphilosophien verbindet und zu einem Strom wird – dem Strom des Widerstandes aus dem Chaos der kapitalistischen Moderne. »Jeder Sturm beginnt mit einem einzelnen Tropfen. Versucht, dieser Tropfen zu sein«, sagte uns Şehîd Tekoşer Piling (Lorenzo Orsetti) in seinem Brief, bevor er mit seiner Einheit Tekoşîna Anarşist an die vorderste Front gegen den sogenannten Islamischen Staat nach Deir Ez-Zor ging.

Die ersten Steine einer Brücke zwischen dem kurdischen Freiheitskampf und der weltweiten Freiheitsbewegung legte die Internationalistin Andrea Wolf (Şehîd Ronahî) bereits Ende der 1990er Jahre, ihr folgten Uta Schneiderbanger (Şehîd Nûdem), Ivana Hoffmann (Şehîd Avaşîn Tekoşîn Güneş), Kevin Jochim (Şehîd Dilsoz Bihar), Ellen Jaedicke (Şehîd Stêrk), Alina Sánchez (Şehîd Legerîn Çiya), Anna Campbell (Şehîd Hêlîn Qaraçox), Lorenzo Orsetti (Şehîd Tekoşer Piling) und viele mehr.

Heute sind es Şehîd Şiyar Gabar (Jakob Riemer) und Şehîd Sara Dorşîn (Sarah Handelmann), deren Lebensphilosophien wir uns erinnern wollen, um ihrer Wahrheit ein Stück näherzukommen.

Die Zapatistas haben eine Geschichte über die Bedeutung von den im Kampf um Freiheit Gefallenen und deren einzelnen Wahrheiten. In dieser Geschichte machten sich von der Insel, auf der sie gefangen waren, nacheinander Schmetterlinge auf den Weg, die Freiheit zu suchen. Es muss ein Leben in Freiheit geben, davon waren sie überzeugt. Zunächst fasste sich nur einer von ihnen ein Herz und flog los, über das weite Meer, bis ihn seine Kräfte verließen und er nicht mehr weiter konnte. Umgeben von Wasser gab es nirgendwo einen Ort, an dem er sich ausruhen konnte, und so fiel er ins Meer und ertrank. Weil er nie zurückkam, muss er wohl erfolgreich gewesen sein, so dachte sich der nächste Schmetterling, fasste sich ebenfalls ein Herz und flog los. Als auch ihm die Kräfte ausgingen, konnte er sich auf dem ersten, bereits ins Wasser gefallenen Schmetterling ausruhen und schaffte es so, noch ein Stück weiterzufliegen. Auf diese Weise verlängerte sich der Weg, den die Schmetterlinge zurücklegen konnten.

Dieser Weg zur Freiheit existiert durch die vorangegangenen Mühen der gefallenen Schmetterlinge, die Betrachtung des Einzelnen allein führt nicht zur Erkenntnis. Zwei dieser wegbereitenden Schmetterlinge sind Sarah Handelmann und Jakob Riemer, deren Philosophie und Geschichte wir kennenlernen wollen.

Sarah Handelmann / Sara Dorşîn

Sarah Handelmann kam am 25. November 1985 in der DDR zur Welt. Bereits zu ihrer Geburt bekam sie von ihren Eltern zwei Namen mit auf ihren Weg: Almuth, ein altdeutscher Name mit der Bedeutung »frohe Gesinnung«. Dies entspricht der rumänisch-deutschen Tradition, Frauennamen nicht auf A enden zu lassen. Sowie Sarah, die Fürstin, im Gedenken an die jüdische Schriftstellerin Sarah Kirsch, um ihr auch einen Teil der jüdischen Familiengeschichte mitzugeben. Später wählte sie für sich den Guerilla-Namen Sara Dorşîn.

Die Wahl für Sara ist angelehnt an Sakine Cansız (Heval Sara), die einmal sagte: »Wir haben der Welt gezeigt, dass es kein Wort wie ›unmöglich‹ in unserem Wörterbuch gibt.« Sie wurde am 9. Januar 2013 zusammen mit Fidan Doğan und Leyla Saylemez in Paris vom türkischen Geheimdienst MIT ermordet. Sara las ihre Biografie »Mein ganzes Leben war ein Kampf« mit großer Begeisterung und drehte ein kleines Mobilisierungsvideo als Aufruf zur Demonstration in Berlin zum Gedenken an die gefallenen Freundinnen aus Paris. *[Zu sehen unter: https://vimeo.com/196859151]*

Saras zweiter Name Dorşîn (etwa »aufblühende grüne Umgebung«) geht auf den Namen eines Berges bei Amed zurück. Dies drückt sehr viel über Saras Verbundenheit zur Natur aus und knüpft eine Verbindung zu ihrer Reise nach Bakûr im Jahr 2016. Dort hat sie gemeinsam mit zwei Freundinnen in Amed (Diyarbakır) kurz nach der Aufhebung der Ausgangssperre und dem brutalen Städtekrieg den Film »xwebûn« (sich selbst sein) über die kurdische Frauenbewegung gedreht. Die Frauen vermitteln darin ihren Widerstand, den sie generationenübergreifend kollektiv getragen haben und der nicht mehr gebrochen werden kann. Es ist ein Film voller Hoffnung und mit der Botschaft, dass auch wir eine starke Frauenorganisierung entwickeln sollten, wenn wir den weltweiten demokratischen Konföderalismus mit der Kraft der Frauen aufbauen wollen. Sara spürte nach dieser Reise ihre Verantwortung dafür, alles Gesehene und Gehörte weiterzutragen. Diesen Weg verfolgte sie mit der gleichen konsequenten, bedingungslosen Haltung, mit der sie auch dem Leben Bedeutung gab.

Sarah Handelmann wuchs in einer naturnahen Umgebung mit großem Garten und eigenen Tieren auf. Bereits als Kind war sie fasziniert von den Native Americans. Ihr Kindheitstraum war es, einmal selbst »Indianerin« zu werden. So ging sie damals mit selbst gebasteltem Pfeil und Bogen zur Schule; wenn sie ihre Klassenarbeiten fertig hatte, kletterte sie ungefragt aus dem Fenster. Ihr erstes selbst gelesenes Buch war Ronja Räubertochter. Mit 31 Jahren wurde sie Teil der kurdischen Frauen-Guerilla der YJA-Star in den Medya-Verteidigungsgebieten in Südkurdistan.

Sie kam mit großer Klarheit aus der Stille heraus …

Wir lernten Sara durch eine Infoveranstaltung über den Städtekrieg in Bakûr 2016 kennen. Sie war eine sehr aufmerksame und gleichzeitig sehr stille Persönlichkeit, die sich sehr viele Fragen über Gerechtigkeit und gesellschaftliche Veränderung stellte. Sie war immer auf der Suche nach größeren Herausforderungen. Sie wollte Verantwortung tragen und sich mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten einbringen.

Sara zeichneten vor allem zwei Charakterzüge aus: Klarheit im Handeln sowie eine stille, bescheidene Persönlichkeit. Wenn sie von etwas überzeugt war, war sie unbeirrbar und wusste, was zu tun ist. Zunächst fühlte sie in sich hinein, bei Unklarheiten und Widersprüchen fragte sie nach, ging den Dingen auf den Grund, überlegte weiter, bis sie sie zu verstehen vermochte. Sie kam mit großer Klarheit aus der Stille heraus und verfolgte ihre Projekte mit Gewissheit bis zu Ende. Keine Hürde war ihr zu groß, kein Stein zu viel. Kein Weg schien ihr unbegehbar. So hatte sie ihre Kindheitsträume nie aus den Augen verloren und bis zuletzt verteidigt.

»Wir haben der Welt gezeigt, dass es kein Wort wie ›unmöglich‹ in unserem Wörterbuch gibt«. (Sakine Cansiz)

Eine Freundin schreibt über sie, dass die größte Lektion, die wir von Sara lernen können, ist, die begonnene Arbeit zu beenden. Nie hätte sie etwas als Ausrede akzeptiert, etwas nicht zu vollenden oder ihre Ideen aufzugeben. Sie wusste, dass es immer einen Weg gibt, Ziele zu verwirklichen.

Sara erzählte einer Freundin von ihrem Traum, in die Berge Kurdistans zu gehen. Gleichzeitig meinte sie über sich selbst, sie könne keine Revolutionärin werden, da sie ja nicht mal zwei Wörter aneinanderreihen könne, ohne so viel nachzudenken. Doch sie stellte sich diesen Schwierigkeiten und später fanden wir sie in den Bergen Kurdistans wieder. Der erste Anblick in ihrer neuen Guerilla-Kleidung, die Kalaschnikow über ihrer



Sarah Handelmann / Sara Dorşîn Foto: ANF

Schulter, den Munitionsgürtel um ihre Hüfte und ihr strahlendes Gesicht, verkörperten genau diese freie Frau, auf deren Suche sie sich begeben hatte.

Habe Respekt vor der Umwelt …

Sie wurde sie selbst. Am beeindruckendsten waren ihre klaren Augen, ihr hervorragendes Kurdisch und die Stärke, die sie ausstrahlte und die sie bis in die Berge gebracht hatte. Sie wurde eins mit den Freundinnen, dem Leben in den Bergen, der Natur und den Ideen der Frauenbefreiungsideologie.

Sie hatte ein großes Einfühlungsvermögen und handelte nach den Werten, die ihr in der Kindheit vermittelt worden waren: Habe Respekt vor der Umwelt, behandle jeden Menschen so, wie du gerne behandelt werden würdest, denke dich in sie hinein und achte darauf, dass das Licht gut fällt, damit möglichst wenig Schatten erzeugt wird …

All dies half Sara beim Leben in den Bergen. Indem sie es schaffte, allem eine Bedeutung zu geben, verkleinerte sie die Probleme, die sich ihr in den Bergen Kurdistans stellten. Sie ging große Schritte, übernahm viel Verantwortung und war gleichzeitig immer auf der Suche nach neuen Herausforderungen. Eine Weile war sie auf dem Berggipfel, um mit einer kleinen Fraueneinheit für die Sicherheit der anderen Freund*innen im Tal zu sorgen, indem sie vor Überwachungsdrohnen und Kriegsflugzeugen warnten. Diese Aufgabe, die wenig Schlaf bedeutete, hohe Konzentration und gute Kurdischkenntnisse verlangte, erledigte sie mit großer Genauigkeit. Ohne tiefgründige und feinfühlige Genossenschaftlichkeit mit den Freundinnen kannst du den Winter dort nicht verbringen. Alles muss vorher besorgt und gut vorbereitet werden, denn du kannst dich während des Winters nicht viel bewegen.

Sara sorgte auch immer wieder für Überraschungen. In einem Brief vom Herbst 2018 sagt sie, dass sie über einige Freundinnen herausgefunden habe, wohin sie einen Brief schicken könne, um das gegenseitige Versprechen, uns über Neuigkeiten zu informieren, zu erfüllen. In dem Brief berichtet sie zunächst von der schönen Natur, den Walnussbäumen, Feigen, Brombeeren, Weintrauben, Granatäpfeln, Mandeln und dem kalten Wasser, von denen sie gerade umgeben war. Erst dann berichtet sie darüber, wie es ihr geht und was in der Zwischenzeit passiert ist.

Im Frühjahr 2018 kam Sara in eine Akademie, wo sie längere ideologische und militärische Bildung genießen konnte und selbst Bildung über Feminismus an die Freundinnen weitergab. »Mehr oder weniger erfolgreich«, wie sie selbst schreibt. Danach hoffte sie auf neue Herausforderungen, ihr gelerntes Wissen in die Praxis umzusetzen. Doch aufgrund der politischen Lage und der vielen Drohnen, die die Bewegungsfreiheit der Guerilla stark einschränken, verbrachte sie den Winter 2018/2019 in einer Höhle. Gesichert war ihre ideologische Vertiefung mit dem Buch »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt«, das sie auf Deutsch erreichte.

Immer darauf bedacht, den anderen Mut und Kraft zu geben, wünschte Sara in ihrem Brief viel Erfolg bei den Arbeiten, von denen sie hoffte, dass sie gut liefen. Sie fragte nach Neuigkeiten, was es für Entwicklungen gäbe und wie es allen ginge. Darauf hätten wir ihr gerne mitgeteilt, dass der Hungerstreik von Leyla Güven und den 7000 Freund*innen, die sich mit ihr im Hungerstreik befanden, nach 200 Tagen beendet wurde, weil durch ihre Aktion große Schritte in Richtung einer demokratischen Lösung geschaffen und die achtjährige Isolation auf Imralı durchbrochen werden konnte. Das wäre eine Nachricht, die sie brennend interessiert hätte und sie zu vielen weiteren Schritten getragen hätte.

Leider konnten wir ihr das persönlich nicht mehr mitteilen – sie ist am 7. April 2019 in Garê mit zwei weiteren Freundinnen

der YJA-Star bei einem Luftangriff durch das türkische Militär gefallen.

Jakob Riemer / Şiyar Gabar

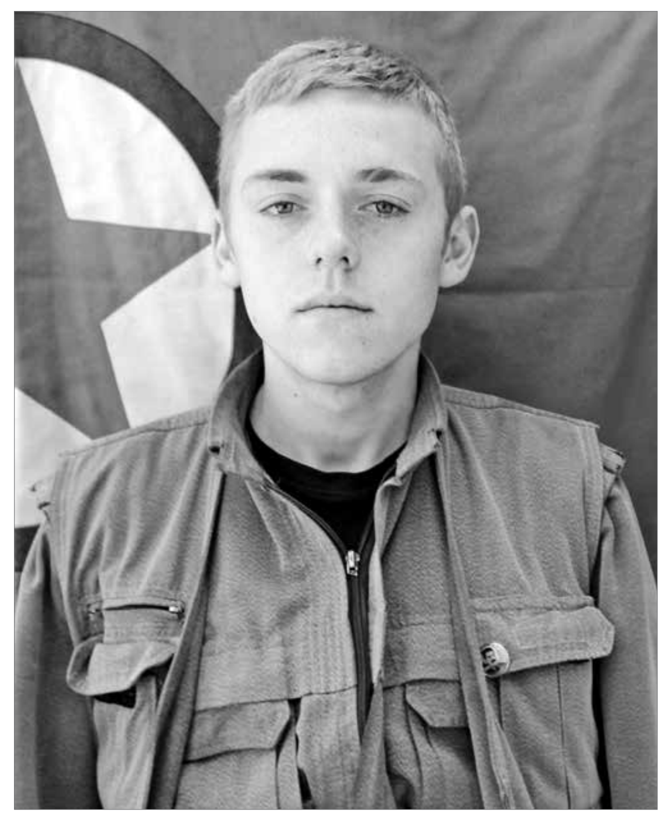
Jakob Riemer wurde am 10. Oktober 1994 in Hamburg-St.Pauli geboren. Seine Eltern legten Wert darauf, dass er bereits in jungen Jahren die Vielfalt des Lebens kennenlernen sollte und früh eine kreative und aufgeschlossene Ader entwickelt hatte. Ihn faszinierten Sagen wie »Herr der Ringe« und die griechische Mythologie. Leidenschaftlich spielte er Gitarre, gründete selbst eine Punkband. Er liebte Fußball und wuchs auch durch den FC St.Pauli in das politische Leben hinein. Seine Leidenschaft zum Gebirge entwickelte er sehr früh. Bereits als Jugendlicher bestieg er die hohen Berge der Schweiz und in Nepal. Revolutionär*innen wie Che Guevara waren für Jakob Vorbilder, die sein Bedürfnis nach einer Veränderung der Welt verkörperten. Freund*innen beschreiben ihn als sehr treu, freundlich, offen und unvoreingenommen. Menschen, die seine Freund*innen wurden, blieben es auch. Er entwickelte seine eigenen Regeln und hielt sich an sie. Mit seiner hilfsbereiten und aufgeschlossenen Art, die keine Ungerechtigkeit ertragen konnte, baute er viele Menschen auf, wollte niemanden unnötig unglücklich sehen und suchte stets nach Auswegen, Lösungen und Alternativen. Er war furchtlos und versuchte, dies auch anderen zu vermitteln. Mit seinem Humor brachte er sehr viele Freund*innen zum Lachen und seine Geschichten blieben in vielen Erinnerungen und Lachfalten hängen und werden bis heute gerne weitererzählt. Jakob zeichnete ein starker Wille aus; er ließ sich von Dingen, die ihn überzeugten, schnell begeistern, um dann nicht mehr lockerzulassen. Erst ein halbes Jahr, bevor er sich der Bewegung anschloss und 2014 in die Berge Kurdistans ging, erfuhr er vom kurdischen Freiheitskampf.

»In der PKK habe ich Demokratie und Freiheit gesehen«

Als Erstes kam er nach Qendîl, wo er zunächst in der Region Harûn und später auf dem Gipfel Şehîd Munzûr war. Er suchte sich gerne große Herausforderungen, die er beispielhaft meisterte. Ein Freund erzählt, wie Heval Şiyar bei seinen Freund*innen für seinen Fleiß und seine Mühe bekannt war. Er selbst sagte: »In der PKK habe ich Demokratie und Freiheit gesehen und ihre Bedeutung kennen gelernt. Damit wir damit erfolgreich sind, habe ich mich der PKK angeschlossen.« Er wollte dem ihm entgegengebrachten Vertrauen gerecht werden und somit auch seinen Teil zur Revolution beitragen.

Sein Name Şiyar bedeutet »aufgeweckt«, was in seiner ersten Zeit manchmal zur Erheiterung führte, da er einige Male eher verschlafen und etwas »verpeilt« wirkte. Aber er entwickelte schnell großen Elan und Eifer, um ein Guerilla zu werden. Er diskutierte mit seinen Freund*innen über die Frage: »Wie Leben?«, daraus entwickelte er eine starke Hevaltî (Genossenschaftlichkeit) zu seinen Freundinnen und Freunden, die ihn als sehr warm, offen und herzlich beschreiben.

Bis 2015 war er in Qendîl. Zu Beginn der Militäroffensive des türkischen Militärs am 24. Juli kam Heval Şiyar Gabar nach Bakûr ins Zagros-Gebirge, nach Çarçella, eine der schönsten Regionen in den hohen Bergen Kurdistans. Dort fühlte er sich glücklich und verbunden mit der Natur; wie er selbst sagte, konnte er dort seine Suche nach Freiheit mit dem praktischen einfachen Leben verbinden. Er wurde dort nach kurzer Zeit Zugkommandant, bildete sich an schweren Waffen aus. Er wollte sich immer weiter entwickeln und hatte nie das Gefühl, es sei genug. Als Kommandant hatte er seine Verantwortung so sehr angenommen, dass er seine Gruppe nicht nur in allem anleitete, sondern sich den schwierigen Aufgaben immer erst selbst stellte, bevor er sie anderen auftrug.



Jakob Riemer / Şiyar Gabar Foto: ANF



»Her şehîdek felsefeyeke jiyanê ye«: Rêber Apo – Jede gefallene Freundin, jeder gefallene Freund ist eine Philosophie des Lebens! Foto: Archiv

Tapfer, furchtlos, hingebungsvoll und warmherzig

Ein Freund beschreibt ihn mit den Eigenschaften: tapfer, furchtlos, hingebungsvoll und warmherzig. Bevor er an sich selbst dachte, kümmerte er sich um seine Freund*innen. Er bereitete ihnen einen Platz, gab ihnen Decken und zündete den Ofen an.

2016 wurde die Stellung der Freund*innen von türkischen Kriegsflugzeugen bombardiert. Şiyar wurde damals verletzt. Die Druckwelle, die beim Einschlag der Bombe entstand, hat ihn für zwei Monate so gut wie taub gemacht. Doch den Rat der Freund*innen, sich aus dem Gebiet zurückzuziehen, um sich behandeln zu lassen, lehnte er ab, weil er bei ihnen bleiben wollte.

Der Freund Canfeda fiel bei diesem Angriff direkt neben ihm, was Heval Şiyar noch mehr mit dem Kampf verband. Er verkörperte die Bewegung von Kopf bis Fuß und war ganz und gar Militanter geworden. Heval Şiyar bat damals um die Waffe des Freundes Canfeda – da dieser unter seiner Verantwortung gefallen ist, wollte er dessen Waffe im Krieg nutzen und damit auch seinen Tod rächen. Dieses Versprechen gab er sich selbst.

Er blieb keine Minute ruhig sitzen, ohne Pläne zu schmieden

Im Frühling 2018 ging die Gruppe von Heval Şiyar in das Gebiet Herke bei Çarçella, wo er am 9. Juli 2018 bei einem Luftangriff des türkischen Militärs zusammen mit fünf weiteren Freund*innen ums Leben kam. Heval Şiyar war für viele ein Vorbild. Seine Haltung, seine Freundschaft, seine Überzeugung für die Kämpfe, sowie die Art und Weise seiner Beteiligung an der Praxis, all das hat viele andere inspiriert, und sie versuchen ihr Leben nach seinem Vorbild zu gestalten. Ein Freund erzählt in seinen Erinnerungen, dass es bei der Guerilla viele mutige Freund*innen gibt, doch Heval Şiyar war außergewöhnlich. »Er war enorm initiativ. Er blieb keine Stunde, keine Minute ruhig sitzen, ohne Pläne zu schmieden.« So war er in Herke auch an der Planung und Durchführung einer Aktion beteiligt, bei der 28 türkische Soldaten getötet wurden. Zwei Jahre nach Canfedas Tod rächte er den Tod seines Freundes, der an seiner Seite gefallen war, erfolgreich mit dessen Waffe.

Der Wert der Freundschaft ist in der PKK unbeschreiblich und unsterblich. Um es zu verstehen, musst du sie selbst erleben. Wenn wir diese Werte in der Gesellschaft neu erschaffen wollen, müssen wir sie zuallererst in uns selbst erschaffen. Das bedeutet es, Revolutionär*in der heutigen Zeit zu sein.

Şehîd namirin

Revolutionär*innen aus früheren Zeiten werden Prophet*innen oder Held*innen genannt. Jede*r Revolutionär*in hat die Seele eines Engels, sie ist an sich eine eigene Philosophie des Lebens. Als Revolutionär*innen müssen wir erkennen, dass wir Teil eines Kontinuums sind, eine eigene Geschichte in der Geschichte. Der Widerstand hat weder mit unserer Geburt begonnen, noch wird er mit unserem physischen Tod enden. Dieser Lebensphilosophie folgen wir, wenn wir die Mühen und Kämpfe unserer Freund*innen, Genoss*innen, Schwestern, Brüder, Eltern als Kinder der heutigen Zeit weiterführen. Wir sind die Nachfahren der Hexen, die sie nicht verbrennen konnten. Somit haben wir eine große Verpflichtung, diese wertvolle Philosophie des Lebens weiterzutragen, sie in all unseren Taten, unserem Handeln und unserer Haltung zu vertreten und ihren Geist in unseren Kämpfen sichtbar werden zu lassen. Unsere im revolutionären Kampf gefallenen Freundinnen und Freunde sind Teil dieses Kontinuums, aus deren Leben, Liebe und Mühen wir eine besondere Kraft schöpfen, die uns mit ihnen auf Ewigkeit verbindet. Wenn eine*r von uns geht, geht auch ein Teil von uns mit ihnen, und das wollen wir nicht unbeantwortet lassen.

Mit diesen Worten geben wir auch unseren Freund*innen Sarah Handelmann und Jakob Riemer unser Versprechen:

Şehîd namirin, kein Vergeben, kein Vergessen! ♦

Wir hatten die Bürde und die Ehre, Lorenzo auf seiner letzten Reise zu begleiten

Erinnerungen an Lorenzo Orsetti / Tekoşer Piling

Navdar Tekoşer

Der 33-jährige Lorenzo Orsetti (Nom de Guerre: Tekoşer Piling) aus der italienischen Stadt Florenz hatte sich 2017 dem Widerstand in Rojava angeschlossen und war in den internationalistischen Einheiten innerhalb der Strukturen der Volksverteidigungseinheiten YPG sowie der TKP/ML-TIKKO organisiert. In Nord- und Ostsyrien kämpfte er gegen den Islamischen Staat (IS) im Rahmen der Offensive »Gewittersturm Cizîrê«. Als die Türkei im Frühjahr 2018 den freien Kanton Efrîn angriff, nahm er auch dort am Widerstand gegen die türkische Armee und ihre verbündeten dschihadistischen Milizen teil. Am 18. März 2019 kam Lorenzo Orsetti bei der Befreiung der letzten Enklave al-Bagouz in Ostsyrien ums Leben. Nur wenige Tage nach seinem Tod erklärten die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) den IS in Syrien militärisch für besiegt.
Der Leichnam von Lorenzo Orsetti wurde aus Rojava nach Italien überführt und auf dem Friedhof Cimitero delle Porte Sante in Florenz beigesetzt.
Seine GenossenInnen aus Italien nehmen Abschied von ihm:

Am 10. März noch wurde Lorenzo vom bekannten Radio der römischen Bewegung »Radio Onda Rossa« interviewt. Er war sehr ruhig und sachlich, hörte sich aber auch sehr müde an. Die Nachricht seines Todes erschien dann ganz plötzlich, noch einige Stunden vor der offiziellen Stellungnahme der YPG, im Internet auf den Seiten verschiedener nationaler Tageszeitungen.

Die Eltern wurden sofort benachrichtigt und waren nicht nur unglaublich tapfer, sondern standen sofort vollkommen auf Lorenzos Seite, respektierten in allem, was sie sagten, seinen Aufbruch und äußerten sich auch solidarisch mit dem Kampf der KurdInnen.

Noch in der Nacht drückten GenossInnen in ganz Italien mit Plakaten, Wandparolen und Ähnlichem ihre Trauer aus, denn Lorenzo war nicht nur ein Genosse, den viele kannten, auch seine Facebook-Berichte aus Rojava wurden von vielen GenossInnen verfolgt. Dann folgte eine sehr schöne Kundgebung für Lorenzo in Florenz, an der GenossInnen aus ganz Italien teilgenommen haben, und dann ein langes Warten.

Die Newroz-Feierlichkeiten im kurdischen Kulturzentrum Ararat in Rom wurden Lorenzo und Zülküf Gezer gewidmet. Für diese Gelegenheit wurde dort die Wandmalerei erneuert, in der jetzt auch Lorenzo erscheint.

Wann genau sein Leichnam nach Italien kommen würde, wurde erst ganz knapp vorher bekannt. Obwohl der 31. Mai ein Wochentag war, kamen über hundert Leute zum Flughafen, auch Erol, der erst wenige Tage zuvor seinen 68-tägigen Hungerstreik innerhalb der Streikbewegung gegen die Isolation Öcalans beendet hatte.

Am Flughafen wurde es den GenossInnen von der Polizei nicht ermöglicht, den Leichenwagen zu sehen, Blumen und Fahnen hineinzulegen und ihn zu begleiten. Also fuhren alle zum zweiten Treffpunkt in Rom bei der Gerichtsmedizin. Auch dort wurde nicht erlaubt, sich Lorenzos Sarg irgendwie zu nähern oder ihn auch nur zu sehen. Also wurde entschieden, mit einer spontanen Kundgebung den großen Platz vor der Uni (wo die Gerichtsmedizin ist) zu überqueren und auf dem gegenüberliegenden Friedhof zum PartisanInnendenkmal zu gehen, wo dann einige GenossInnen gesprochen haben und Blumen niedergelegt wurden.

Dann kam wieder langes Warten, denn die AnwältInnen, die im Auftrag von Lorenzos Eltern mit den Behörden in Kontakt standen, verlangten eine offizielle Identifizierung. Daher wurden weitere circa zwei Wochen für die DNA-Tests notwendig.

Die Freigabe des Leichnams erfolgte genauso plötzlich und ohne Vorwarnung. Trotzdem wurden auf die Schnelle noch am gleichen Morgen zwei Autos zur Begleitung organisiert, eines mit GenossInnen von Ararat und eines mit GenossInnen von Rete Kurdistan Roma, um Lorenzo auf dem Weg in seine Heimatstadt nicht alleinzulassen. In der Zwischenzeit hatten die GenossInnen in Florenz mit der Familie und der kurdischen Community die eigentliche Zeremonie organisiert.

Der PartisanInnen-Verband ANPI war sofort dabei, Lorenzos Vater ist ein Aktivist, und im Januar war Lorenzo zum Ehrenmitglied des florentinischen ANPI erklärt worden. Daher war die Teilnahme verschiedener ANPI-Stellen in Florenz von Anfang an ganz spontan.

Genauso spontan war die Auswahl der Räumlichkeiten für die Zeremonie, die SMS Rifredi. SMS bedeutet »Società di Mutuo Soccorso«: Gesellschaft zur gegenseitigen Hilfe. Solche Gesellschaften waren im 19. Jahrhundert traditionell von ArbeiterInnen gegründet worden und haben sich vielerorts mit einer linken Tradition über die Jahre erhalten, wenn auch in anderer Form.



Lorenzo Orsetti / Tekoşer Piling Foto: ANF

Die SMS in Rifredi, Lorenzos Viertel in Florenz, in der außerdem auch ANPI seinen Sitz hat, stammt auch aus den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts und hat eine lange Kampfgeschichte und Tradition, da sie oft von Faschisten angegriffen wurde, die sich das Gebäude aneignen wollten, es aber dank der Verteidigung durch die GenossInnen nie geschafft haben. Daher war es also ganz selbstverständlich, dass dieser traditionelle Treffpunkt der Linken in Rifredi der Ort der Zeremonie am 23. Juni wurde.

Bereits in den Tagen vor dem Ereignis fanden mehrere Veranstaltungen in Florenz statt, am Morgen des 23. Juni wurde Lorenzo vom Krankenhaus aus, wo sich der Sarg befand, mit einer Kundgebung zur SMS Rifredi begleitet. Während des Tages gab es dann mehrere Redebeiträge von GenossInnen und FreundInnen, Vereinen, StudentInnen etc. und anschließend wurde der Leichenwagen wieder ein Stück begleitet.

Am nächsten Tag fand dann vor einer Kirche in der Nähe des Monumentalfriedhofs von Florenz, Porte Sante, noch eine offizielle Zeremonie vor der Beisetzung statt.

Rete Kurdistan Parma, Nelly Bocchi

Die neue Bibliothek der Gemeinde von Berceto wurde dem Gedenken an Lorenzo Orsetti, Freiwilliger aus Florenz, getötet vom IS in Syrien, gewidmet. Berceto ist eine Kleinstadt in den Bergen bei Parma und hat die Bibliothek in den Räumlichkeiten der Eisenbahnstation Ghiare eröffnet. Die Entscheidung wurde am 14. April von Bürgermeister Luigi Lucchi getroffen, auf einer Veranstaltung mit VertreterInnen von Rete Kurdistan und ANPI (PartisanInnenverein), mit Claudio Locatelli, Lorenzos Gefährten und YPG-Kämpfer, und vielen Menschen, die sich mit Lorenzo solidarisiert haben.

»Orsetti ist für edle Ideale gestorben«, erklärt der Bürgermeister der Stadt bei Parma, »die Freiheit, Gleichheit, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, die Selbstbestimmung der Völker interessieren niemanden mehr, aber wir müssen diese Prinzipien bestätigen. Der Kampf von Menschen wie Orsetti hat uns Frieden, Freiheit und Demokratie geschenkt. Es sind dieselben Ideale, die ihn an die Seite der KurdInnen gebracht haben, die nicht auf Religion, Herkunft, politische Überzeugung achten, aber ihr Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit verteidigen«.

Rete Kurdistan Roma, GenossInnen des Sozialen Zentrums »Casale Falchetti«

In Rom erlebten wir eine Phase der Niederlage, persönlich wie politisch, der Ernüchterung und Auflösung unter dem Druck von Isolierung und Repression. Eine immer verbreitetere Abtrennung vom Geschehen, hauptsächlich gefühlsmäßig.

Die Ereignisse in Kurdistan waren keine Ausnahme, vielleicht hat uns deshalb die Nachricht, dass Lorenzo gefallen war, so unvorbereitet getroffen.

Wir waren im ersten Moment bestürzt, jede Geste für ihn in den folgenden Wochen schien unzureichend: Wir bereiteten ein Plakat vor, mit einem Teil seines Testaments bedruckt, damit die Botschaft eines Tekoşer, eines Kämpfers, nicht eines Politikers oder Philosophen, alle erreichen möge. Und doch schien uns diese Geste wenig mehr als ein Ritual des Verlustes, der Wut, der Erinnerung.

Vielleicht muss man zum 25. April zurückgehen, um die Größe von Orsos Hinterlassenschaft zu verstehen, als ihm in jeder Stadt Italiens die Feierlichkeiten zum Tag der Befreiung gewidmet wurden. Lorenzo Orsetti war nicht nur ein getöteter Genosse wie viele andere vor ihm. Seine Person stellte einen Schrittwechsel im kollektiven Bewusstsein dar. Die Augenscheinlichkeit eines Geistes, den wir lange Zeit verloren hatten, von dem nur die Erinnerung aus vergangener Zeit übrig schien, gegründet auf jenen Tugenden, die wirklich die Welt verändern können: Solidarität, Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft.

Wir leben auf der ganzen Welt in einer schwierigen politischen Situation und die Morgenröte verzögert sich. Angst und Hass sind in unseren Alltag eingedrungen, und den Preis dafür bezahlen wie immer die Schwächsten. Der einzige Weg, um aus dieser Situation herauszukommen, liegt in genau diesen Tugenden, deshalb können wir die Worte und das Vorbild, die Lorenzo uns überlassen hat, nicht ins Leere fallen lassen.

Nichts, das nicht schon in unseren Kämpfen lebte: von den UmweltschützerInnen im Val Susa über den Widerstand der Familien, die sich bei der Hausbesetzung in der Via Cardinal Capranica verschanzt hatten, bis zu den gewerkschaftlichen Kämpfen in der Logistik.

Der Blickwinkel ändert sich, der Grundwortschatz, die Last, die diese schläfrige Masse, diese Bewegung der Absichten auf sich nehmen muss, um sich lebendig zu nennen. Denn es gibt solche, die sich erlauben können, nur die Kämpfe zu führen, die sie sicher gewinnen – wir müssen sie alle führen.

Wir hatten die Bürde und die Ehre, Lorenzo auf seiner letzten Reise zu begleiten, von Rom bis zu ihm nachhause, Rifredi, und bei genau dieser Gelegenheit konnten wir Lorenzo kennenlernen, bevor er Heval Tekoşer wurde, durch die Worte seiner FreundInnen und seiner Eltern. An diesem Tag haben wir verstanden, dass es keine HeldInnen gibt; große Wagnisse werden von normalen Menschen unternommen, wie Lorenzo, wie uns, dadurch, dass wir uns bewusstmachen, dass wir wirklich die Tropfen jenes Sturmes sein können.

GenossInnen in Florenz: Uns bleibt die Verantwortung des Aufbruchs als moralische Verpflichtung

Orso, wer war er? Manche haben ihn zuerst als Lorenzo kennengelernt, Sohn, Freund, Kollegen, Bruder aus der Crew, viele andere als Orso – Tekoşer –, den jungen Mann aus Rifredi, der an der syrischen Front war, um Partisan zu werden und mit den KurdInnen zu kämpfen, erst gegen die von der Türkei finanzierten und unterstützten Milizen und dann gegen den IS.

Als Orso gefallen war, nach dem Schock der ersten Stunden, sickerten Nachrichten durch, die Bestätigung und die Notwendigkeit, die Trostlosigkeit zu bewältigen. Schon gleich war spürbar, dass die GenossInnen und die kurdische Community der Familie nahestanden. Zur ersten Stadtversammlung, zu der gleich am folgenden Tag aufgerufen wurde, fand sich eine große Beteiligung: In der »Casa del Popolo« [Volkshaus] seines Viertels kamen sofort die Familie, die FreundInnen, die Community, alle Gruppen, die in der Gegend aktiv sind, Dutzende solidarische Menschen. Sofort entsteht der Wille, einen öffentlichen Moment zu finden, einen nationalen Tag, um Lorenzos/Orsos/Tekoşers zu gedenken und ihn angemessen zu würdigen: Freund, Sohn, Genosse, Kämpfer. Alle fühlen die Notwendigkeit, die Werte, für die er gefallen war, die Sache, der er sich angenommen hatte, zu verteidigen und zu fördern und das in einer einbindenden Weise. Alle teilen die Ablehnung der Rhetorik der Medien und die Kalkulation der nationalen und lokalen PolitikerInnen, nicht zuletzt des Bürgermeisters von Florenz: Orso ist ein Genosse, er hat gekämpft, um die Rojava-Revolution und den Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu verteidigen, auf derselben Seite wie alle, die gegen Unrecht und für soziale Gleichheit kämpfen, bestimmt nicht auf der Seite der PolitikerInnen, KriegsstifterInnen und GeschäftemacherInnen.

»Orso wird leben, wenn wir weiterkämpfen«, heißt das Motto, das einheitlich ausgewählt wird, und Florenz reißt sich zusammen und verspricht, das Gedenken und das Vorbild lebendig zu halten, angefangen bei dem Kiez, in dem Orso geboren und aufgewachsen ist, in dem seine Geschichte erzählt wird, sein Kampf, die Geschichte Kurdistans und des Mittleren Ostens und des Kampfes dieses Volkes. In jenen Tagen haben sich Veranstaltungen in Schulen und Gymnasien aneinandergereiht, die Botschaft von Orso auf Mauern, auf der Straße, in den sozialen Zentren, in den Stadtgärten, in den Bibliotheken. Die Rolle der Türkei wird angeprangert, die westlichen Interessen, die italienischen Verbindungen und Geschäfte. Die Unterstützung der kurdischen Anliegen bekommt neuen Anlauf, die Solidarität und die Unterstützung für die InternationalistInnen, die wie Orso in Rojava waren, um dann bei ihrer Rückkehr verfolgt und von Repression betroffen zu werden.

Am Tag der Kundgebung nahmen Tausende von Menschen teil, viele Parolen und viele Ansprachen auf dem Abschlusspodium. An diesem Tag zeigten viele Momente des Kampfes und der Feier – wie am Nationalfeiertag der Befreiung vom Nazifaschismus am 25. April – den roten Faden, der den Aufbruch jener, die 1944 gegen den Faschismus die Waffen ergriffen hatten, und die Entscheidung heute, gegen den türkischen, islamistischen Faschismus und den Imperialismus in Syrien zu kämpfen, verbindet.

Monate später bleibt uns das Bewusstsein, dass Erinnerung und Gedenken Mittel des Kampfes sind, nicht eine harmlose, zahme und bequeme Rhetorik. Uns bleibt die Verantwortung des Aufbruchs als moralische Verpflichtung: JedeR von uns muss etwas geben, jedeR von uns hat die Pflicht zu wählen, auf welcher Seite er/sie steht, was die Verpflichtungen sind, das Niveau, auf dem man/frau bleiben muss, und den Preis, der dafür zu zahlen ist. Orso lehrt uns, die Resignation zu bekämpfen. Veränderung ist möglich, angefangen bei sich selbst, der Kampf ist der Weg, wenn auch schmerzhaft.

Zum kleinen Stadtpark in Rom (Zusammenfassung aus dem Online-Magazin »fanpage«)

Die Stadtgemeinde Rom III verabschiedete Mitte Juni einen Antrag einiger StadträtInnen der Mitte-Links-Mehrheit, Lorenzo »Orso« Orsetti, dem 33-jährigen Italiener, der in Syrien gefallen ist, während er mit den kurdischen Einheiten gegen den IS kämpfte, einen Park zu widmen. Die Grünfläche bei Ponte Tazio, entlang der Via Nomentana, wurde so »Parco Nomentano Lorenzo Orsetti Partigiano« genannt. Dieses Gelände, das bis vor fünf Jahren verlassen und verwahrlost war und dann durch die Initiative der GenossInnen aus dem Kiez jeden Sommer durch das IFEST – Independent Festival Roma – belebt wird, wurde jetzt Lorenzo »Orso« Orsetti gewidmet. Dazu sagen die GenossInnen, die das IFEST organisieren: »Der Kampf für Freiheit hat keine Grenzen und keine Breitengrade, das ist das, was Lorenzo uns gelehrt hat. Der 27. Juni wird auf dem IFEST dem demokratischen, feministischen und ökologischen Kampf des kurdischen Volkes gewidmet. Um 18.30 Uhr wird das vorläufige Schild mit der Orso gewidmeten Aufschrift eingeweiht. Die offizielle Betitelung wird, so hoffen wir, so bald wie möglich stattfinden. Auch Orsos Eltern und GenossInnen werden mit uns sein, zusammen mit Zerocalcare und Wu Ming 1.«

Şehîd namirin

Die MärtyrerInnen sterben nicht, weil das, wofür sie gelebt haben, nicht stirbt. Denn das Leben den eigenen Idealen zu widmen bedeutet, diese Ideale zu sein. Die MärtyrerInnen sterben nicht, denn das Leben zu schenken ist das Gegenteil dessen, ein Leben zu nehmen. Also hat Lorenzo Orsetti nicht sein Leben verloren, er hat entschieden, es uns allen zu schenken. Sein Opfer, und das von tausenden mutigen jungen Frauen und Männern, lehrt uns, dass man sterben kann, lange bevor das Herz stillsteht, und dass man dessen letzten Schlag überleben kann.

Orso, Tekoşer, die Erinnerung an dich zu hüten und zu verteidigen heißt, sich jeden Tag an dich zu erinnern: Das Leben endet nicht mit dem Tod, sondern in der Gleichgültigkeit.

Orso, du fehlst uns. Wir würden dich gern lachen hören, dich umarmen können, wir hätten dich gern hier. Aber wie jede unserer gefallenen Schwestern und jeder unserer gefallenen Brüder bist du hier. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass für diejenigen, die für die Freiheit kämpfen – wie du es getan hast –, der Tod nicht die letzte Tragödie ist, denn Tragödien finden an jedem Tag statt, an dem wir das Unrecht akzeptierend leben. Lorenzo ist aufgebrochen, um gegen seine eigene Resignation zu kämpfen, gegen den Teil in ihm, der ihm sagte, er solle mit gesenktem Haupt laufen und in dem Elend leben, zu dem sie uns verdammen wollen. Gegen dieses aus Übergriffen, Ausbeutung und Einsamkeit bestehende Elend hat Lorenzo die Waffe in die Hand genommen. Heval Tekoşer war ein tapferer Kämpfer, auf dem Schlachtfeld war er der Erste, der nach vorn ging, und der Letzte beim Umkehren. Und doch muss, wenn wir an seinen Mut denken, sein Lachen viel lauter als der Lärm des Krieges klingen. Denn in diesem Lachen können wir die Gründe eines Kampfes finden, der Menschen aus allen Teilen der Welt vereint. Und dieses Lachen kann uns auch zeigen, wie wir den tieferen Wert des Internationalismus suchen können: sich nah fühlen, auch wenn wir sehr verschieden sind, Grenzen und Hürden herausfordern. Das Leid anderer fühlen, als ob es das eigene wäre, aus der Freude der anderen die eigene Kraft machen.

Es ist notwendig anzuerkennen, dass der Kampf viele Formen, Zeiten und vor allem Kosten hat, aber nur einen gemeinsamen Feind: die kapitalistische Moderne und ihr faschistisches und patriarchalisches Wesen.

Es ist notwendig, dass jeder Mensch, der die Werte dieser Revolution vertritt, sein Teil tut.

Wenn wir den Himmel betrachten und endlich das Gewitter kommen sehen wollen, ist es notwendig, jeden Tag zu versuchen, dieser Tropfen zu sein.

Ciao Lorenzo, du bist unser Stolz und unsere Freude.

Şehîd namirin. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Widerstand in Nordkurdistan gegen die Absetzung der gewählten Bürgermeister*innen durch das Erdoğan-Regime.

Rückseite:
Plakat des 28. Friedens- und Kulturfestivals: Frieden im Mittleren Osten, einen Status für Kurdistan und Freiheit für Abdullah Öcalan

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Solidaritätsprojekt gegen Zensur und für Publikationsfreiheit »Edition Mezopotamya«

Spendenaufruf:

Für die Wiederveröffentlichung von beschlagnahmten (jedoch nicht verbotenen) Büchern aus dem vom Bundesinnenminister H. Seehofer verbotenen kurdischen Mezopotamien Verlag.



Am 12. Februar 2019 sind der Mezopotamien Verlag sowie der MIR Musikvertrieb verboten worden. Beiden wird unterstellt, Unterorganisationen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu sein.

Der Mezopotamien Verlag hat Bücher in verschiedenen Sprachen zu kurdischer Geschichte, zur kurdischen Frauenbewegung, die Schriften von Abdullah Öcalan sowie Romane, ein Sprachlehr- und ein Wörterbuch, Kinderbücher usw. veröffentlicht. Außerdem hat der Verlag viele Bücher auf Türkisch und Kurdisch aus anderen Verlagen vertrieben, darunter viele Klassiker der Weltliteratur.

Keines der Bücher des Mezopotamien Verlags ist in der Vergangenheit in Deutschland verboten oder auch nur in irgendeiner Weise beanstandet worden. Dennoch wurden sie tonnenweise beschlagnahmt, ebenso die Bücher aus den anderen Verlagen – so dass sie für den Buchhandel und die Leser*innen nicht mehr erreichbar sind. Das werten wir als Zensur durch die Hintertür.

Die wichtigsten der deutschsprachigen Titel des Mezopotamien Verlags sollen nun als »Edition Mezopotamya« von den drei Verlagen Unrast (D), Mandelbaum (A) und Edition 8 (CH) neu aufgelegt und für den Buchhandel bis zur Frankfurter Buchmesse im Oktober 2019 wieder verfügbar gemacht werden.

Finanziert werden soll das Projekt aus Spenden.

Spendenkonto:
Verein z. Förderung kurdischer Kultur e.V. i.Gr.
IBAN: DE78 4306 0967 1011 1214 00
Verwendungszweck: Edition Mezopotamya

Aus dem Buchverkauf rücklaufendes sowie ggf. überschüssiges Geld gehen in einen Solidaritätsfonds für die Prozesskosten des Mezopotamien Verlags und des MIR Musikvertriebs. Denn beide Verlage unternehmen selbstverständlich rechtliche Schritte gegen ihr Verbot.

Eine Vorschau der wieder aufzulegenden deutschsprachigen Titel gibt es hier:

https://unrast-verlag.de/images/stories/virtuemart/product/edition-m_vorschau-2019-herbst.pdf

Über Eure Unterstützung mit Spenden würden wir uns sehr freuen.

Unrast, Mandelbaum, Edition 8, International Initiative Edition, Antiquariat Walter Markov



ISSN 0935–5375